

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 2,50 M., monatlich 1,10 M.
Einzelne Nummer 5 Pf.
Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf.
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltenen Kolonien
gelte oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche
Berichte und Besprechungen 20 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellenangebote und
Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf.
Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Telegraphisch: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 29. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Telegraphisch: Amt IV, Nr. 1984.

Die Landwirtschaft gegen die Agrarzölle.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Nach der Ermittlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat der Wert der deutschen Milchzeugung im Jahre 1906 rund 2642 Millionen Mark betragen, mehr als das Ergebnis der gesamten Brotgetreideernte mit 2253 Millionen Mark. Die Werte aller Bergwerkserzeugnisse in Deutschland und aller Hüttenerzeugnisse standen mit insgesamt 1681 Millionen Mark weit hinter dem Wert der Milchproduktion zurück; diese muß heute als der reichste Erwerbszweig in Deutschland bezeichnet werden. Und vielleicht kommt angesichts dieser Tatsache auch dem wütendsten Gegner der verhassten Agrarier eine Ahnung von den ungeheuren Werten, die noch im deutschen Boden, d. h. in der oberen Kruste, stecken und nur der Ausbeutung harren. Auf dem Gebiete der Geflügelzucht, des Obst- und Gemüsebaues kann noch sehr viel geschehen; sicher wird die Landwirtschaft eines Tages da mit ähnlichen Erfolgen aufwarten können wie in der Milchzucht.

Wir unterschreiben vollkommen diese Ausführungen des agrarischen Blattes, behaupten aber zugleich, daß es damit die agrarische Schutzpolitik vollkommen aus dem Sattel hebt.

Denn, wenn das Schwergewicht der Landwirtschaft nicht mehr in dem Getreidebau, sondern in der Milchzucht, der Viehzucht, dem Obst- und Gemüsebau liegt, so sind die Brotzölle, von welchem Gesichtspunkte aus gesehen, für die Landwirtschaft nicht nur zwecklos, sondern eminent schädlich.

Je teurer das Brot, desto weniger ist der Konsument in der Lage für Milch und andere Produkte der Landwirtschaft auszugeben. Der Deutsche bezahlt jetzt sein Brot etwa um 30 Proz. über dem Weltmarktpreis; wäre er von dieser Ueberlieferung befreit, so würde er das, was er daran erspart, in der Hauptsache doch wieder dem Konsum landwirtschaftlicher Produkte zuwenden. Er würde weniger Kartoffeln, dafür aber mehr Weizenbrot, Milch, Gemüse, Obst, Fleisch verbrauchen. Und da, wie die Zahlen des bündnerischen Blattes beweisen, der deutsche Landwirt viel mehr an dem Absatz dieser letzteren Produkte, als an dem Brotgetreideverkauf interessiert ist, so liegt der Vorteil der Verbilligung des Brotes durch Aufhebung der Zölle für den Landwirt auf der Hand.

Die hervorragende Bedeutung der Milchzucht bringt es mit sich, daß der deutsche Landwirt an billigen Vieh und billigen Futtermitteln mehr interessiert ist, als er je an hohen Brotgetreidepreisen interessiert sein könnte. Die Aufhebung der Getreidezölle würde den Milchverbrauch steigern und die Milchproduktion verbilligen — ein doppelter Vorteil für den Landwirt. Und die Milchproduktion — die „Deutsche Tageszeitung“ beweist das — bildet die Hauptstütze der deutschen Landwirtschaft.

Die Steigerung des Konsums höherer landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei Verbilligung des Brotes würde das Preisverhältnis der landwirtschaftlichen Produkte zu einander verändern. Vermutlich würden, wenn man sämtliche landwirtschaftliche Zölle aufhebt, die Fleischpreise am wenigsten sinken, denn bei dem geringen gegenwärtigen Fleischkonsum wäre hier die relative Steigerung der Nachfrage am größten. Soweit die Landwirte mit geringeren Fleischpreisen zu rechnen hätten, würden sie durch Verbilligung der Futtermittel, Verbilligung des Viehs, größeren Absatz und Ueberleitung der Viehzucht auf Milchproduktion die Differenz mehr als wett machen können.

Da ferner die Bodenpreise mit den Getreidepreisen eng zusammenhängen, so würde die Aufhebung der Agrarzölle die Bewegung der Bodenpreise mäßigen. Darum, während vor unseren Augen die Getreideernte zu einer steigenden Verschuldung des Grund und Bodens führt, würde die Aufhebung der Agrarzölle die Hypothekenbewegung mildern.

Sind demnach die Vorteile einer billigen Volksernährung eklatant, selbst wenn man die deutsche Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit nimmt, so bringen sie noch mehr in die Augen, wenn man sich die Dinge speziell vom Gesichtspunkte des deutschen Bauern betrachtet. Denn der deutsche Gutsherr produziert Getreide, Kartoffeln für seine Brennerei, Mühen für seine Zuckerraffinerie, — der deutsche Bauer aber ist in erster Linie Viehzüchter, Milchproduzent, Gemüsebauer, in geringem Maße auch Weinbauer. Man mag noch soviel spintifizieren und herumfalsulieren, um den Nachweis zu führen, daß auch Bauern Getreide verkaufen, so wird man doch kaum mehr bestreiten wollen, daß die Bilanz der Wirtschaft des deutschen Bauern in einem viel höheren Maße noch als die Bilanz der deutschen Landwirtschaft überhaupt sich in Milchzucht, Viehzucht usw. gründet und nicht in Getreidebau. Darum, wenn die Agrarzölle aufgehoben werden, wird den meisten Verlust von der Herabsetzung der Getreidepreise der Großgrundbesitzer tragen, den meisten Nutzen von dem steigenden Konsum der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Bauer haben. Jetzt ist es umgekehrt: an den Brotzöllen bereichern sich die Gutsherrn, während der Bauer in den meisten Fällen das Nachsehen hat oder direkt verarmt. Das beweist, daß der Bauer viel mehr gemeinsame Interessen hat mit den Arbeitern, d. i. mit der Masse der

städtischen Konsumenten, als mit dem Gutsheeren, seinem überlegenen landwirtschaftlichen Konkurrenten. Alte Geschichte: Geht es dem Junker gut, zahlen es der Arbeiter und der Bauer mit ihrem Blut. Auch kann heutzutage gesagt werden: Bekommt der Arbeiter einen hohen Lohn, so lebt auch der Bauer davon. Doch das ist ein interessantes Thema für sich.

Soviel ergibt sich aus den Tatsachen, die das führende agrarische Organ selbst als Kardinalfacta der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft anführt:

„Die hohen Getreidepreise hindern ebenso die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft, wie die hohen Eisen- und Kohlenpreise die Entwicklung der deutschen Industrie.“

Aber die Grundherren in Verbindung mit den Eisen- und Kohlenindustriellen beherrschen die Regierung und beherrschen den Staat. Um ihre Profite zu mehren, werden die Interessen des deutschen Volkes und die Interessen der landwirtschaftlichen Entwicklung, also im letzten Grunde die Macht und die Stärke der Nation preisgegeben. In patriotischer Begeisterung quittieren sie diese Wohlthaten damit, daß sie die Regierung aufreizen, unter den Arbeitern ein Blutbad anzurichten.

Die „Freisinnige Zeitung“ gegen den Wahlrechtskampf.

Seit Jahren verfolgt die freisinnige Volkspartei keine andere Politik als Mandatspolitik. Um die Stichwahlhülle der reaktionären Parteien zu erhalten, ist sie den Sozialdemokraten im Jostkämpfe in den Rücken gefallen. Auch jetzt sucht die Partei die Wahlrechtsbewegung auszunützen, um bei den Landtagswahlen Mandatsgeschäfte zu machen. Die „Freis. Ztg.“ schilt täglich auf jede Wahlrechtsbewegung und sucht deren Ausschließlichkeit mit allen möglichen und unmöglichen Argumenten nachzuweisen, während sie den Einfältigen im Lande einzureden versucht, eine Wahlbewegung, die möglichst viele freisinnige Mandate zu Tage fördere, sei das einzige Mittel, um Fortschritte in der Wahlrechtsfrage zu erzielen. Aber diese Ausschüfte, die nur dazu dienen sollen, um sich vor einer energischen Wahlrechtsbewegung zu drücken, sind zu durchsichtig, um irgend jemand zu täuschen. Selbst wenn wir annehmen, daß eine freisinnige Majorität wirklich das Reichstagswahlrecht einführt — die Erfahrungen, die die Arbeiter mit der Fortschrittspartei seinerzeit gemacht haben, zeigen die Unvorsichtigkeit einer solchen Annahme — so ist es ganz aussichtslos, daß unter dem Dreiklassenunrecht auf dem Wege der Wahl eine wesentliche, entscheidende Aenderung eintreten könnte. Das ist ja eben das Wesen eines Privilegienwahlrechts, daß durch dieses der Wille der großen Masse der Bevölkerung überhaupt nie zum Ausdruck gelangen kann. Würde das englische Bürgerium gewartet haben, bis aus den rotten Boroguis, den „verfallenen Roffern“, die stets konservativ-reaktionäre Großgrundbesitzer wählten, radikale Wahlreformer entsandt worden wären, England wäre heute noch ein von einer kleinen Schar Großgrundbesitzer beherrschter Staat! Beweis dessen ist ja gerade Preußen, das durch diese glorreiche Taktik der Liberalen in der Tat ein ostentatives Patrimonium geblieben ist. Und hätten die österreichischen Arbeiter gewartet, bis die Kurienwahlen ein Parlament ergäben, das das allgemeine Wahlrecht beschloße, statt durch den Druck gewaltiger Demonstrationen die Nachgiebigkeit der Herrschenden zu erzwingen, sie hätten heute wirklich nicht das gleiche Recht errungen!

In Preußen vollends liegen die Dinge für die Ueberwindung des Dreiklassenunrechts durch die Wahl von Wahlrechtsfreunden noch aussichtsloser. Denn die wirtschaftliche und steuerpolitische Entwicklung hat bewirkt, daß heute die überwiegende Majorität des Abgeordnetenhauses nicht gewählt, sondern von den Gutsherrn ernannt und mit Hilfe der öffentlichen Wahl erprecht wird. Nur wenn zu einer energischen, aufrüttelnden Wahlbewegung der Druck der Wahlrechtsbewegung tritt, wird das gleiche Recht im ausdauernden Kampfe errungen werden.

Aber die „Freis. Ztg.“ treibt es wirklich zu hant, wenn sie schreibt: Die preussische Wahlreform ist nur möglich entweder auf verfassungsmäßigem Wege oder auf dem der Gewalt. Die Parteien hätten aber nur Einfluß auf das Abgeordnetenhaus, in dem die freisinnigen 81 von 493 sind. Es ist darum seltsam, daß gerade diejenigen, die den Parlamentarismus am höchsten zu schätzen vorgeben, trotzdem dem Reichszentraler wegen seiner Haltung am schärfsten angreifen. Also das preussische Abgeordnetenhaus, dieses Anrecht des Staatsrechts, das ist für das freisinnige Blatt — Parlamentarismus! Und dieser preussische Parlamentarismus muß offenbar so respektiert werden, daß das gescheite Blatt das wichtigste ganz vergißt, nämlich den Reichstag und dessen Einfluß. Für die Frage des preussischen Wahlrechts ist es aber gerade von entscheidender Bedeutung, daß einmal der preussische Ministerpräsident zugleich deutscher Reichszentraler ist und sodann der deutsche Reichstag das Recht hat, die Einführung des Reichstagswahlrechts in allen Bundesstaaten zu verlangen. Gerade freisinnige waren es ja, die diesen Zusammenhang zwischen Reichs- und preussischer Politik im Beginn der Vorklära fortwährend betont und erklärt haben, die neue Aera erfordere gebieterisch auch eine Aenderung des reaktionären Kurtes in Preußen und vor allem Zugeständnisse in der Wahlrechtsfrage. Heute freilich will der Bloßfreisinn daran nicht gern erinnert werden. Aber die „Freis. Ztg.“ weiß, warum sie den Reichstag aus dem Spiele läßt. Würde sie doch dann selbst zugeben, daß die freisinnigen Führer die Sache des Wahlrechts gerade an der entscheidenden Stelle im Stich gelassen haben.

Aber damit sind die Leistungen der „Freis. Ztg.“ nicht erschöpft. Führt doch dieses Blatt seinen Hauptkampf stets gegen die Sozialdemokratie. Die Mut darüber, daß die Sozialdemokratie die Kreise der Staatsmänner Fischbed, Müller und Wiener einermachen gestört hat, hat offenbar den letzten Funken Anstandesgefühl erstickt. Ganz nach Art der „Post“, der „Damb. Woche“ und wie das Scharmachergelächter sonst heißt, malt sie das drohende Schreckgespenst gewalttätiger Revolution und blutiger Straßenkämpfe an die Wand. Das Blatt muß ganz genau wissen, wie lächerlich solche Beschränkungen sind. Nirgends wo Sozialdemokraten demonstriert haben, ist es zu Straßenkämpfen gekommen. In Berlin und in Preußen sind die Demonstrationen in musterhafter Ordnung verlaufen und nur die provozierenden Eingriffe der Polizei haben an einigen Orten zu Zusammenstößen geführt. Aber das Blatt will bei seinen Leuten den Eindruck erwecken, daß wer weiß welche Ungeheuerlichkeiten zu befürchten sind. Zusammen mit den Organen der offenen Reaktion sucht es das Bürgerium abzuhalten von dem einzig wirksamen Mittel, das das Wahlrecht bringen kann, von der Beteiligung an einer energischen, ausdauernden und unwiderstehlichen Volksbewegung.

Um aber die Sozialdemokratie zu kompromittieren, dazu ist dem sauberen Blatt kein Zeugnis zu lächerlich. Keulich hat sie sich auf die „Aristokratie“ berufen, heute auf einen Aufruf einer „Geschäftskommission der anarchistischen Föderation Deutschlands“ — die Firma ist länger als die Liste der Leute, die dahinterstehen —, in dem allerlei phantastische Fabeln über angebliche sozialdemokratische Demonstrationen zusammengetragen werden. Schwachsinrige „Aristokraten“ und anarchistische Witzköpfe, das sind die richtigen Schwurzeugen für die Müller, Wiener und Fischbed. Sie seien ihnen gedummt, ebenso wie die Lobspprüche der „Deutschen Tageszeitung“, der „Nordd. Allgem. Ztg.“ und der „Kreuz-Zeitung“, die sie für den Artikel einheimst.

Arm und Reich.

Die Ergebnisse der preussischen Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1907, die soeben bekannt gegeben worden sind, werden von der bürgerlichen Presse dazu benutzt, wieder einmal Betrachtungen darüber anzustellen, daß der Wohlstand auch der breiten Massen in ständigem und raschem Wachstum begriffen sei. Die preussische Einkommensteuerstatistik beweise, daß die Klagen der Sozialdemokratie über die Not und das Elend der Massen übertrieben seien und daß der wachsende Nationalwohlstand auch der proletarischen Bevölkerung mehr und mehr zugute komme.

Diese rosigte Darstellung beruht in erster Linie auf dem Umstand, daß die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen in Preußen, also der Personen mit mehr als 900 M. Einkommen im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1906 erheblich gestiegen ist. Die Zahl der physischen Jenfiten betrug 1907 5 384 556 gegenüber 4 672 429 im Jahre 1906, nahm also um 712 000 zu. Davon entfiel auf die Steuerstufen von 900 bis 3000 M. eine Zunahme von 679 000 Jenfiten, während die Jenfiten mit mehr als 3000 M. Einkommen um 33 000 zunahmen.

Die gesamte einkommensteuerpflichtige Bevölkerung einschließlich der Angehörigen betrug:

Table with 2 columns: Year and Number of Taxpayers. 1906: 10 592 550 Köpfe; 1907: 11 678 826

Mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. waren veranlagt 559 491 (526 475) Steuerpflichtige, davon in den Städten 432 963 (404 710), auf dem Lande 126 528 (121 765).

Gruppenweise nach dem Einkommen geordnet, betrug 1907 (1906) die Zahl der Steuerpflichtigen:

Table with 3 columns: Income Level, 1907 Count, 1906 Count. Rows: bis 3 000 M., bis 6 500, bis 9 500, bis 30 000, bis 100 000, über 100 000.

Einkommensteuerfrei, weil sie unter 900 M. verdienen, waren: 1907: 18 845 470 oder 50,30 Proz., 1906: 20 297 174 oder 55,11 Proz.

Von dieser Vermehrung der Einkommen mit mehr als 900 Mark macht nun die kapitalistische Presse ein großes Bufen.

In Wirklichkeit liegt aber die Vermehrung der Jenfiten weniger an der Zunahme der Einkommen der proletarischen Bevölkerung, als, wie wenigstens die „Postische Ztg.“ zugibt, an der energischeren Heranziehung der Personen mit geringeren Einkommen.

Im Jahre 1908, wenn der von dem freisinnigen Gerschel eingebracht und vom Abgeordnetenhaus im Mai 1906 angenommene Antrag, die Arbeitgeber zur genaueren Angabe der den Arbeitern und Angestellten mit weniger als 3000 Mark Gehalt gezahlten Löhne und Gehälter zu zwingen, seine Wirksamkeit ausgeübt haben wird, wird die Zahl der Jenfiten der Steuerstufen mit 900—3000 Mark Einkommen noch eine weitere Steigerung erfahren!

Aber beweist denn der Umstand, daß die Hälfte des preussischen Volkes ein Einkommen von mehr als 900 M. besitzt, auch nur das geringste gegen die Not der breiten Massen des Volkes?

Das Durchschnittseinkommen der 4 825 000 Jenfiten mit 900—3000 M. beträgt 1345 M.! Ist das nicht zwar zum Verhungern zuviel, aber zum Leben zu wenig? Und befinden sich nicht die 18 845 470 Personen mit weniger als 900 M. Einkommen erst recht in bitterster Not?!

Das das Einkommen auch des Proletariats wächst, hat kein Mensch jemals bestritten! Aber entspricht dieser Erhöhung des Nominal Einkommens auch eine gesteigerte Kaufkraft? Jeder Proletarier wird diese Frage selbst am besten zu beantworten wissen!

Aber einige Zahlen mögen dem Bild der preussischen Einkommensstatistik erst die richtige Beleuchtung geben.

Es befaßen im Jahre 1907

Zensiten	Gesamteinkommen
4 825 000 mit 900—3000 M. Einkommen .	= 6591 Mill. Mark
359 000 mit mehr als 3000 M. „	= 5156 „

Die Zensiten mit einem Gesamteinkommen von 900 bis 3000 M. befaßen ein Durchschnittseinkommen von 1345 M. (1906: 1335 M.), die Zensiten mit mehr als 3000 M. Einkommen ein Durchschnittseinkommen von 9224 M. (1906: 9080 M.). Während die Steuerstufen bis 3000 M. sich um 679 000 Personen und 1000 Millionen Mark Einkommen vermehrten, vermehrte sich die Zahl der Zensiten mit mehr als 3000 M. nur um 33 000, das Einkommen dieser Steuerstufen dagegen um 416 Millionen!

Am interessantesten aber ist die gewaltige Zunahme der Kiefeneinkommen mit mehr als 100 000 M. Einkommen. Die Zahl dieser Zensiten ist von 3173 auf 3561 angewachsen!

Auf den Kopf der 3173 Zensiten mit mehr als 100 000 M. Einkommen entfiel 1906 ein Durchschnittseinkommen von 250 000 M.! Danach würden die 3561 Zensiten 1907 zusammen ein Einkommen von 890 Millionen Mark haben!

Die 3561 Zensiten der obersten Steuerstufe besitzen danach so viel Einkommen wie 661 000 Zensiten der Steuerstufen von 900—3000 M. Einkommen!

So gerecht ist das „Nationalvermögen“ in Preußen verteilt! —

Ein Sträußlein Kaisergrüße.

Die sozialdemokratische Presse ist bekanntlich die einzige, die keine Kritik zu Kaisers Geburtstag bringt. Unsere Leser haben das zwar bis jetzt noch nicht bemerkt, allein, dem eigenen Herzgenuß folgend, wollen wir diesmal die Lücke wenigstens insofern ausfüllen, als wir nachträglich einiges zusammenstellen von dem, was die gutgesinnte Presse an diesem feierlichen Tage ihrem patriotischen Geiste entlockt hatte. Wir ziehen einzelne Blumen, Knospen, Blüten aus dem großen Geburtstagskraut der Zeitungen und fügen sie zu einem eigenen Sträußchen zusammen.

Wir wollen nicht gerade behaupten, daß diese Blumen in großer Fülle zu finden sind. Aber wir können nicht dafür, Besseres war nicht aufzutreiben. Die Fäden sind schlaff, die Blätter sind weiß, nicht das sprühende Leben, sondern der von der Marktfrau gezogene Draht hält das Ganze zusammen; sie sind wie die Stöcke und Beulen der Berliner Nachtwächter. Sie haben auch keinen eigenen Geruch mehr, sondern die Spritzflasche gab ihnen ein patriotisches Odeur.

So ist es nun einmal. Die Stimmung der Patrioten ist trübe, mies, sehr lahmenummerlich. Ueberall die gleiche fatale Erkenntnis: der Geburtstag des vorigen Jahres stand im Zeichen der Niederstimmung der Sozialdemokratie und der Konsolidierung des Bürgertums, — in diesem Jahre steht er im Zeichen der sozialdemokratischen Straßenfundgebungen, eines faulen Friedens im Blut und allerlei fäuliger Dinge außerhalb und innerhalb des Landes. Es ist den Patrioten sehr übel zumute; wir können ihnen unser menschliches Beileid nicht versagen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „In erster Zeit feiert morgen unser Kaiser und König seinen Geburtstag. . . . Man hat versucht, die Massen vor das Königsschloß zu lenken. . . . In solcher Zeit gilt es, das Banner, die Standarte des Königtums um so höher zu halten. Der Geburtstagsgruß und die Geburtstagsglückwünsche sind in solchen Tagen nicht nur ein schöner Brauch der Loyalität, sondern ein scharfer Protest gegen die Feinde der Krone, ein offenes Bekenntnis zur Monarchie, ein festes Gelübde unbedingter Königtums treue bis in den Tod.“

Die fetter Schrift gehört der „Deutschen Tageszeitung“. Ihr offenes Bekenntnis war ihr noch nicht offen genug; sie mußte es hinauswerfen, hinausdrömmeln; sie nimmt die Torpedopfeife in den Mund und begleitet ihr patriotisches Bekenntnis mit einem marterkämpfernden Geheul, als wenn es sich um die Rettung von Extremitäten handelte, und doch gewinnt sie nicht die Sicherheit, findet nicht den rechten Ton. Ach, das Ganze klingt viel mehr wie eine Bußpredigt, denn als Hosianna!

Wie besonders ausgezeichnetem Takt und Geschmac und ebensolch sprachlichem Verständnis schreibt die „Post“:

„Die ersten Tage des morgigen vollendeten (sic!) Lebensjahres des Kaisers fanden unter dem glänzenden Sterne der letzten nationalen Wahlen. . . . Es hat sich leider längst nicht jede Erwartung erfüllt, die in jenen von nationalen Hoffnungen getragenen Tagen nach und nach geworden ist. . . . Unter den wenig erfreulichen Ereignissen war besonders widerrwartig, als die Verleumdung in schamlosester Gestalt sich nicht scheute, bis in die nächste Umgebung des Kaisers ihren Geifer zu sprühen. Aber es blieb nicht, auch nichts hängen von all dem lächerlichen Geschwätz über Kamarilla, Ring, Gruppchen und Tafelrunde.“

Kein, nichts — auch nichts — gar nichts — rein gar nichts — mehr als nichts — weniger als nichts, — und wer es nicht glaubt, dem sagt die „Post“ nochmals: nichts!

Die nicht minder patriotische „Staatsbürger-Zeitung“ dagegen meint:

„Der vorige Geburtstag brachte als schönste Gabe die Niederlage der Revolutionspartei. Dieser Geburtstag, der dem Tode Hinshagens und der moralischen Verurteilung Hohenzollerns folgt, ist nicht so froh umrauscht.“

Der „Lokal-Anzeiger“ preist „das beinahe patriarchalische, vorbildliche Familienleben am kaiserlichen Hofe, von dem gleichsam ein Zauber guter, alter, deutscher Sitte weit ins Land hinanwirkt; und die Herzen des Volkes in seinem Bann schlägt.“

Dasselbe Blatt ängert sich über die Persönlichkeit des Kaisers: „Analysierende Psychologen wollten wohl manchmal Schwankungen in den Meinungen und Anschauungsäußerungen des Monarchen erschließen. Aber sicherlich zu Unrecht.“

Die „National-Zeitung“ beruft sich auf die fremden Nationen:

„Vor allem beneiden sie uns um unseren Kaiser.“

Schließlich die „Arcuz-Zeitung“ singt mit kindlichem Sinn:

„Doch, die Janitscharenmusik ertönt; die Wadiparade, klingenden Spiels, zieht auf. Hui!“

Da geht ihr die Rüste aus und sie muß auf der nächsten Stelle Atem holen. Tut nichts, keine! Reicht auch die Kraft nicht aus, so macht sich schon der Wille bezahlt. Das führende konservative Volk kann sich mit dem schönen Vers trösten: „Ich bin noch klein, mein Herz ist rein.“

Nach alledem darf man wirklich zum Schluß kommen, daß das monarchische Gefühl im Herzen des deutschen Volkes so fest sitzt, daß es mit einem Gänsefuß gar nicht herausgeholt werden kann.

Die Marokko-Interpellation in der französischen Kammer.

Die „Humanité“ schreibt in ihrer Dienstagsnummer über die am Montag fortgesetzte Verhandlung der Interpellation Jaures: „Die gestrige Sitzung hat Europa Gelegenheit gegeben, sein nach der Rede Delcassés überreicht gefälltes Urteil zu rektifizieren.“

Es hat sich bestätigt, was wir in unserer Besprechung der Delcasséschen Rede vom Freitag sagten, daß der allseitige starke Beifall, den sie fand, nicht das Bekenntnis der Kammer zu einer provozierenden, die Kriegsgefahr nicht achtenden Politik war, sondern daß er einer momentanen Aufwallung entsprang, die mehr persönlichen als politischen Untergrund hatte. Die Mehrheit der Kammer hat eine Rede des Ministers des Meublen Michon mit lautem Beifall aufgenommen, die eine scharfe Abweisung der Delcasséschen Ausführungen war. Der Minister des Meublen hielt eine Friedensrede, so daß bei einigen Stellen auch die Sozialisten applaudieren konnten.

Aus den Ausführungen Michons gegen Delcassés seien die folgenden Stellen wiedergegeben:

„Die Entente mit England war schon lange vorbereitet. Sie war von uns stets im Geiste des Friedens und der Zivilisation aufgefaßt worden. Wir wollen niemand isolieren. (Stürmischer Beifall.) Die Konferenz von Algeciras war keine Demütigung für Frankreich. Man muß es denjenigen zum Verdienst anrechnen, welche sich geweigert haben, für ein sehr unsicheres Ziel das kostbare Gut des Friedens zu gefährden. (Stürmischer Beifall bei den Radikalen und den Sozialisten, welche lebhafte sich demonstrativ gegen Delcassés wenden, der mit verschränkten Armen auf seinem Platze sitzt.) Wenn Frankreich an der Konferenz teilnahm, um die höher stehenden Friedensprinzipien zu schützen, wenn es seine Rechte geltend machte, so werden wir nicht sagen, daß es sich schämte. Niemand hier erhob gegen die Algeciras-Akte Einspruch. Das Prinzip wurde mit Einstimmigkeit angenommen. Die Konferenz gab uns eine neue Grundlage für unsere Rechte.“

Ueber die gegen Marokko einzunehmende Haltung sagte Michon u. a.:

„Die Instruktion des General Drube habe gelaute, in Casablanca und Umgebung die Ruhe herzustellen, ohne sich auf Abenteuer im Innern einzulassen. Auf Vorschlag Drubes sei dieser zur Besetzung Medina ernannt worden. Drube verdiente hohe Anerkennung für seine Ausdauer und Tapferkeit. (Lebhafte Beifall.) Die Mission Frankreichs in Casablanca sei nur eine vorübergehende. Wir dachten schon daran, an Stelle unserer Truppen die scherrische Mahalla zu setzen. (Bewegung auf verschiedenen Seiten.) General d'Amade habe gleichlautende Instruktionen, den Frieden wieder herzustellen und die Zurückziehung der Truppen vorzubereiten. Jaures treibe Scherz, wenn er die Affäre von Serrat als eine Niederlage bezeichne. Der Minister verlas eine Depesche d'Amades, in welcher dieser mitteilte, er habe die Mahalla Mulay Raschid zurückgeworfen, ihr Lager zerstört und sei dann, wie er es geplant hatte, nach Mekschid zurückgekehrt. Die Haltung der Truppen sei hervorragend gewesen. Der Feind habe 500 Tote verloren; das Vorgehen habe großen Eindruck auf den Feind gemacht und die französische Heeresmacht habe sich große Achtung verschafft. Michon wiederholte, er wolle die Neutralität aufrecht erhalten ohne der Algecirasakte zu vergessen. Er reize sich mehr dem Sultan Abdul Aziz zu. Frankreich beabsichtige nicht, die Entscheidung zwischen beiden Sultanen zu geben. Aber Abdul Aziz sei der einzige anerkannte Sultan und sei der einzig würdige, gegenüber der Anarchie die Interessen Marokkos zu vertreten und dies in Uebereinstimmung mit der Algecirasakte zu tun. Mulay Rasid dagegen sei ein Gefangener der Gegner der Algecirasakte und der Teilnehmer an dem heiligen Krieg. (Jaures unterbricht den Redner: Wartet nicht auf ein Pferd, sondern befeigt eins der beiden!) Frankreich könne mit Mulay Rasid in bezug der Hafenpolizei nicht amtlich unterhandeln. Deshalb seien seine Vertreter nach Rabat gegangen, um mit Abdul Aziz zu reden, von dem die Anregung zur Reise ausgegangen sei. Michon fügte hinzu, von einer Anleihe sei keine Rede, er könne aber nicht sagen, daß sie künftig nicht abgeschlossen werden würde. (Jaures dazwischenrufend: Frankreich wird sich 150 Millionen abnehmen lassen, um Gelegenheit zu haben, sie wiederzuholen.) (Lärm.)

Dieser Teil der Rede zeugt von der Unsicherheit der französischen Regierung über die kommenden Dinge. Es geht ein Zwiespalt durch diese Ausführungen, der sich erklärt aus der Einengung der Maßnahmen Frankreichs durch die Algecirasakte und dem Wunsche einer einflussreichen Strömung, durch die Ereignisse zur Durchbrechung der Akte „gezwungen“ zu werden. So hat das französische Proletariat allen Anlaß, auf der Wacht zu sein und der Regierung nötigenfalls den Nacken zu steifen gegen das Drängen der Marokko-Interessenten. Ebenso wie das deutsche Proletariat eifrig darüber wachen muß, daß diesseits des Rheins nicht durch Sabeltasteln die Franzosen gereizt und nervös gemacht werden.

Die Verhandlung der Interpellation in der Kammer wurde am Dienstag fortgesetzt und sollte zum Ende geführt werden. Soweit bis jetzt über den Verlauf berichtet ist, haben sich Delcassésche Lüne in dieser Sitzung nicht bemerkbar gemacht.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 28. Januar 1908.

Zustizfragen vor dem preussischen Landtag.

Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die zweite Beratung des Etats der Justizverwaltung. Daß in der Rechtspflege zahlreiche Mängel vorhanden sind, die dringend der Abhilfe bedürfen, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Es sei nur an die zahlreichen, dem Rechtsbewußtsein des Volkes höhnischen Urteile gegen sozialdemokratische Zeitungen, an die ungeschickten Richterprüche bei Anklagen wegen Verstoßes gegen die Gewerbeordnung, an die regelmäßigen Freisprechungen oder doch sehr gelinden Verurteilungen von Unternehmern und im Gegensatz dazu an die harten Strafen erinnert, die gegen Angehörige der Arbeiterklasse verhängt werden. Ein Parlament, das eine wirkliche Volksvertretung ist, hätte also Stoff genug, Kritik an den mannigfachen unangenehmen Erscheinungen zu üben, die eine Folge davon sind, daß die Richter ausschließlich herrschenden Klassen entstammen, also den Klassen, die in ganz anderen Anschauungen ausgewachsen als die Arbeiterklasse, sich in das Denken und Fühlen des Volkes nicht hineinsetzen vermögen.

Auf diese und ähnliche Erscheinungen hinzuweisen und Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen, war — wie gesagt — Pflicht der Volksvertretung. Da wir aber in Preußen bisher noch keine Volksvertretung haben, sondern nur eine Vertretung der Schlot- und Krautjunker, so ist es verständlich, daß das Parlament sich um Fragen dieser Art nicht kümmert. Den herrschenden

Klassen und ihren Sachwaltern liegen ganz andere Dinge am Herzen. Verschiedene Prozesse der letzten Monate haben gezeigt, welche ungeheure Scham sich in den durch die Befehlgebung bevorzugten Kreisen angehäuft hat und wie hinter den äußerlich zur Schau getragenen „guten Sitten“ oft niederträchtigste Bestimmung und kaum glaubliche Gemeinheit sich verbirgt. Kein Wunder, daß diese Enthüllungen den Herrschenden recht unangenehm sind. Aber anstatt dem Uebel selbst zu Leibe zu gehen, suchen sie es zu vertuschen.

Auf solche Vertuschungsversuche liefern im großen Ganzen die Vorkläge des Abgeordnetenhauses hinaus. Da wird strengerer Ausschluß der Öffentlichkeit und bei Verleumdungsprozessen eine noch größere Einschränkung des Wahrheitsbeweises gefordert! Nicht diejenigen, die Anlaß zu Prozessen wie der Molke-Garden-Prozess geben, sind schuld, wenn dadurch die Sittlichkeit gefährdet wird, sondern — die Presse, die darüber berichtet! . . . Durch die Abschneidung des Wahrheitsbeweises in Verleumdungsprozessen soll einiger Wandel geschaffen werden. — Als ob es nicht auch jetzt schon den Angeklagten nur zu oft unmöglich gemacht wird, den Beweis der Wahrheit anzutreten! Geht der Wunsch der Reaktionen, dessen Erwägung der Justizminister übrigens zusagte, in Erfüllung, dann wird das Mißtrauen gegen die Rechtspflege nur noch größer werden.

Welch' reaktionärer Zug durch die ganzen Debatten zum Justizetat weht, dafür nur wenige Beispiele: Der konservative Abg. Stroffer forderte eine schärfere Sühne für verletztes Ehre und die Einführung der Prügelsstrafe für Roheitsverbrechen! Es dürfte niemand geben, der die Roheitsverbrechen, insbesondere Verbrechen an Kindern, schärfer verurteilt als wir, aber wer da glaubt, daß durch Prügelsstrafen Wandel geschaffen werden kann, der zeigt damit nur, daß er sich niemals die Mühe gegeben hat, den Ursachen der Verbrechen auf den Grund zu gehen.

Der Prügelsstrafenrede des Herrn Stroffer schloß sich die Sittlichkeitsrede des Herrn Koeren vom Zentrum würdig an. Herr Koeren will, daß die Keinheit des Volkes erhalten bleibe, da dem Verfall der Sitten stets der Zusammenbruch der Staaten gefolgt sei. Um nun jenes erhabene Ziel zu erreichen, will er Front machen gegen — Kunstergewinne! Ähnlich wie feinerzeit im Reichstage gelegentlich der Beratung der Leg Heinze wettete er gegen die moderne Kunst. Er forderte allen Ernstes, daß darüber, ob ein Kunstprodukt sittlich anständig sei, nicht die Künstler ihr Sachverständigenurteil abgeben sollen, sondern daß der Gerichtshof selbst entscheide. Besthe nur, daß er Waffen als Kunstfachverständige empföhlen hätte.

So boten denn die Debatten ein überaus trauriges Bild, ein Bild von der vollständigen Unfähigkeit der herrschenden Klassen, die der Justizpflege anhaftenden Mängel zu beseitigen. Unerhöchste Zeit, daß in diese Kammer endlich ein moderner Geist, der Geist, der die Arbeiterklasse durchweht, seinen Einzug halte. —

Neuer Ordensfegen!

Am 27. Januar ist ein neuer Ordensfegen über die Staatserhaltenden niedergegangen. Der Gatte der Tochter des Kanonenkönigs Krupp, Herr Krupp v. Bohlen und Halbach hat den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife erhalten — Herr Wiemer mußte sich mit dem Roten Adlerorden 4. Klasse begnügen!

Besonders bemerkenswert aber ist, daß auch der von der Polizeistadt an der Friedrichstraße her bekannt gewordenen Berliner Polizeihauptmann Stephan den Kronorden 3. Klasse erhalten hat!

Der liberale Blublitz Heinrich Jigenstein schrieb bekanntlich kürzlich in seiner Zeitschrift „Das Blaue Buch“:

„Herr Hauptmann Stephan — legt seinen Namen zu den Hamburger Kriegerern, die dem zehnjährigen Revolutionär vor mehr als Jahresfrist der „Ordnung halber“ vier Finger abhaden — hat Helmbüschel, Säbel heraus! Einhausen! Noch lebt altpreussische Tapferkeit. Die Attade war blendend schön. Alles niederreitet, was sich in den Weg stellt.“ Dem Sieger an der Vertraubtenbrüder winkt sicher ein Orden. . . . Herr Jigenstein besitzt Talent zum Prophezeien! —

Goethes unsittlicher Zausl.

Ueber ein neues Zeugnis literarischer Sittlichkeitsbegriffe weiß die „Freie Bayer. Schulzeitg.“ zu berichten:

„Im Lehrerseminar Bamberg.“ schreibt sie, „war bisher die Lektüre des „Faust“ nicht verboten. Es ist mit Zug und Recht in Bamberg üblich gewesen, daß alle Lektüre, die in der Literaturgeschichte berührt wurde, in den Arbeitsstunden gelesen werden durfte. Am Sonntag, 15. Dezember, vormittags 9 Uhr, war für sämtliche Seminaristen Gottesdienst und Kommunion vorgeschrieben. Von 7 bis 8 Uhr war, wie üblich, Studierzeit. Diese Zeit ist auch an Kommunionstagen nicht etwa zu Erbauungszwecken, sondern zur Arbeit bestimmt. Während nun andere Mitschüler vor ihren Lehrbüchern brüteten, griff der Seminarist K. an diesem Sonntagmorgen ohne jedes Arg zu Goethes „Faust“. Der vorübergehende Seminarhelfer Feldhauer, ein junger Mann, ultramontan gefinnt, noch nicht lange als „Lehrer-Brüder“ ins Seminar berufen, der sich nach vor einigen Monaten vor Seminaristen gebrüht hatte, daß er Goethes „Faust“ nicht gelesen habe und den „Faust“ nicht lesen wolle, weil es ein unsittliches Buch sei, entdeckte das Verbrechen und zeigte die Tat sofort dem geistlichen Präsesen Jehnder an. Dieser ließ den zur Kommunion erschienenen Seminaristen in die Sakristei kommen und verbot ihm die Teilnahme an der heiligen Handlung, weil er sich durch die Lektüre des „Faust“ hierzu unwürdig gezeigt habe. In den folgenden Tagen fand ein Lehrerrat statt. Präses Jehnder soll dabei den Antrag gestellt haben, den Schüler mit der Entlassung aus der Anstalt zu bestrafen. Durch den Stillschick des Vorsitzenden, Seminarrektors Dr. Reber, soll dann nur die Androhung der Entlassung beschlossen worden sein. Der Schüler soll vorher nicht verhört worden sein. Bei der Mitteilung der Bestrafung wurde er gefragt, ob er „Faust“ als unsittliche Lektüre empfunden habe. Er antwortete mit einem bestimmten „Nein!“ Daraufhin soll Direktor Dr. Reber geäußert haben, dann wäre er schon tief gesunken. . . . Dem Schüler K. aber wurde ins Selbstbewußtsein geschrieben: „Wegen eines Vergehens am Kommunionstage erhielt derselbe die Androhung der Entlassung.“

Wir können von unserem Standpunkte nur bedauern, daß der junge Seminarist nicht entlassen worden ist und ihm dadurch Gelegenheit geboten wurde, einen anderen Beruf zu ergreifen, in dem er nicht unter dem Druck literarischer Stillschick steht. Jeht steht er noch, wie seine Antwort beweist, auf einer höheren sittlichen Warte, die der würdige Hilfslehrer Feldhauer und der geistliche Präses Jehnder; wer weiß aber, ob er dann, wenn er noch längere Zeit unter dem Einfluß des sittlichen Reingefühls dieser Pädagogen bleibt, nicht auf dasselbe sittliche Niveau hinaufsteigt. —

Die Nervosität der Gewalthaber.

Am Sonnabend erschienen im Kölner „Stadtanzeiger“ und im „Kölner Tageblatt“, zwei polizeifremden Precherzeugnisse, keine Lokalartikel, die die Bürgerchaft gar eindringlich vor der Verleugung an Strahndemonstrationen warnten und alle ordnungsliebenden Bürger zum Fernbleiben mahnten. Für künftige

Strafenkündigungen zu Wahlrechtsdemonstrationen waren die schärfsten und rücksichtslosesten Maßnahmen in Aussicht gestellt. Da in Köln kein Mensch an solche Dinge gedacht hatte, konnte man sich den Sinn dieser zweifellos offiziellen Artikel nicht erklären. Am Montag erfährt man dann, daß am Sonntag das in der Nähe beim Volkshaus liegende Ulrichscaferne untergebrachte Militär bis zum Abend konzentriert gewesen war, daß ferner die gesamte Schutzmannschaft Extraabteil hatte. Schulleute waren in der ganzen Stadt an allen Plätzen heimlich vertrieben worden, von denen aus man Ansammlungen zum Zwecke von Umzügen glaubte erwarten zu können. Wie man hört, war der ganze Apparat lediglich deshalb ins Werk gesetzt worden, weil auf den Sonntagnachmittag irgend eine Mitgliederversammlung in das Volkshaus einberufen worden war, die man bei der Polizei für einen Vorwand hielt, um nachher einen Umzug zu veranstalten. —

Ein gestürzter Reichsverbandshandlanger.

Der Verfasser der Subdelfskrift gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse, Amandus Schubert, ist, wie wir schon telegraphisch meldeten, verhaftet worden. Den „Rationalen“ und Reichslägerverbänden ist durch diese Verhaftung großes Leid widerfahren. Seine Schwindel- und Lügengeschichten haben die Ordnungsliebe mit Verlagen ausgelacht, obwohl sie in der Presse, im Stadtverordnetenrat und vor Gericht als Lüge und Schwindel gekennzeichnet wurden. Mit ihm ist auch sein Bruder Simon Schubert und sein getreuer Knappe Paul Rabe verhaftet worden. Als Grund der Verhaftung wird angegeben, es handele sich um einen Expressionsversuch, der längere Zeit zurückliege. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß es sich um eine Weineidengeschichte handelt, denn der Rabe ist in fast allen Verleumdungsprozessen des Schubert als ein Kronzeuge aufgetreten, auch hat er ihm „Material“ verschafft. Man hat sich schon längst gewundert, wovon diese Menschen lebten; vielleicht kommt nun Licht in diese dunkle Sache. —

Gemeindliche Wohnungsfürsorge.

Aus Anlaß der in der bayerischen Stadt Hof herrschenden Wohnungsnot hat die dortige Kreisregierung der Hof Stadtverwaltung anheim gegeben, wenn sie sonst zur Beseitigung der Wohnungsnot nichts unternehmen wolle, wenigstens einen städtischen Wohnungsnachweis, angegliedert an das städtische Arbeitsamt, ins Leben zu rufen. — „Das brauch mer net“ sagten die liberalen Hausbesitzer, die infolge des ungerechten Gemeindevahlrechts im Rathaus die Mehrheit haben, und sie lehnten den Vorschlag der Regierung rundweg ab. Als noch überflüssiger bezeichneten die „Hausherren“ die Errichtung eines Ledigenheims.

„Sozialisten, Anarchisten und Verbrecher.“

Die „Trierische Landeszeitung“ berichtet, daß in irgendeinem Eifelort der katholische Pfarrer ein Strafmandat bekommen hat, weil er seinen dem Zulusorden angehörenden, bei ihm zu Besuch weilenden Bruder nicht politisch angemeldet hatte. Dazu schreibt das Dabachblatt: „Augenscheinlich will die Polizei eine scharfe Kontrolle über die Jesuiten ausüben, eine Kontrolle, die scharfer ist als die über die Sozialisten, Anarchisten und Verbrecher, die sich aufhalten und Reden halten können wo sie wollen und so oft sie wollen.“ — Man braucht diese echt literale Dummheit nur tiefer zu hängen. Sie charakterisiert sich selbst. —

Der Rangstreit in Pillau.

von dem wir kürzlich berichteten, ist beendet, wenn auch in den Herzen der Pillauer „Mäte vierter Klasse“ die Blut der Enttäuschung fortglüht und vielleicht noch den einen oder anderen in seiner Spezial-Beamtenchance Gefährten zu einer furchtbaren Sache für die erlittene Zurücksetzung veranlassen wird. Der mit der Schlichtung des Rangstreites beauftragte Oberpräsident von Ostpreußen hat nämlich zugunsten des Bürgermeisters und zumungunsten der „Mäte vierter Klasse“ entschieden. In seinem Erlass führt er aus, „daß der Anspruch des Bürgermeisters Ender auf den Platz neben dem Festungskommandanten an dem Geburtstag des Kaisers als begründet angesehen wird, nicht nur weil jener Platz herkömmlich von dem Bürgermeister eingenommen ist, sondern auch weil er demjenigen gebührt, der berufen ist, die gesamte Bürgerschaft zu vertreten.“

Vielleicht beschließen die „Mäte vierter Klasse“,ünftig am Kaisergeburtstag allein zu kniepen. Das wäre eine entsetzliche Sache! —

Die Protestbewegung gegen das Reichsvereinsgesetz.

Weder als 2000 Personen protestierten in Lübeck in einer imhospitablen Versammlung gegen den Vereinsgesetzentwurf. Genosse Bissell kritisierte in mehr als anderthalbstündiger Rede den Gesetzesentwurf, der der Polizeischikane Tür und Tor öffnet. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher das projektierte Gesetz verworfen und die Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Versammlung einschränken oder unterdrücken, gefordert wurde.

In Göttingen waren 1200 Personen versammelt, die nach dem Referat des Genossen Bock einstimmig die Protestresolution annahmen. —

Strafmandate gegen den Wahlrechtskampf.

Wegen der Wahlrechtsdemonstrationsversammlungen vom 9. und 12. Januar versucht die Polizei zu Halle a. S. einen fulminanten Umzugsprozess einzuleiten. Man sucht nach Leitern der Umzüge, und es haben schon Vernehmungen zu diesem Zwecke stattgefunden.

Der Versuch, mit Strafmandaten den Wahlrechtskampf aufzuhalten, ist eines preussischen Polizeihirns würdig.

Sankter Zwang.

Wie die konservativen Vereine Mitglieder machen, davon meldet der „Volkstreue“ aus Jittau folgendes erbauliche Beispiel. In dem Bureau des dortigen Bahnhofs ging folgende „Einladung“ zum Beitritt zu einem konservativem Verein herum:

„Am 16. Januar haben 20 Herren aller Stände unter dem Vorsitz des Herrn Amtshauptmann v. Beschwitz einen „Konservativen Verein“ für Jittau und Umgegend, 1. jährlicher Reichstagswahlkreis, ins Leben gerufen. Ich kann wohl mit Recht annehmen, daß der größte Teil aller Staatsbeamten und Bediensteten königlicher Gestalt ist und darf ich auch daher auf Erfolg meiner Einladung zum Eintritt in den konservativen Verein rechnen. Ich bitte daher alle königstreuen Beamten und Bediensteten, durch Entgegung ihrer Namen in die anliegende Liste ihren Eintritt in den konservativen Verein für Jittau und Umgegend zu erklären. Zum Vorsitzenden des Vereins ist Herr Major J. D. Dietrich in Jittau von dem Gründungskomitee gewählt worden.“

v. Ellerlein, Bahnhofsinspektor.

Nach der Ansicht des konservativen Bahnhofsinspektors scheinen königstreue und konservativ identische Begriffe zu sein. Wo bleiben denn die armen Nationalliberalen und Freisinnigen, die doch ebenfalls die Königstreue mit einem schreienden „Bürgerstolz“ mimen? Diese Ausnutzung der bahnhofsinspektorischen Autorität zum Mitgliederfang für den konservativen Verein ist ein skandalöser Mißbrauch der Amtsgewalt. Es ist klar, daß aus Furcht vor etwaigen „dienstlichen“ Unannehmlichkeiten so mancher Beamter dem „sanften Zwange der freundlichen Einladung“ nachgeben wird, wenn er auch mit dem Herzen nicht dabei ist und die Konservativen zu allen Teufeln wünscht.

England.

Polizei und Arbeitslose und Wolffs Telegraphenbureau.

Am 25. d. M. verbreitete Wolffs Bureau folgende Depesche aus London:

Ein Trupp Arbeitsloser kam auf dem Marsch von Manchester nach London in Birmingham mit der Polizei in Konflikt. Durch Jubel von dortigen Arbeitslosen wuchs der Trupp auf etwa tausend an, wovon einzelne die Polizei angriffen. Es wurden vier Verhaftungen vorgenommen und der Zug vorläufig bis zur Stadtgrenze polizeilich eskortiert.

Wir wissen nicht, aus welchen Quellen der Korrespondent des Wolffschen Telegraphenbureaus geschöpft hat, jedenfalls enthält die „Daily-News“, die über den Marsch der Arbeitslosen in Birmingham einen sehr ausführlichen Bericht bringt, nichts von Verhaftungen und nichts von Angriffen der Waffe auf die Polizei. Dagegen verschweigt das Wolffsche Depeschsbureau das, was sehr wesentlich ist. „Daily-News“ berichtet nämlich folgendes:

Der Führer der Arbeitslosen, Jack Williams, verhandelte mit dem Polizeichef von Birmingham wegen der Abhaltung von Versammlungen an öffentlichen Plätzen. Es war nämlich besprochen worden, daß die Polizei wegen der Unruhen, die dort schon vor einiger Zeit gelegentlich einer Arbeitslosendemonstration stattgefunden hatten, Schwierigkeiten machen könnten. Das war aber durchaus nicht der Fall, die Versammlungen haben unter Aufsicht einer Anzahl sozialistischer Geistlicher und unter dem Schutz der Polizei stattgefunden. Erst nach der Versammlung zogen die Demonstranten nach dem Rathaus, um den Lordmayor zu einer späteren Versammlung einzuladen. Hieran wurden sie allerdings durch die Polizei verhindert.

Von den übrigen Schauernachrichten des Wolffschen Telegraphen-Bureaus weiß, wie gesagt, „Daily-News“ nichts zu erzählen.

Rußland.

Die Hungernot.

Dr. Schbankoff veröffentlicht im „Tschas“ erschütternde Einzelheiten über die Hungernot in 23 Gouvernements.

„Im Gouvernement Samara“ so schreibt er, „herrscht nun schon das dritte Jahr Hungernot. Nach Angaben, die zum größten Teil von der Administration geprüft sind, ist die Lage in drei Kreisen ganz verzweifelt. Im Kreise Suguruhn sind mehr als 25 000 Personen hilflos bedürftig; Brot wird aus Gänsefuß mit einem geringen Zusatz von Mehl gebacken; in drei Dörfern herrscht der Typhus. In einigen Kreisen ist der Sterblich ausgebrochen. Im Dorfe Pereljub ist schon längst kein Brot mehr vorhanden; „und bleibt nur übrig zu sterben“ — so erklären die Abgesandten der Bauern. Im Kreise Kowowenski bedürfen 40 000 Personen der schnellsten Hilfe; in der Nähe von Pokrowski herrscht der Sterblich. Die Beamten, die das Reichslandgebiet bereisen, erklären, daß dieses Jahr schlimmer ist als das Vorjahr: Brot ist nicht vorhanden, Vieh und Mobilien sind verkauft, der Hunger ist beim Dorfwanderer verpfändet. Hilfe erscheint von keiner Seite... dagegen werden Steuern und Rückstände eingetrieben und die letzten Habeligkeiten für diesen Zweck verkauft.“

Im Gouvernement Tschernigoff ist meist nichts geerntet worden. Hilfe kommt von keiner Seite. Die Bauern nähren sich nicht mit Brot, sondern mit den verschiedensten Surrogaten, verkaufen ihr Vieh, verpfänden die Acker. Vierzehntel liegen ganze Familien vor Hunger krank da.

Im Gouvernement Isha herrscht in zwei Dörfern Hungertypus usw. usw.“

Ganz Rußland im Ausnahmezustand!

Petersburg, 27. Januar. Die Dauer des verstärkten Schutzes für die Kaiser und Zarsischen Gouvernements ist bis zum 10. Februar 1909 verlängert worden.

Die „provisorische“ Verhängung des „besonderen“, „verstärkten“ und „außerordentlichen“ Schutzes und des Kriegs- und Belagerungszustandes ist nachgerade zu einer permanenten Erscheinung in Rußland geworden. Gegenwärtig ist kein einziges Gouvernment des europäischen Rußland von irgendeiner Art des Ausnahmezustandes frei. Bloß vereinzelte Kreise in vier Gouvernements (28 von im ganzen 861), die insgesamt nur ein Dreihundertel der Gesamtfläche des europäischen Rußlands ausmachen, werden auf Grund der „gewöhnlichen“ Vollmachten der Administration regiert, in allen übrigen herrscht an Stelle des Gesetzes die zu Gesetz gemordene Willkür der mit „außerordentlichen“ Vollmachten betrauten Behörden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Kriegszustand über 99 Kreise und 2 Städte, also über ein Sechstel aller Kreise des europäischen Rußlands verhängt ist. . . .

Die „Arbeit“ der Reichsduma-Kommissionen.

Der Dumapräsident Thomjassoff beschuldigte vor einigen Tagen die Reichsduma, daß sie so gut wie gar nichts Positives leistet und daß dies auch für die zahlreichen Duma-Kommissionen zutrifft. Daß Thomjassoff recht hat, geht aus folgender Bestimmung hervor:

Die 26 Kommissionen des Reichs-„Parlamentes“ haben bisher alles in allem 61 Sitzungen abgehalten und in diesen 61 Sitzungen sind Summa Summarum von 4 Kommissionen 14 (vierzehn) Berichte „fertiggestellt“ worden! (22 Kommissionen haben also überhaupt nichts geschafft, 5 hielten sogar keine einzige Sitzung ab!)

Die 14 „fertiggestellten“ Berichte, die insgesamt 34 Druckseiten umfassen und im großen und ganzen einfach die entsprechenden Ministerialboletins mit geringen Änderungen wiedergeben, kosten dem russischen Staate an Diäten für die Reichsdumamitglieder die Kleinigkeit von 750 000 R., so daß ein jeder Wuchstade des Berichts mit etwa 7 R. Honorar bezahlt ist. . . .

Türkei.

„Mehr Hunger als Vaterlandsliebe.“

Saloniki, 28. Januar. Die Armeelieferanten verweigern wegen rückständiger Forderungen die Lieferung von Lebensmitteln an die Truppen. Wegen des Ausfalls der Fleischrationen und auch weil sie drei Monate keine Löhnung erhielten, sind die Truppen ziemlich erregt. Auch das Militärhospital ist seit einigen Tagen ohne Fleisch.

Gewerkchaftliches.

Sozialismus und amerikanische Gewerkschaften.

Das jahrelange eifrige Bemühen der Sozialdemokraten in den Vereinigten Staaten, Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen ist schließlich doch nicht ohne Erfolg geblieben. Zuerst stieß man auf die heftigste Opposition bei den Gewerkschaftsführern und auf die größte Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit bei den Massen der organisierten Arbeiter, die bei dem erwachenden Verständnis sich sogar noch sehr feindselig den sozialistischen Bestrebungen gegenüber verhielten. Sie verworfen den Sozialismus als „durchaus unamerikanisch“. Die Sozialisten aber ließen nicht ab von der Agitation und machten in ihrem Eifer auch wohl einmal einen Fehlgang, so zum Bei-

spiel mit der Gründung der „Socialist Trade and Labor Alliance“, also einem Gewerkschaftsbund auf sozialistischer Grundlage, der aber die alten Gewerkschaften nicht im mindesten erschütterte, sondern selbst wieder auseinanderfiel. Man schlug dann eine andere Taktik ein und agitierte innerhalb der Gewerkschaften. Sie von außen „anzuhören“, wie es damals hieß, dazu reichten die Kräfte der Sozialisten nicht aus. Man „bohrte“ von innen mit schnellerem Erfolge. Es wäre freilich verfehlt, viel Wert zu legen auf die zahlreichen Resolutionen, die diese oder jene Gewerkschaften zugunsten des Sozialismus schon angenommen haben; selbst dann muß man sich vor Ueberschätzung hüten, wenn solche Resolutionen auf Jahreskonferenzen größerer Verbände Annahme fanden. Die Amerikaner nehmen es mit den Resolutionen nicht so genau. — Das „Philadelphiaer Tageblatt“ besprach jüngst die Schrift eines Professors Kennedy über die „sozialistischen Tendenzen in amerikanischen Gewerkschaften“. Da wird angeführt, daß im Jahre 1905 auf Gewerkschaftskongressen Delegierte, die 214 000 Mitglieder vertraten, für sozialistische Resolutionen stimmten, während die gegnerischen Delegierten 1 128 000 Mitglieder vertraten. Daraus geht sogleich hervor, daß ein gewisses führendes Element, die Delegierten, die das Vertrauen der Massen haben, Sozialisten sind. Im letzten Jahrzehnt haben 14 nationale und internationale (d. h. mit Kanada) Verbände mit 330 000 Mitgliedern das sozialistische Programm offiziell anerkannt. Auch darin braucht man nicht mehr zu sehen als ein Zeichen für eine sozialpolitische Strömung in den Gewerkschaften. Und daß diese Strömung immer stärker wird, darüber sind sich alle Kenner der Gewerkschaftsbewegung einig.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Haltung der Gewerkschaftspressen. Vor zehn Jahren noch wurde der Sozialismus in Gewerkschaftsblättern kaum erwähnt, sozialistische Zuschriften fanden keine Beachtung. Heute findet man lange Abhandlungen darüber; etwa ein Dutzend Gewerkschaftszeitungen sind mehr oder minder ausgesprochen sozialistisch. Außerdem werden viele sozialistische Zeitungen von den Gewerkschaften unterstützt. So haben 550 lokale Verbände auf „Appeal to Reason“ („Appell an die Vernunft“) abonniert und dieses Wochenblatt damit 40 000 Abonnenten verschafft. Gewerkschaften haben einen großen Teil der Aktien des „Daily Socialist“ in Chicago, der englischen Tageszeitung der Partei, übernommen. In New York haben die Gewerkschaften die volle Hälfte eines Fonds aufgebracht, um die Herausgabe eines englischen Tagesblattes für New York zu ermöglichen. In den Erklärungen der Prinzipien vieler Gewerkschaften wird betont, daß das gegenwärtige Gesellschaftssystem den Arbeitern die Früchte ihrer Arbeit vorenthält.

Professor Kennedy sieht in einigen Jahren kommen, wie der Trade Unionismus der ökonomische Flügel und die Socialist Party der politische Flügel der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten sein werden.

Berlin und Umgegend.

Wähtung, Schlosser, Werkzeugmacher!

Die Einrichter in der Waffen- und Munitionsfabrik zu Versin, Kaiserin-Augusta-Allee 30, haben am Montag wegen vorgekommener Abzüge von dem bestehenden Stundenlohn die Arbeit niedergelegt. Schon seit einiger Zeit hat die Direktion in den verschiedenen Abteilungen der oben genannten Fabrik Abzüge an den Stundenlöhnen und Aufwandsreisen teilweise angeordnet, teilweise ausgeführt. So wurde auch den Einrichtern in der letzten Woche mitgeteilt, daß ihre bisherigen Stundenlöhne um 10 Proz. gekürzt werden. Einer Kommission der betreffenden Arbeiter, welche mit der Direktion wegen Zurücknahme der Abzüge verhandelte, wurde von dem Vertreter der Direktion erklärt: „Es bleibt bei diesen Abzügen; an einer Zurücknahme ist nicht zu denken.“ — Alle Einwendungen der Kommission wurden nicht beachtet. Es blieb also den Einrichtern angedeihen dieser abschließenden Haltung der Direktion nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzulegen. Da der Streik ein berechtigter ist, so erlauben wir die Kollegen, etwaige Arbeitsangebote dieser Firma zurückzuweisen.

Die deutsche Waffen- und Munitionsfabrik ist für Einrichter, Schlosser und Werkzeugmacher bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Wähtung, Gold- und Silberarbeiter! Der Streik in der optischen Werkstatt O. A. Nigdorff, Jäger Straße 5, dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Wähtung, Metallarbeiter! Die Kollegen der Berliner Motorenfabrik Reinholdendorff-Ost, verlängerte Kolontsestraße, befinden sich noch wie vor im Streik. Etwasige Arbeitsangebote von dieser Firma sind zurückzuweisen. Die Firma ist bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Wähtung, Rohrlieger und Kugler!

Da die Firma Rolke in Wilmersdorf, Auguststraße 60/67, unsern Tarif noch nicht anerkannt hat, so bleibt dieselbe bis auf weiteres für die Kollegen gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Wähtung, Formier! Wie schon in Nr. 22 des „Vorwärts“ bekanntgegeben, haben die Formier der Norddeutschen Eisen- und Stahlwerke in Oberschöneweide am Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Die Ursache dazu war folgende: Im Jahre 1904 wurde zwischen den Vertretern der Berliner Formier und Eisenarbeiter eine Vereinbarung getroffen, welche die Arbeitsverhältnisse und Aufwandspreise gleichmäßig für alle Eisenereien in Berlin regelt. In dieser Vereinbarung ist die Bestimmung enthalten, daß, bevor der Formier eine Arbeit beginnt, der Preis für diese Arbeit erst mit ihm vereinbart werden muß. Diese Bestimmung wurde von der Direktion der Norddeutschen Eisen- und Stahlwerke nicht gehalten, sondern es wurden von dem Direktor die Preise willkürlich festgesetzt, und der Formier, welcher für diesen Preis nicht arbeiten wollte, wurde entlassen. Die Erregung unter den Arbeitern wurde begreiflicherweise immer größer, und so ist es wegen dieser Maßnahmen der Direktion mehr wie einmal zum Streik gekommen. Der letzte Streik wurde durch Verhandlungen zwischen dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Kommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller im Beisein einer Kommission der streikenden Formier und der Firma beigelegt. In dieser Verhandlung verpflichtete sich die Firma, in Zukunft die Vereinbarung von 1904 strikte innezuhalten und bei Bedarf an Formieren die vom Streik übriggebliebenen Kollegen zuerst bei der Einstellung zu berücksichtigen. Weibes hat die Firma nicht gehalten. Denn nach einigen Tagen wurden die Kollegen, welche die strikte Innehaltung der Vereinbarungen verlangten, von dem Direktor entlassen. Auch wurde versucht, fremde Formier einzustellen, obgleich der Direktor wußte, daß einige Formier von dem letzten Streik her arbeitslos waren.

Unter diesen Umständen blieb den Kollegen nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzulegen. Die Firma ist für Formier bis auf weiteres gesperrt. Die Kollegen werden dringend ersucht, den Betrieb zu meiden.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Wähtung, Schäftebrauer! Die Differenzen bei der Firma Rabbé, Markgrafstraße 81, sind beigelegt. Die Entlassenen

wurden wieder eingestellt und ist am Montag die Arbeit aufgenommen worden.

Zentralverband der Schuhmacher. Zweigverein Berlin.

Zum 8. Kongress der „Freien Vereinigung“

Am Montag der Verein der Musikinstrumentenarbeiter Stellung. Nach dem „Allgemeinen Metallarbeiterverband“ ist dies die stärkste Organisation in dem noch vorhandenen Hauslein anarcho-sozialistischer Gewerkschaften. Daneben existieren noch circa 20 Organisations kleiner Art mit zusammen etwa 2500 Mitgliedern, pro Stadt also durchschnittlich 125 Mann stark. Im Angebot dieser Bittern berührt es einigermaßen wunderbar, wenn der Vorsitzende Piepenhagen des Vereins der Musikinstrumentenarbeiter seiner Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß die Bestrebungen der Einigungsgegner angeblich keinen Erfolg gehabt hätten und die Auflösung der Freien Vereinigung nicht beschlossen sei. An dem Bericht im „Vorwärts“ mißfiel dem Redner, daß der Delegierte Kieger, der die Dachdecker vertrat, als Kassenbeamter bezeichnet wurde. Das Referat von Kater zum 8. Punkt der Tagesordnung sei lobend hervorzuheben; die Gegner hätten ihm gegenüber keine stichhaltigen Gründe vorgebracht vermocht. Die Freie Vereinigung sei auf dem Kongress etwas geschwächt worden, aber sie würde um so besser, weil mehr gereinigt, ihre Grundzüge betreten können.

Der zweite Berichterstatter war Kähler, der sich mit den Kongressberatungen über die Programmänderung und die Taktik der Freien Vereinigung beschäftigte. Mit Nachdruck betonte er, daß das Verlangen nach Gründung einer Tagespresse von allen Seiten regte wurde. Am Programm sei nichts geändert, man hätte nur mehr Klarheit geschaffen, Parteipolitik werde nicht getrieben werden. Auch dieser Redner warf dem „Vorwärts“ parteiische Berichtserstattung vor, weil manche wichtige Ausführungen der Einigungsgegner nicht gebracht wurden, z. B. die Vorgänge beim Weberstreik.

Der Berichterstatter Kanitz sprach vom Verrat der Mitglieder durch die Führer, die ihre persönlichen Interessen in den Vordergrund stellten. Die Lage der Freien Vereinigung sei nicht schlecht; 12 000 Mitglieder blieben treu (?) und die Kasse enthalte 140 000 M. Biesenfalls Verhalten wurde von den Rednern scharf verurteilt, ebenso das von Kuttik.

Eine Resolution, nach der sich die Versammelten mit der Haltung der Delegierten einverstanden erklärten, wurde angenommen, nachdem sich an der Diskussion nur wenige Redner beteiligt hatten.

Ueber die Praktiken der „Freien Vereinigung der Betonarbeiter“

erhalten wir zwei Zuschriften, die wir nachstehend wiedergeben:

„Laut Bericht des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 28. d. M., über den Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat Bommer als Vertreter der Vereinigung der Betonarbeiter erklärt, daß in ihrem Verein keine Mitglieder aufgenommen sind, welche bei anderen Organisationen Schulden hinterlassen haben. Demgegenüber haben wir zu erklären: Auch von unserer Organisation sind in den Betonverein Kollegen aufgenommen worden, welche noch über 30 Mark Streikbeiträge zu zahlen hatten. Dies ist auch der Mehrzahl der Berliner Delegierten bekannt gewesen, weil in der Kartellbildung, wo der Anschlag des Betonvereins an das Kartell vollzogen wurde, von unseren Vertretern dagegen protestiert wurde. Niemand hat es aber für nötig befunden, obige Verordnungen richtig zu stellen. Am besten hat es Kleinlein, der Kassierer der Geschäftskommission gewußt, weil in dessen Beisein die Sache mehrere Male erörtert wurde, aber derselbe hat sich auch geschwiegen. Wir ersuchen dieses zur Steuer der Wahrheit in einer der nächsten Nummern zu veröffentlichen.“

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Bauarbeiter

Berlin und Umgegend.

J. A.: Hermann Korgel.“

Die zweite Zuschrift lautet:

„Der Erklärung des Delegierten der Freien Vereinigung der Betonarbeiter auf dem 8. Kongress der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ in der Sitzung vom Sonnabend, den 25. Januar 1908, „es sei nicht wahr, daß der Verein Mitglieder aufgenommen habe, die sich in ihrer früheren Organisation der Zahlung von Streikbeiträgen entzogen haben“, stellen wir folgendes gegenüber:

Während der Lohnbewegung im Berliner Bauwerke haben sich eine Anzahl Mitglieder der Sektion der Gips- und Zementbranche des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands von derselben abgespalten und die „Freie Vereinigung der Betonarbeiter“ ins Leben gerufen. Zu dieser Neugründung haben prinzipielle Gründe nicht geführt; die Abspaltung ist einzig und allein nur deshalb erfolgt, um die von der Sektion der Gips- und Zementbranche beschlossenen Streikbeiträge nicht zu bezahlen. Obgleich sich in der Kartellbildung die Vertreter der Freien Vereinigung der Maurer aus den angeführten Gründen gegen die Aufnahme der Betonarbeiter in das Kartell wandten, wurde doch beschlossen, die neue Organisation in das Kartell aufzunehmen. Diejenigen Mitglieder der Freien Vereinigung der Betonarbeiter, welche von der Sektion der Gips- und Zementbranche durch Karte ausgetreten resp. ausgeschlossen wurden, und zu der neugegründeten Organisation übergetreten sind, haben bis heute die noch restierenden Streikbeiträge in der früheren Organisation nicht bezahlt. Selbst der Delegierte der Betonarbeiter Conrad Bommer, welcher obige Erklärung auf dem 8. Kongress abgegeben hat, ist bis heute seinen Verpflichtungen betreffs Bezahlung der Streikbeiträge in der früheren Organisation nicht nachgekommen. Die Streikliste desselben liegt noch im Bureau der Sektion der Gips- und Zementbranche.

Deutsches Reich.

Die Musiker

gehören wohl zu dem ausgebeuteten Proletariat. Selbst Künstler, an die mehr als die durchschnittlichen Ansprüche gestellt werden, erhalten Löhne, welche die moderne Arbeiterschaft dank ihrer Organisation überwunden hat. Hinderlich ist den Musikern ihre ungeborene Zersplitterung in die verschiedensten Organisationen. Neuerdings regt diese aber sich doch notgedrungen, um die wirtschaftliche Lage der Mitglieder zu verbessern. So hat der Verein Berliner Musiker über die „Romische Oper“ die Sperre verhängt. Der Allgemeine Deutsche Musikerverband hat ebenfalls eine Sperre ausgesprochen, und zwar über das Kaim-Jusitium in München und die Ausstellung München 1908.

Die Arbeitslosigkeit in Königsberg. Von den 23 größeren Gewerkschaften mit circa 6000 Mitgliedern ist eine Arbeitslosenzählung innerhalb der Organisation veranstaltet. Es wurden hierbei 1246 Arbeitslose gezählt, davon sind 431 ledig und 815 verheiratet mit 1486 Kindern unter 14 Jahren. Die 1246 Arbeitslosen sind im folgenden Alter:

bis 20 Jahre	86
20—25	230
25—30	284
30—40	407
40—50	173
über 50	68
	1246

Wie groß das Elend ist, ergibt sich aus der langen Zeit der Arbeitslosigkeit:

1 Woche	68
2 Wochen	73
3	97
4	188
5	190
über 5	693
	1246

Dazu kommen noch eine sehr große Anzahl von Arbeitern in der Metallindustrie, im Holz-, Handels- und Schneidergewerbe, die eine wesentlich verkürzte Arbeitszeit und demgemäß verringerten Lohn haben. Rechnet man noch hinzu die unorganisierten Arbeitslosen mit ihren Familien, so ergibt sich, daß in Königsberg weit über 10 000 Personen infolge der Arbeitslosigkeit Not und Hunger leiden. Das Königsberger Gewerkschaftsamt hat eine Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordneten gerichtet und sie ersucht, schleunigst Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Wir wollen abwarten, was die „arbeiterfreundlichen“ liberalen Herren unternehmen werden.

Sämtliche Hiesiger von Elberfeld und Warmen sind ausgesperrt worden, weil die Arbeiter über die Firma L. Wil in Warmen die Sperre verhängt haben.

Der Kampf in der Kölner Wagenindustrie. Das Rheinische Karosierewerk (Paplar u. Sohn) in Köln hat vor dem Kölner Gewerbeamt mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften einen Einigungsvertrag geschlossen, wonach die Firma auf die Arbeitszeitverlängerung verzichtet und den Lohn in der bisherigen Höhe bestehen läßt. Der Kampf hat also mit dem vollen Siege der Arbeiter gendet. Der Streik bezw. die Aussperrung bei der Wagensfabrik Utermöhle in Köln und Hildesheim dauert fort.

Achtung, Fahrradarbeiter! Die Unternehmer der Fahrradindustrie in Köln versuchen augenblicklich, auf jede Art und Weise den Arbeitern Verschlechterungen aufzuzwingen. Allem Anscheine nach kommt es in verschiedenen Betrieben zum offenen Kampfe und ersuchen wir unsere Kollegen allerorts, die Fahrradfabriken von Köln und Umgegend streng zu meiden.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Bei den Dillendorfer Metallwerken (Ulrich-Fahrradwerke) in Köln sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma will die Erneuerung des abgelaufenen Tariffs in die tote Saison verschieben. Die Verhandlungen sind gescheitert. Zutug ist fernzuhalten.

Zur Situation im Baugewerbe.

Auch die Dresdener Bauhilfsarbeiter haben am Sonntagvormittag in einer stark besuchten Versammlung den von den Bauarbeitgebern ihnen vorgelegten Tarif einstimmig abgelehnt. Der Referent über die Tariffrage betonte besonders, daß sich während der ganzen Verhandlungen gezeigt habe, daß die Arbeitgeber auch nicht im geringsten der Arbeiterschaft entgegenkommen wollten. Er verspricht sich auch von den noch weiterzuführenden Verhandlungen nichts, wenn die Arbeitgeber auf dem schroff ablehnenden Standpunkt den Arbeiterforderungen gegenüber verharren. Die Verhandlung beschloß, über den vorliegenden Tarifentwurf zur Tagesordnung überzugehen. Die Empörung über das prophanste Verhalten der Bauarbeitgeber war eine große.

Aussperrung im graphischen Berufe. Zwecks Herbeiführung von Tarifvereinbarungen haben sich in München die Organisationen der Lithographen und Steindrucker, Buchbinder und Buchdruckerhilfsarbeiter zu einem graphischen Kartell vereinigt. Das Kartell legte den Unternehmern gemeinsam einen Tarifentwurf vor, und während der Schlußverhandlungen jede Tarifunterhandlung ablehnte, konnte das graphische Kartell vor dem Gewerbeamt mit 13 dem Schlußverhandlung nicht angehörenden Firmen einen Tarif abschließen. Das Personal von drei dem Schlußverhandlung angehörenden Firmen reichte vor 14 Tagen die Kündigung ein, der Schlußverhandlung forderte hierauf das Kartell auf, die Kündigung zurückzunehmen. Da sich das Kartell daran nicht kehrte, haben sämtliche dem Schlußverhandlung angehörenden Firmen ihren sämtlichen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt. Der Schlußverhandlung kündigt die Aussperrung von weiteren 14 000 Arbeitern in ganz Deutschland an, falls innerhalb 14 Tagen eine Verständigung nicht erzielt werden sollte.

Ausland.

Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen in Norwegen.

Der vom Kristiania-Journalistenklub herausgegebene norwegische Kalender „For Alle“ bringt in seinem diesjährigen Jahrgang unter anderen wissenschaftlichen Dingen auch einen Artikel über die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter Norwegens, verfaßt vom Genossen Olav Kringsen, sowie einen zweiten über die norwegische Arbeitgebervereinigung von N. V. Hammer, einem Manne, der auf Seiten der Arbeitgeber steht.

Politische Arbeiterorganisationen wurden in Norwegen schon Ende der vierziger Jahre gegründet, vor allem von Markus Thraane, der von Haus aus und auf langen Reisen in Deutschland die Not des Lebens kennen gelernt, ihre Ursachen erkannt hatte und nun, ein armer Schullehrer, in seinem Heimatland der Arbeiterschaft die Notwendigkeit des Klassenkampfes klar zu machen suchte. Er wurde dafür zu vier Jahren Zuchthaus verdammt. Einer seiner Leidensgefährten, der 3 Jahre im Zuchthaus schmachten mußte, war der Maurergeselle Bernhard Hanjen, der schon 10 Jahre früher unter dem Deckmantel einer Krankenkasse einen Maurerfachverein gegründet hatte. Er ist als ältester Veteran der norwegischen Arbeiterbewegung im Jahre 1903, 85 Jahre alt, verstorben. Die tyrannischen Arbeitervereine, die in ihrer Blütezeit über 20 000 Mitglieder zählten, gingen jedoch größtenteils bald wieder zugrunde.

Die ersten modernen Fachvereine norwegischer Arbeiter wurden in den sechziger Jahren gegründet. Es waren die der Buchdrucker und der Läder in Kristiania. Im Jahre 1882 hatten die Buchdrucker in den verschiedenen Städten des Landes 10 Fachvereine, die sich zu einem Landesverband zusammenschlossen. Gegen Ende des Jahrhunderts hatten sich in 12 anderen Berufen ebenfalls solche über das ganze Land erstreckende Verbände gebildet. Im Frühjahr 1899 gründeten eine Anzahl dieser Verbände die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften, wie im Jahre vorher schon in Dänemark und Schweden solche Zentralen der Gewerkschaften entstanden waren, entsprechend der deutschen „General-Kommission“, jedoch mit dem Unterschied, daß in jenen drei Ländern die angeschlossenen Organisationen bei großen Lohnkämpfen zur Zahlung von bestimmten Extrabeiträgen verpflichtet sind, die pro vollzählendes Mitglied bis zu 50 Oere wöchentlich betragen können. Mitte des Jahres 1907 waren der norwegischen Landesorganisation bereits 83 965 Mitglieder angeschlossen. Abgesehen davon, daß in Norwegen die Gewerkschaften auch noch die Grundlage der Parteiorganisation bilden, ist ihre Landesorganisation in der Weise mit der Sozialdemokratie verbunden, daß das Sekretariat der Landesorganisation einen Vertreter in den Hauptvorstand der Partei wählt, und der Parteivorstand einen Vertreter in das Sekretariat entsendet.

Die norwegischen Arbeitgeber haben sich im Herbst 1900 zu einer Zentrale, der „Norwegischen Arbeitgebervereinigung“ zusammengeschlossen. Als Zweck der Vereinigung wurde angegeben: „gute und dauernde Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in Handwerk, Industrie, Handel und den damit verbundenen Erwerbszweigen aufrechtzuerhalten, durch Berücksichtigung berechtigter Forderungen, sowie durch Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeiter oder ihrer Organisationen“. Die Arbeitgebervereinigung, deren Hauptvorstand in Kristiania seinen Sitz hat, ist, abgesehen von den Berufsverbänden, aus denen sie zusammengesetzt ist, in 10 Disziplinsorganisationen eingeteilt. Ihre Kampfmittel sind: Gewährung von Selbstunterstützung an die Mitglieder bei Streiks und Aussperrungen; Auflegung eines Verbotes, streikende Arbeiter in irgend einem Betriebe einzustellen, und Veranlassung von Aussperrungen, die sich unter Umständen auf alle Berufe und über das ganze Land erstrecken können. Bei Abstimmungen und Wahlen innerhalb der Arbeitgebervereinigung ist das Stimmrecht der Mitglieder nach der in ihren Betrieben tätigen Arbeiterzahl bemessen, was natürlich zur Folge hat, daß die Großbetriebe die Entscheidung in Händen haben. Ueber den Umfang der Arbeit-

gebervereinigung sagt der Artikel, daß ihr im August 1907 811 Betriebe mit ungefahr 44 000 Arbeitern angehörten. Zur selben Zeit trieb die Vereinigung in Trondheim ihre Generalversammlung ab, und hier kam es auch zu Vereinbarungen mit den dänischen und schwedischen Arbeitgeberorganisationen über gemeinsame Maßregeln bei Arbeitseinstellungen.

Die norwegische Arbeitgebervereinigung ist bereits zu einem bedeutungsvollen Faktor in der norwegischen Sozialpolitik geworden“, heißt es in dem Artikel. Das ist, wie leicht begreiflich, mehr in negativen Sinne zu verstehen, denn, wie überall, so sind auch in Norwegen die Unternehmer nur für eine „Sozialpolitik“ zu haben, die ihnen nicht wehe tut, ebenso wie ihnen Forderungen der Arbeiter regelmäßig gänzlich unberechtigt und unverschämt erscheinen.

Gerade jetzt droht die Arbeitgebervereinigung wieder einmal mit einer Massenausperrung. Weil in Faldal, Neraker und Stillingdal einige hundert Grubenarbeiter streikten und die Grubenbetriebe Fortsetzung der bisher erfolglosen Verhandlungen mit dem Arbeitsmannsverband ablehnten, sollen alle Bergwerksarbeiter Norwegens, ungefahr 2500 organisierte und 1000 unorganisierte, ausgesperrt werden.

Versammlungen.

Arbeiterbildungsschule. In der letzten Generalversammlung gab Weithner den Bericht des Vorstandes für das 4. Quartal. Abgehalten wurden drei Vorstandssitzungen und vier Sonntagsversammlungen. Der Besuch der Kurse ist als gut zu bezeichnen. Nur der Kursus für Fortgeschrittene hat die Erwartungen nicht erfüllt. Der Vorstand hat deshalb beschlossen, diesen Kursus für das kommende Quartal nicht stattfinden zu lassen. Den besten Besuch hatte der Kursus in Nationalökonomie mit 35 eingeschriebenen Schülern zu verzeichnen. Durch Erkrankung des Lehrers konnte der Kursus nicht zu Ende geführt werden; doch ist den Schülern Gelegenheit gegeben, sich im laufenden Quartal schadlos zu halten. Am Kursus für Redebildung beteiligten sich 225 Schüler, auf ihn trifft das gleiche hinsichtlich seiner Dauer zu, wie für den in Nationalökonomie. 170 Schüler besuchten den Kursus für Naturerkenntnis. Der Kursus für Gesetzekunde hat 101 Schüler aufzuweisen, derjenige für soziale Gesetzgebung 100. Der Geschichts-Kursus hatte jedenfalls unter dem gleichzeitigen am Sonnabend stattfindenden Kursus in Naturerkenntnis zu leiden, denn es hatten sich nur 64 Schüler einzeln lassen. Auch der Freitagkursus über Literaturgeschichte hätte besser besucht sein können, da sich nur 74 Hörer eingefunden hatten. An dem Kursus in Stetigkeit für Geschichte beteiligten sich 58, für Nationalökonomie in Tempelhof hatten sich 101 Schüler einzeln lassen. Insgesamt hatte die Schule im verflorenen Quartal 1155 Mitglieder, 57 Damen und 1098 Herren. Von diesen besuchten 170 keinen Kursus, 790 je einen Kursus, 146 je zwei Kurse, 30 je drei, 7 je vier und 3 Mitglieder je fünf Kurse. Der Kassenbestand betrug am 1. Oktober 1907 5482,39 M., am 1. Januar 1908 3432,09 M. Die Bibliothek war an 40 Abenden geöffnet. Von den 1813 vorhandenen Bänden sind 525 ausgeliehen worden. Grunwald spricht sich im Bericht des Lehrerkollegiums anerkennend über die Aufmerksamkeit der Schüler aus. Wo in einigen Kursen Aussetzungen zu machen seien, da seien diese mehr in der Schwierigkeit des Lehrstoffes und auch darin zu suchen, daß man es mit Schülern zu tun habe, die sich des Tages schon müde gearbeitet haben und deshalb abends nicht mehr die volle Aufmerksamkeit übrig haben können. — Da Anträge nicht gestellt waren, beschäftigte sich die Versammlung noch damit, die Notwendigkeit von Fortschrittskursen zu erörtern. Nachdem dann noch Beschwerden geringfügiger Art erledigt worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Steinarbeiter, Berlin II, hielten am Mittwoch ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer Otto Leu gab zuerst einen Bericht über das vierte Quartal des vorigen Jahres und dann den Rechenschaftsbericht für das ganze Jahr. Im vierten Quartal wurden eingenommen 7046,53 M. und ausgegeben 6492,16 M. Unter den Jahreseinnahmen steht eine örtliche Extrastener verzeichnet mit 3308,50 M. und unter den Ausgaben 1052,60 M. für Streikunterstützung und 890,55 M. für Krankenunterstützung. Die Jahresbilanz zeigt folgende Aufstellung: Einnahme 16 545,64 M., Ausgabe 16 544,83 M., ergibt ein Mehr von 0,81 M., Bestand am 31. Dezember 1906 558,56 M., bleibt Bestand am 31. Dezember 1907 554,37 M.

Ueber die Mitgliederbewegung wurde berichtet: Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 430, Abgang 176, bleibt ein Mitgliederstand von 254. Am 31. Dezember 1906 betrug die Zahl der Mitglieder 263.

Als Restanten wurden gestrichen während des Jahres 101 Mitglieder; ihre Namen kamen zur Verlesung. Neu eingetreten sind während des Jahres 141 Mitglieder.

Der Vorsitzende Ohngemach wies auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht über verschiedene Kämpfe mit den Unternehmern hin. Der letzte Kampf um einen neuen Tarifvertrag mußte am 29. Oktober erfolglos abgebrochen werden, und von 115 Streikenden wurden nur 15 wieder eingestellt. Am 1. Mai ruhte die Arbeit fast überall, aber 45 Mann wurden der Feier wegen ausgesperrt. Die Arbeitslosenzählung vom 8. bis 15. Dezember zeigte, daß außer den vom letzten Streik her Gemahrgestellten noch 64 Mann arbeitslos waren.

Die Versammlung nahm die Neuwahl des Vorstandes vor und wählte als ersten Vorsitzenden Baumgarten, als zweiten Vorsitzenden Feuer, zum Schriftführer Meying, zum Kassierer Otto Leu und zu Revisoren Fröhner und Petri.

Als Antrag für die Gaukonferenz und auch für den Verbandstag erklärte die Versammlung sich für die Umwandlung der Krankenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung. Sollte der Delegierte damit nicht durchbringen, dann soll er die Verlängerung der Maßregelungsunterstützung von vier auf acht Wochen beantragen. Als Delegierter wurde Ohngemach gewählt. Die Konferenz findet am 16. Februar in Frankfurt a. O. statt.

Beschlossen wurde ferner noch, daß der „Steinarbeiter“ vom 1. April ab den Mitgliedern per Post zugesandt werden soll. Jeder wird aufgefordert, dem Kassierer seine Adresse mitzutellen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Marokko-Interpellation.

Paris, 28. Januar. (B. L. B.) (Deputiertenkammer.) Am Schlusse der heutigen Verhandlung über die Marokko-Interpellation erklärte sich Pichon mit folgender Tagesordnung des Abgeordneten Dubief einverstanden: Die Kammer beschließt, daß die Algeriasakte eingehalten und die Verteidigung der Rechte und Interessen Frankreichs in Marokko ohne Einmischung in die innere Politik des kaiserlichen Reiches sicherzustellen werde. Ferner billigt die Kammer die Erklärung der Regierung und spricht dieser ihr Vertrauen aus; sie beschließt die Absendung einer Glückwunschadresse der Nation an die in Afrika kämpfenden Offiziere und Mannschaften. Diese Tagesordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Ein Ersieher der Jugend.

Konstanz, 28. Januar. (B. L. B.) Der gulecht in Radolfzell angestellte geweseene Hauptlehrer Werner wurde von der hiesigen Strafkammer wegen zahlreicher Sittlichkeitsverbrechen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Dienstag, 28. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Beseler. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Justizetats. Bei den Einnahmen bespricht Abg. Veltsohn (fr. Vg.) die Vorbildung der höheren Justizbeamten.

Abg. Wichmann (natl.) schließt sich der Forderung des Oberlandesgerichtspräsidenten Bierhaus auf Verschärfung des ersten juristischen Examinens an, die dieser in einem Fachorgan aufgestellt hat.

Abg. Noeren (S.) ist der Ansicht, daß die jungen Juristen jetzt mehr wissen als früher, dagegen liegen die Ergebnisse der Abiturientenprüfungen zu wünschen übrig.

Abg. Cassel (fr. Vg.): An die jungen Juristen werden heute erheblich höhere Anforderungen gestellt als früher, und daraus ergibt sich, daß sie trotz des größten Fleißes diesen Anforderungen nicht immer genügen können. (Beifall links.)

Minister Dr. Beseler: Die Frage der Ausbildung der jungen Juristen beschäftigt die Justizverwaltung dauernd, sie ist aber noch zu keinem abschließenden Urteil gekommen. Eine möglichst umfassende, allgemeine wissenschaftliche Bildung ist erwünscht, man wird sich aber da immer eine gewisse Beschränkung auferlegen müssen.

Beim Titel „Ministerrath“ bemerkt Abg. Dr. Kewoldt (fl.): Es ist erwünscht, daß bei Prozessen über sexuelle Dinge die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Dann ist es aber auch notwendig, die Presse auszuschließen, sonst erreicht man das Gegenteil von dem, was man erreichen will.

Abg. Stroffer (L.): Die Ankündigung des Reichsanwalters auf Revision des Strafgesetzbuches hat uns mit Freude erfüllt. Der Rottke-Garden-Prozess hat besonders gezeigt die Notwendigkeit der Revision der Bestimmungen über die Bestrafung von Verleumdungen. Wenn in Prozessen die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, die Presse aber drin bleibt, so entsteht ein größerer Schaden, als wenn das Publikum drin bleibt und die Presse ausgeschlossen würde. (Sehr richtig! rechts.) Die Zunahme der Mordverbrechen an Kindern und Frauen, wie sie in jehiger Zeit in Berlin so oft vorkommen, sollte doch die Erwägung nahe legen, ob nicht solchen Elementen gegenüber körperliche Strafen am Platze sind; für diese sind sie besonders empfänglich. (Sehr richtig! rechts.) Sehr zu bedauern ist, daß man nur zu oft geneigt ist, schwere Verbrechen als krank zu bezeichnen! Momentlich ist es bedenklich, wenn gerichtliche Sachverständige vor der Gerichtshandlung in der Presse sich über Verbrecher in diesem Sinne äußern. Es liegt eine Gefahr darin, daß immer bei schweren Verbrechen, wie jetzt wieder in Allenstein, Geisteskrankheit angenommen und den Gutachten der Psychiatern meist Folge gegeben wird, obgleich sie sich oft widersprechen. (Beifall rechts.)

Abg. Noeren (S.): Den Ausführungen der beiden Vorredner über die Handhabung des Ausschlusses der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen kann ich mich nur anschließen. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Was die Berichterstattung in der Presse anlangt, so habe ich gefunden, daß mehrere vornehmere Presse in dezent und anständiger Weise über die großen Skandalprozesse der letzten Zeit berichtet hat, während die sensationellere Presse sich mit Behagen in den Schmutz stürzte und ihn breittrat.

Justizminister Dr. Beseler: Daß in Sittlichkeitsprozessen die Öffentlichkeit möglichst weit auszuschließen ist, ist auch meine Auffassung, aber ich bin der Meinung, daß die Entscheidung darüber dem Gericht zuziehen muß. (Sehr richtig!) Der Verleumdungsparagraph (§ 186) hat nach meiner Auffassung eine außerordentlich unglückliche Fassung. Was die Erbringung des Wahrheitsbeweises in Verleumdungsprozessen betrifft, so hat ein Vergleich mit den entsprechenden Bestimmungen anderer Staaten ergeben, daß nirgends die Erbringung des Wahrheitsbeweises so weit gesteckt ist wie bei uns. (Hört! hört!) Was den Zersinn von Verbrechern betrifft, so ist es ja Sache der Gerichte, zu entscheiden, ob sie sich dem Urteil der Sachverständigen anschließen können oder nicht. Ueber den Allensteiner Fall kann ich mich nicht

äußern, da es sich um Maßnahmen in einem militärischen Verfahren handelt.

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Gegen die vom Abg. Stroffer empfohlene Prügelstrafe habe ich lebhaftes Bedenken. Eine Reform des Verleumdungsparagraphen ist dringend notwendig. Am bedenklichsten ist, daß in solchen Verfahren gealterten Leuten noch Jugendtünden vorgehalten werden können. Den Klagen über die ausführliche Berichterstattung der Presse über Sittlichkeitsprozesse schließe ich mich an. Vielfach tun die Zeitungen dies nur mit Rücksicht auf die Konkurrenz, und es ist anzuerkennen, daß einzelne Zeitungen die Berichterstattung über den Rottke-Garden-Prozess abgebrochen haben. (Sehr richtig!)

Abg. Cassel (fr. Vg.): Auf die Frage, wie es mit der Befolgung der Schöffensitzung, ist in der Kommission mitgeteilt worden, daß dieser Frage bei der Reform des Strafprozesses näher getreten werden soll. Das kann doch aber noch sehr lange dauern, deshalb möchte ich dringend befürworten, diese Frage besonders zu regeln. Was den Ausschluß der Öffentlichkeit betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß doch das wohlwollendere Prinzip der Öffentlichkeit auch gewahrt werden muß, wo nicht die Sittlichkeit dadurch gefährdet wird. Die Erfahrungen im Rottke-Garden-Prozess werden viel zu sehr verallgemeinert. Dem Abg. Stroffer, der für die Wiedereinführung der Prügelstrafe gesprochen hat, erwidere ich, daß wir und dagegen aussprechen müssen. Ein wesentlicher Grund für ihre Abschaffung war der Gedanke, daß sie diejenigen entwürdigt, die sie vollziehen müssen. (Widerspruch rechts. Beifall links.)

Abg. Veltsohn (fr. Vg.): Die Vermehrung der Richterstellen um 125 ist zu begrüßen; sie hätte aber in erheblich weiterem Umfang erfolgen müssen, wenn dem Bedürfnis entsprochen worden wäre. Eine gesetzliche Festlegung der Altersgrenze für Richter halte ich für wünschenswert.

Minister Dr. Beseler: Dem Abgeordneten Cassel bemerke ich, daß ich an die Staatsanwaltschaften keine Anweisung erlassen habe, im Privatklagenverfahren Berufung einzulegen, wenn der Angeklagte Berufung eingelegt hat. Sollte im Bezirk Frankfurt am Main eine solche Uebung bestehen, so würde ich sie nicht billigen.

Abg. Dr. Nizerdt (Vole) fringt einen Fall zur Sprache, in dem gegen einen Jungen, der von den Pflegeltern entflohen war, das Zeugniszwangsverfahren eingeleitet wurde, weil er nicht sagen wollte, wer ihm zur Flucht verholfen habe.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß es sich um einen Jungen handelte, der evangelisch eingetauft war und nachher von seinen Pflegeltern verschwand. Als er wieder auftauchte, erklärte er, er wolle katholisch werden. In dem Verfahren gegen seinen nunmehrigen Pflegelater verweigerte er das Zeugnis, und der Untersuchungsrichter verurteilte das Zeugniszwangsverfahren. Auf die Entschließung des Untersuchungsrichters haben wir keinen Einfluß.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr. Fortsetzung der Beratung. Schluß 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Einkauf.

Aus dem Reichstage: Bericht über die Tätigkeit der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer für die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis zum 30. September 1907 (nebst Anlagen).

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus: Vergleichende Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1906 und 1907.

Aus dem Herrenhaus: Entwurf eines Gesetzes betreffend die Uebersetzung polizeilicher Befugnisse in Gemeinde- und Gutsbezirken der Umgebung von Potsdam an den königl. Polizeidirektor zu Potsdam.

Uebersicht der Entschuldigungen der königl. Staatsregierung durch Beschlässe des Herrenhauses. Entwurf eines Gesetzes betreffend Erweiterung des Stadtkreises Magdeburg.

Gesetzentwurf betreffend die Zahlung der Beamtenbesoldung und des Snadenvierteljahres.

Koroner (Leichenschaubeamten) sowie den zuständigen Gerichts-polizeibeamten zuziehen. Ist der Tod unvermeidlich und stehen dem Kranken große Leiden bevor, so dürfen ihn die Ärzte mit Zustimmung der nächsten Verwandten im Beisein der Staatsbeamten ein starkes Gift geben und ihn auf diese Weise von seinem Leiden erlösen.

Wandernde Museen. In Schweden hat man seit mehreren Jahren sogenannte Wanderbibliotheken, die im ganzen Lande umhergeführt werden, um dem Volke allerorts, wo es an öffentlichen Bibliotheken mangelt, eine Sammlung guter Bücher zur Verfügung zu stellen. Nun hat man damit begonnen, in derselben Weise auch Museen auf die Wanderschaft zu schicken. Das erste derartige Wandermuseum dient zur Veranschaulichung des Lebens und der Kulturstufe der Kongobölfer. Es ist von einem hervorragenden Ethnographen, Freiherrn G. Nordenfjöld, zusammengestellt und enthält 200 Gegenstände, wie sie von den Eingeborenen benutzt werden; dazu das Modell einer Wohnstätte, ferner Photographien, sowie eine Sammlung von Schriften, die weitere Aufklärung über das Leben der Kongoneger geben. Außerdem ist jeder einzelne Gegenstand mit einer Beschreibung versehen, die es dem Beschauer ohne besondere Vorbildung möglich macht, einen klaren Begriff von der Sache zu gewinnen.

Theater.

Münchener Theater. „Die Puppenschule“, ein Schauspiel von Hans Müller, wurde bei seiner Uraufführung im Münchener Residenz-Theater mit günstigem Beifall angenommen. Der junge Wiener Autor hat in Intendant Speidel einen verlässlichen Manager, trotzdem der Einakterzyklus „Das stärkere Leben“, vor längerer Zeit hier gleichfalls uraufgeführt, nur eine schwache Talentprobe des protegierten Verfassers war. „Die Puppenschule“ weist vervollkommenes technisches Geschick, aber auch stärkere Konzeptionen an die alte Theaterakademie auf. Dem Autor ist die Wirkung Haupt, die Kunst Nebenwerk. Ein bejahrter Schauspieler mit ebenso jugendlichem wie goldenem Herzen leitet einer Korona von Schülern heiderlei Geschlechts das Theaterspielen. Und das Leben der Personen verschmilzt mit den Rollen, die sie tragieren. Die Vermischung von Schein und Sein gibt die bewegte Handlung der vier Akte, von der nach Abzug manches guten Wortes und einer Klut von rührseligen Kulissenerschütterungen ein Ehebruch übrig bleibt. Vergangen von dem ersten Liebhaber der „Puppenschule“ mit Tonia, des Weislers Frau. Sie war seine Sonne, und der gute alte Kindstopp verzweifelt. Nach bekanntem Muster nimmt die Ungetreue Gift, wodurch das Publikum mitten in die Nacht der Dumas und sonstiger Tränendramatiker hineingerätet wird.

Humoristisches.

Die Lakaienrede.

Was kümmert denn der Pöbel Den Diener seines Herrn? Ein gutes, altes Möbel Wird nimmermehr modern. Das Schmolzen der Philister Ist dünner noch wie dreif. Man weiß doch, daß Minister Auf deutsch Bedienter heißt.

Von der Haftung der Eltern für Schadenszufügungen durch ihre Kinder.

Schadenszufügungen durch Minderjährige (z. B. das Einwerfen einer Fensterkugel) ziehen je nach dem Alter des Schädigenden eine verschiedene rechtliche Verantwortlichkeit nach sich. Ist der Missetäter noch nicht sieben Jahre alt, so ist er für den von ihm angerichteten Schaden zivilrechtlich nicht verantwortlich. Wohl aber haftet für den von dem Kleinen angerichteten Schaden: wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über ihn verpflichtet ist (also in erster Reihe die Eltern), weil und sofern er die ihm obliegende Aufsichtspflicht vernachlässigt hat. Derselbe Pflichten trifft die Eltern rücksichtlich der durch Kinder zwischen 7 und 18 Jahren angerichteten Schäden. Uebrigens müssen Kinder dieses Alters für den von ihnen angerichteten Schaden selbst haften, wenn sie die zu Erkenntnis der Verantwortlichkeit ihrer schädigenden Handlung erforderliche Einsicht hatten. Ob Eltern ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt hatten, ist eine vom Richter zu beantwortende Frage im Einzelfall. Vor kurzem hat das Reichsgericht eine gegen Eltern angestrebte Klage zu deren Gunsten entschieden.

Der Klage lag ein bedauerlicher Unfall zugrunde, der sich am 4. Juni 1905 in Berlin dadurch ereignete, daß der mit einem Festspiel spielende 15jährige Sohn der Vadersfrau P. eine 8jährige Schulkameradin durch einen Schuß in den Kopf verletzte. Die Kugel war durch das Kleingewehr gebrungen und an der anderen Seite des Schädels sitzen geblieben. Dies hatte bei der Verletzten Sprach- und Sehstörungen zur Folge, wofür sie den P. und dessen Mutter auf Schadloshaltung in Anspruch nimmt. Die Klägerin fordert außer Schadloshaltung für den ihr erwachsenen Schaden noch ein Schmerzensgeld in Höhe von 1000 M.

Das Landgericht Berlin erkannte die Schadensersatzansprüche der Klägerin dem Grunde nach für gerechtfertigt an und verurteilte den P. und dessen Mutter auch zur Zahlung der geforderten tausend Mark Schmerzensgeld. Die Mutter habe ihre Aufsichtspflicht insoweit verletzt, als sie dem Knaben, der mit Anallbüchsen zu spielen gewohnt war und damit schon andere Kinder bedroht hatte, dies nicht unterlag und ihn in dieser Beziehung nicht genügend beaufsichtigt habe. Auf die Berufung der Beklagten wurde das Urteil des Landgerichts vom Kammergericht zu Berlin nur in bezug auf den minderjährigen P. bestätigt, dagegen die gegen Frau P. auf Grund der Beaufsichtigungspflicht gerichteten Ansprüche abgewiesen. Das Kammergericht stellte fest, daß der Knabe bisher nur mit ungefährlichen Anallbüchsen, die mit Papier geladen waren, gespielt habe, die besagte Mutter aber nicht habe wissen können, daß er an dem Unfallstage sich ein Festspiel zulegen würde. Darin, daß sie den Knaben habe mit langen Panten umherlaufen lassen, anstatt ihn zu beschäftigen, liege eine Vernachlässigung der Aufsichtspflicht nicht.

Die von der Klägerin gegen das kammergerichtliche Urteil eingelegte Revision wurde vom höchsten Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen. Das Reichsgericht führt aus, daß eine Haftpflicht der Frau schon deshalb nicht eintreten könne, weil auch bei gehöriger Aufsicht dieser Schaden nicht vermieden worden wäre. Daß an einem Sonntagmorgen der Knabe beim Ausgehen sich mit seinem Kameraden ein Pistol kaufen und, ehe er nach Hause kommt, auf ein Mädchen schießen werde, habe die besagte Mutter beim besten Willen nicht verhindern können. Wenn der Junge bisher oft mit Anallspielzeug umgegangen sei, so sei das was ganz anderes und könne die Beklagte deshalb nicht wegen Vernachlässigung der Aufsichtspflicht verantwortlich gemacht werden.

Aus der Partei.

Marxismus der bündischen Presse in Rußland.

Von jeher ist die Annebelung und Unterdrückung der Presse eine von der Regierung mit Vorliebe angewandte Waffe zur Bekämpfung der Revolution gewesen. Selbstredend hat sich die sozial-

Seht mir mit eurosgleichen!
Ein richtiger Lakai
Hält's immer mit den Reichen
Und fährt auch gut dabei.
Wer selbst ein Mann mit Rent,
Macht gern die Mode mit:
Nach oben Komplimente,
Nach unten einen Litz!
Nun steht sie ganz verwundert
Und reißt den Bopo.
O zwanzigstes Jahrhundert,
Wie stimmt du einen groß!
Mit Freudentränen haben
Sie Hofe mir und Hod,
Die wohlgezogenen Knaben
Vom liberalen Wod.
(Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

Iffen-Vorträge. In der Aula der X. Gemeindefschule in Charlottenburg, Goethestraße 23, hält Erich Schaffner einen Zyklus von sechs Vorträgen über die Dramen Iffens.

Karten für den ganzen Zyklus zu 3 M. und für den einzelnen Vortrag zu 1 M. in den Buchhandlungen von Seydel, Berliner Straße 108, von Ulrich, Wilhelmplatz, und von Golde, Kantstraße 150. Die Vorträge finden vom 29. Januar an Mittwochs von 6-7 Uhr statt.

Aus der Bühnenwelt. Alexander Girardi will im nächsten Herbst wieder für längere Zeit im Thalia-Theater gastieren. Hoffentlich kann der wirklich volkstümliche Künstler dann auch einmal in einem Stücke auftreten, das seiner würdig ist, und vor einem Publikum, das „mehr Volk“ aufweist als das modische, das ihn jetzt fesselt.

Sie lebt noch, die Zensur. Vier Einakter von Kurt Münzer, die im Sommer in Berlin unter dem Titel „Das verlorene Lied“ als Buch erschienen, sind beschlagnahmt worden. Die Wiener Hoftheaterzensur verlangte von Schoenherr, sehr bereits angenommenen Märchenstück „Das Königreich“ zu kastrieren. (Ein Prügelknabe vernicht sich darin zu Unberühmlichkeiten gegen den Fürsten.) Der Dichter lehnte die Zumatung ab und zog sein Stiel zurück.

Michael Tschigorin, der beste russische Schachspieler und Theoretiker, der freiwillig auf den letzten Tourieren seine frühere, besonders im Angriff bewundernswürdige Meisterhaftigkeit nicht mehr behauptet hatte, ist 68 Jahre alt gestorben.

Rechtzerbrechliche Glückseligkeit. Von einer wichtigen Verbesserung der Glühbirne, die ja immer noch gegen Erschlitterungen und Stöße recht empfindlich sind, berichtet die Wochenchrift „Englisch Mechanik“. Es ist danach einer Pariser Firma gelungen, die sogenannten seltenen Erden, die beim Gasglühlicht zur Verwendung kommen, durch Schmelzen im elektrischen Ofen in kompakte Form zu bringen, ohne daß eine Verunreinigung ihres Ausstrahlungsvermögens stattfindet. Das neue Erzeugnis soll demnach unter der Bezeichnung „lumières ardentes“ auf den Markt kommen. Der Name ist nach der buchstabenmäßigen Form, in der die aus den Erden geformten Stäbchen angeordnet sind, gewählt worden, doch läßt das Material auch jede andere Form zu. Seine Widerstandsfähigkeit gegen Bruch wird als eine außerordentliche angegeben.

Kleines feuilleton.

Der Roman einer Romanschriftstellerin. Das Leben der in Viareggio verstorbenen englischen Schriftstellerin Louisa da selbst so viel bizarres, abenteuerliches, sensationelles wie ihre Romane. Sie soll die Tochter eines französischen Aristokraten, der aus Kanada nach England übersiedelte, und einer Engländerin gewesen sein. Doch waren über ihre Herkunft auch andere Versionen im Umlauf. Jedenfalls war in England, wo ihre ersten spannenden und gleichzeitig unfantastisch-lähmenden Romane in den 60er Jahren Aufsehen erregten, lange die Neugierde wach, herauszubringen, wer ist Louisa. (Der Name soll aus der hindischen Aussprache ihres Vornamens: Louisa entstanden sein.) Um so mehr, da manche nicht glauben mochten, daß von einer jungen Frau die realistischen Schilderungen aus dem Dienenleben stammen könnten. Gerüchte wollen wissen, daß sie selber in dieses Leben tiefen Einblick getan habe. Die gesellschaftliche Heugerei mochte indes Louisa, deren Romane nach wie vor gelesen wurden, in England unmöglich. Sie wanderte dann nach Toscana aus, wo sie an verschiedenen Orten in großem Stille lebte. Sie war exzentrisch in ihren Gewohnheiten — sie hatte eine Umarmung Tiere, die sie bis an ihr Ende verpflegte — mit ihren hohen Einnahmen wirtschaftete sie verschwenderisch. Mit dem Alter ließ ihre Popularität nach. Aber sie suchte ihre Gewohnheiten zu erhalten und wußte nicht, daß das Geld im Leben schneller aufhört als in den Romanen. So kam eines Tages das nackte Elend über ihre Schwelle. Nachdem man sie nicht mehr ausbilden konnte, setzte man sie auf die Straße. Und so sah sie eines Nachts statt im Palaste im Bimienwalde bei Viareggio, ausgehungert und verlassen. Nur ihre Hände hielten bei ihr aus. Eine ihrer ehemaligen Dienerinnen erbat sie sich ihrer. Bündel traf die Greisin auch noch. Aber ihren Stolz behielt sie. Geldsammlungen zu ihren Gunsten lehnte sie ab. Der Tod hat nun ein Leben beschloffen, das im Roman uns unnahbar-denklich vorkommen würde. Aber die Wirklichkeit des Lebens ist oft viel romanhafter als wir glauben.

Das Recht auf den Tod. Bei zahlreichen Naturdörfern finden wir das Bestreben, die Kranken und unheilbar Kranken zu töten, und viele Sagen der heutigen Kulturvölker und andere Anzeichen weisen darauf hin, daß auch in modernen Europa einst diese Sitte bestand. In letzter Zeit haben sich wiederholt Stimmen erhoben, welche in gewissem Sinne jene primitive Sitte wieder bei uns einführen wollen, und selbst Romandichter haben dies Problem des Sterbens behandelt. Während sich aber die Naturvölker bei der Tötung der Greise und Kranken fast durchweg nur von dem Interesse der Allgemeinheit bestimmen lassen, fordert man heutzutage die Möglichkeit einer Tötung unheilbar Kranker und altersschwacher Personen in einem eigenen Interesse. Diese Bestrebungen haben neuerdings sogar in zwei Staaten zu praktischen Gesetzesvorschlägen geführt, aber die in der italienischen kriminalistischen Zeitschrift „La scuola positiva“ referiert wird. Im Staate Ohio ist ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der die Ärzte ermächtigt, unheilbar Kranke zu töten. In Jaba sollen die Ärzte außerdem berechtigt sein, Wödhinnige, Mißgeburten und Geisteskranken zu töten. Der Kranke muß den Wunsch äußern und der Arzt noch zwei andere Ärzte und als Vertreter des Staates den

demokratische Presse darunter zu leiden gehabt, und so blüht auch die jüdische sozialdemokratische, die bundistische Presse auf eine lange Lebensdauer zurück: drei Tageszeitungen und ein Wochenblatt in der jüdischen und drei Wochenblätter in der russischen Sprache sind in den letzten zwei Jahren der Regierung zum Opfer gefallen. Die erste bundistische Tageszeitung, „Der Bedener“, begann noch den stürmischen Oktobertagen in Wilna zu erscheinen, doch hat sie nur etliche dreißig Nummern erlebt, als sie nach vorausgegangener Durchsichtung der Redaktionsräume verboten und der Redakteur, Genosse Aronstein, unter Anklage gestellt wurde, der sich durch die Flucht entzog. Das Bedürfnis des jüdischen Proletariats nach einem solchen Aufklärungs- und Kampfmittel, wie es die sozialistische Tagespresse ist, war zu stark, als daß es unbefriedigt hätte bleiben können, und es währte nicht lange, bis an Stelle des verbotenen „Bedener“ die „Volkzeitung“ trat. Fast zu gleicher Zeit mit dem „Bedener“ wurde auch die russische Wochenchrift „Der jüdische Arbeiter“ von demselben Schicksal ereilt, und auch in diesem Falle mußte der Redakteur, Genosse Kipman, flüchten. Der „Volkzeitung“ war ein längeres Leben beschieden — sie erschien regelmäßig über ein Jahr, hatte jedoch fast die ganze Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, die mehrmals ihre Existenz in Frage stellten: die herrschende Arbeitslosigkeit als Folge der industriellen Krise, das Verbot des Einzelverkaufs der „Volkzeitung“ in mehreren großen Städten waren die Ursachen dieser Erscheinung. Es wäre jedoch dem Opfermut der jüdischen Arbeiterschaft zweifellos gelungen, trotz aller Schwierigkeiten ihr Blatt aufrechtzuerhalten — allein die Regierung wollte es anders: die Redaktionsräume wurden durchsucht, Kasse und Manuskripte mitgenommen und zahlreiche Mitarbeiter verhaftet. Der Redakteur, Genosse Sackheim, wurde zu einem Jahre Festungshaft verurteilt und das Blatt selbst natürlich verboten. Das war ein harter Schlag nicht nur in moralischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht, um so mehr, als unterdessen auch zwei russische Wochenblätter, „Unser Wort“ und „Unsere Tribune“, einen gewaltsamen Tod gefunden hatten. Mit der Aufsichtung aller Kräfte wurde an Stelle der „Volkzeitung“ die „Hoffnung“ gegründet. Doch schon nach wenigen Nummern wiederholte sich daselbe: Hausdurchsuchung, Beschlagnahme von Geld und Manuskripten, Verhaftung, Verbot usw. Der Redakteur, Genosse Weinsohn, wurde von demselben Schicksal ereilt wie seine Vorgänger. Die Regierung triumphierte: sie war überzeugt, der verbotenen jüdischen sozialdemokratischen Presse einhundertprozentig den Garaus gemacht zu haben. Sie triumphierte jedoch zu früh: es erschien bald darauf die jüdische Wochenchrift „Der Morgenstern“. Das ging der Regierung so sehr wider den Strich: mit der dritten Nummer wurde das Blatt verboten, Geld und Redaktionsmappe wanderten in die „Džaranaka“ (politische Schuldenliste), die Mitarbeiter und der Redakteur — ins Gefängnis.

Gegenwärtig erscheinen als Organ des „Bundes“ unter dem Titel „Unsere Tribune“ nur unregelmäßige kleine Sammelblätter in russischer Sprache, die aber eben aus diesem Grunde fast ohne Bedeutung für die jüdischen Massen sind. Es ist daher mit Sicherheit zu erwarten, daß in die durch den Untergang des „Morgenstern“ entstandene Bresche bald ein neuer Kämpfer einspringen wird.

Sozialdemokratische Bewegung in Transvaal.
In Uebereinstimmung mit der Resolution des Stuttgarter Kongresses betreffs Kolonialpolitik wurde in Transvaal ein sozialistisches Komitee gebildet, um gegen die Handlungsweise der Natalregierung, die die Zulus zur Rebellion zu treiben sucht, um sie ihres Landes zu berauben und sie zur Lohnsklaverei zu zwingen, zu protestieren. Zu diesem Zwecke wurde am Sonntag, den 22. Dezember, eine Massenversammlung abgehalten, in der über 2000 Mitglieder der Stuttgarter Resolution erteilt worden sind. Diese Abzüge tragen auf der Rückseite folgende Resolution:

„In Anbetracht der Tatsache, daß der größere Teil der Bevölkerung Südafrikas aus Schwarzen besteht und daß diese vorwiegend Arbeiter sind, verpflichten wir — die weißen Arbeiter —, die mehr Gelegenheiten hatten, das Wesen kapitalistischer Ausbeutung kennen zu lernen, uns, die farbigen Massen gegen die Anmaßungen und Eingriffe, denen sie seitens der Handlanger des Kapitalismus, wie z. B. der Kolonialregierungen, zu unterwerfen.“

In der Versammlung waren sowohl Eingeborene wie Europäer anwesend, es entstand eine lebhafteste Diskussion. — Es war dies das erste Mal, daß diese Frage hier angeschnitten wurde. Ein reger Feldzug in dieser Richtung steht bevor.

Pölsliches, Gerichtliches usw.
Straffkonto der Presse. Genosse Stein kamp vom „Volkshoffen“ in Bochum hatte am Sonnabend am Schöffengericht zu Bochum zwei Straffachen wegen Verleumdung und an der dortigen Strafkammer ebenfalls einen Termin wegen Verleumdung ansetzen. Eine Sache am Schöffengericht wurde vertagt, in der anderen erhielt der Angeklagte wegen Verleumdung einer freiwilligen Feuerwehr 150 M. Geldstrafe. Bei dem Termin an der Strafkammer handelte es sich um eine Berufung gegen ein Urteil des Bochumer Schöffengerichts. Sie wurde verworfen und auf 40 M. Geldstrafe erkannt.

Wegen Verleumdung eines „Gelben“, des Vorsitzenden des „Nationalen“ Arbeitervereins in Braunschweig, wurde Genosse Otto Friedrich vom „Volkshoffen“ zu Braunschweig vom dortigen Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe eventuell zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Soziales.

Ist eine „Probiermamsell“ kaufmännische Angestellte oder Arbeiterin?
Mit dieser Frage hatte sich gestern die achte Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz zu beschäftigen. Wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung war der Kaufmann B. angeklagt. Herr B. ist Inhaber einer bekannten Konfektionsfirma für Damen- und Kindermäntel. In seinen in der Leipziger Straße gelegenen Geschäftsräumen läßt er durch eine Anzahl weiblicher Angestellter Stoff zu Mänteln abschneiden, aber nicht zuschneiden, und an Zwischenmeister vergeben, die mit Hilfe von Heimarbeitern nach Normalmaßen Mäntel daraus fertigen. In den Geschäftsräumen des B. werden sodann die Mäntel abgenommen und dabei stichprobenweise von den hierzu angeellten „Probiermamsellen“ ausprobiert. Zeigen sich Mängel, so werden die Mäntel an die Zwischenmeister zurückgeschickt, Änderungen werden im Geschäft selbst nicht vorgenommen. Die Mäntel werden im großen hergestellt und verkauft, es befindet sich aber neben dem Lager ein Raum, in dem auch Endkäufer Mäntel verkauft wird. Auch hier müssen die weiblichen Angestellten als Verkäuferinnen und Probiermamsellen tätig sein. Herr B., der mit den meisten Vertretern der Konfektionsbranche die Tätigkeit dieser Damen für eine kaufmännische und nicht für die Tätigkeit einer Arbeiterin hält, besogte aus diesem Grunde nicht die in den §§ 137 ff der Reichsgewerbeordnung gegebenen Vorschriften über die Beschäftigung weiblicher Arbeiterinnen in Fabriksbetrieben. Diese Vorschriften finden nach den Kleider- und Wäschekonfektions-Verordnungen vom 31. Mai 1907 und 17. Februar 1904 Anwendung auf Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderkleidung im großen oder auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller angefertigt oder bearbeitet wird. — Das Schöffengericht nahm an, daß Herr B. gegen diese Vorschriften verstoßen habe und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 80 M. Nach Ansicht des Gerichts habe in dem Betriebe des Angeklagten, obwohl die Angestellten mit dem Verkauf betraut waren, die rein technische Beschäftigung das Übergewicht gehabt. Wenn auch Änderungen an den Mänteln nicht vorgenommen seien, so müsse es doch jede Tätigkeit, welche erforderlich ist, um einen Gegenstand abfertigungsfähig zu machen, als eine künstlerische angesehen. Wenn man auch nicht den landläufigen Begriff „Arbeiterin“ auf eine Probiermamsell anwenden könne, so handle es sich doch im vorliegenden Falle um nicht kaufmännische Angestellte, die in einer Werkstatt mit zum Teil rein technischen Dingen betraut sind und die als Arbeiterinnen im Sinne der Verordnungen angesehen seien. — Gegen dieses Urteil legte der Verteidiger

Verufung ein und legte vor der Strafkammer in ausführlicher Weise dar, daß die Tätigkeit der Probiermamsellen, zumal wenn sie auch noch mit dem Verkauf beschäftigt werden, nicht unter den Begriff „Arbeiterin“ falle. Die Strafkammer kam nach einer mehrstündigen Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß tatsächlich der Betrieb des Angeklagten als ein Werkstättenbetrieb anzusehen sei. Das Juristische der Sache sei als vorbereitende Werkstättenfähigkeit anzusehen, während das Anprobieren durch die Probiermamsellen als Abschluß der Werkstättenfähigkeit bezeichnet werden müsse. Völlig gleichgültig sei dabei, ob die Tätigkeit der weiblichen Angestellten dienliche im Lager oder die im Detailgeschäft über wog. Diese müsse allerdings als eine rein kaufmännische angesehen werden. Es läme aber, wo ein doppelter, nur zufällig räumlich verbundener Betrieb vorliegt, nicht darauf ankommen, welche Tätigkeit überwiegt. — Das Gericht hielt den Angeklagten des Gewerbevergehens bzw. Uebertretung der Verordnungen für schuldig und erkannte unter Abänderung des schöffengerichtlichen Urteils auf 15 M. Geldstrafe. — Gegen dieses Urteil ist Revision eingelegt.

Die Entscheidung ist durchaus zutreffend und steht in einem günstigen Gegensatz zu der immer noch anzutreffenden irrigen Gerichtspraxis: die Arbeiterin角度vorschriften finden dann keine Anwendung, wenn die Arbeiterin überwiegend kaufmännische oder Geschäftsdienste verrichtet. Es wäre angebracht, in der Gewerbeordnungsnovelle klar zum Ausdruck zu bringen, daß ihre Vorschriften auch auf derlei zweischlächtige Verhältnisse Anwendung finden.

Das Koalitionsrecht der Landarbeiter vor der schlesischen Landwirtschaftskammer.

Gegen die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die ländlichen Arbeiter und Dienstboten hat sich die schlesische Landwirtschaftskammer in ihrer letzten Sitzung erklärt, „weil darin eine unabsehbare Schädigung nicht allein der Landwirtschaft, sondern der gesamten Volkswirtschaft zu erblicken“ sei. Die schlesischen Junker verbieten in ihrer Resolution sogar dem Reichstage und dem Abgeordnetenhaus die bloße Besprechung der Frage, vor allem deshalb, weil die Anträge im Reichstage von der Sozialdemokratie gestellt seien. Ein Mitglied der Kammer, Reichsgraf v. Oppersdorf, wollte wenigstens einmal eine objektive Prüfung der Koalitionsfrage in Anregung bringen und beantragte die Einsetzung einer Kommission, die schriftlichen Bericht erstatten sollte: 1. über die rechtliche Lage der ländlichen Arbeiter in den verschiedenen Landesbeständen, 2. über die Erfahrungen, welche die Arbeitgeber in den Bundesstaaten gemacht haben, wo das Koalitionsverbot nicht besteht und 3. über etwaige Kantelen, die entsprechend der Eigenart der Landwirtschaft bei einer eventl. Aufhebung des Koalitionsverbots zu fordern wären. In echt junkerlicher Ueberhebung ging man über diese Anträge zur Tagesordnung über, ohne nur ihre Begründung zu hören.

Sum Gefindeurteil.

Einen hübschen Beitrag zu unserer herrlichen Gefinde-„Ordnung“ lieferte eine vor der holländischen Strafkammer stattgehabte Verhandlung. Die Dienstmagd Anna Kauchsch war vom 1. April 1907 bis zum 24. November 1907 bei dem Kaufmann Waldert in Radewitz in Stellung gewesen und hatte sich dort gut geführt. Als sie am letztgenannten Tage eine leere Bratfängerdose auf den Hof warf, wurde sie von ihrem Herrn Dreckschwein genannt. Das Mädchen, das noch etwas auf Reputation hielt, verließ wegen der ganz ungerechtfertigten Kränkung den Dienst. Das Schöffengericht, vor dem es dann wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes angeklagt wurde, sprach es frei, da der Dienstherr kein Recht habe, ein Dienstmädchen in der Weise zu beschimpfen. Auf eingelegte Berufung vor der Strafkammer beantragte der Staatsanwalt die Bestrafung des Mädchens, da es nach der Gefindeordnung kein Recht habe, wegen einer so einfachen Verleumdung den Dienst zu verlassen. Die Strafkammer verurteilte das Mädchen wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes zu 6 M. Geldstrafe, da die Gefindeordnung verletzt sei.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß ein Dienstmädchen den Herrn auch Dreckschwein nennen darf. Ein Gesetz, das derartige Ungerechtigkeiten zuläßt oder gar gebietet, ist ein Ausnahmengesetz gegen Arbeiter, dessen Verletzung mehr ist als die Verletzung. Unsere Junker aber begehren ja noch Verschärfung derartiger Gesetze. Sie müssen es also für richtig halten, in einem Dienstverhältnis zu bleiben, in dem sie „Dreckschweine“ tituliert werden. Sie kommen in diese Verlegenheit freilich nicht, weil sie nicht arbeiten, sondern die Arbeit anderer für sich in Anspruch nehmen.

Aus Industrie und Handel.

Kartellkämpfe in der Textilindustrie.

Der Verband der Textilwarenfabrikanten hatte so rigorose Verkaufsbedingungen aufgestellt, daß unter den Großhändlern eine allgemeine Erbitterung entstand. Man begriff diese Erbitterung sehr wohl, wenn man die Verkaufskonditionen der Fabrikanten durchnimmt und sich vorstellt, wie tief sie in die Geschäftsbeziehungen der Großhändler einschneiden müssen. Sie lassen sich kurz dahin charakterisieren, daß durch sie die Großhändler den Fabrikanten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden sollten. Die Großhändler troheten aber dem laubstübigen Joch, das ihnen die Lieferanten auferlegen wollten, verbanden sich mit den sonst so verhassten Outsiders und zwangen die Fabrikanten zur Kapitulation. Die hatten eben den Bogen überspannt, derart, daß sogar innerhalb ihrer eigenen Reihen rebellische Regungen sich zeigten. Nicht wenige Textilagenturen weigeren sich, der Konvention beizutreten, und erklärten deren Bestimmungen sowohl für die Abnehmer als auch für einen Teil der Erzeuger selbst als undurchführbar und unerfüllbar. Die Folge war eine Niederlage der kartellierten Fabrikanten.

Ein ähnlicher Konflikt brach vor einiger Zeit in der Wisen-Konfektion aus zwischen der „Konvention“ und der „Freien Vereinigung“ der Wisenfabrikanten. In der Wisenindustrie gibt es nämlich gleichfalls Outsiders, d. h. Fabrikanten, die außerhalb der kartellierten Konvention stehen. Außerdem rednete man damit, daß demnächst vielleicht noch neue Betriebe ins Leben treten, die den kartellierten Fabriken Konkurrenz bieten würden. Diese veranlaßten daher die Konvention der Seidengroßhändler, nur den kartellierten Wisenfabrikanten Seide zu liefern. Die Seidenlieferanten gingen darauf ein und riefen damit die Erbitterung auch in den Kreisen der Konfektionäre hervor. Von allen Seiten wurde nun gegen die Vereinbarung Sturm gelaufen. Der Verband der Detailgeschäfte beschloß, die Großhändler zu umgehen, falls diese nicht mehr Entgegenkommen zeigen sollten. Auch die nicht kartellierten Wisenfabrikanten erklärten sich bereit, zu solchen Maßregeln zu greifen, um so mehr, als sich die französischen Seidenhändler sehr geneigt zeigten, ihren deutschen Konkurrenten ein Schnippen zu schlagen und das Geschäft, das bisher diese gemacht, selbst zu machen. Eine Anzahl deutscher Fabrikanten hatte auch ihren ganzen Bedarf in Frankreich gedeckt. Die Konvention der kartellierten Wisenfabrikanten geriet ins Gedränge, und da sich die Detailisten auf die Seite der Outsiders schlugen, waren die gestrengen Herren von der Konvention genötigt, nachzugeben. Die freie Organisation der Outsiders siegte über die Kartellierer der Wisenfabrikanten und der mit ihnen verbündeten Seidenlieferanten.

Die Reibungen zwischen dem Großhändlerverband in Garnen, Befah, Kurz- und Wollwaren und den Fabrikanten wegen Ausschluß der Detailisten sind gleichfalls auf die Stellung der Outsiders als Zwischenhändler zurückzuführen. Und daselbst gilt von den Differenzen zwischen Detailisten, Fabrikanten und Outsiders in der Seidenstoffbranche. Die Interessengegensätze der einzelnen Gruppen hatten zu sehr scharfen Maßnahmen geführt, über die die bürgerlichen Blätter je nach ihrer Parteilichkeit be-

richteten. Danach haben die Seidengroßhändler den Detailisten drückende Bedingungen auferlegt und sogar ihren eigenen Verfallsregeln es unmöglich gemacht, die Vorteile der Konvention in Anspruch zu nehmen. Man verlangte von ihnen ein unerschwinglich hohes Eintrittsgeld (nachdem man sich selbst nur mit einem Pappeneintrittsgeld begnügt hatte) und lehnte die Aufnahme derjenigen, die nicht mindestens einen Umsatz von 300 000 M. nachweisen konnten, scharf ab. Ja noch mehr: diese kapitalstärkeren Großhändler wurden gezwungen, ihren Samtbedarf bei der eigenen größeren Konkurrenz zu decken; die Samtfabrikanten durften ihnen nicht liefern! Nur weigeren sich die Seidenstofffabrikanten, die kleinen Großhändler aufzukufen. Aber all das (auch eine Intervention beim Handelsminister) fruchtete nichts. Der Streit zwischen dem Fabrikantenverband der Seidenbranche und der Vereinigung der Seidengroßhändler wurde demnach auf dem Rücken der Detailisten ausgetragen, so daß der über ganz Deutschland sich erstreckende Detailistenverband seine familiären Mitglieder anwies, ihre Einkäufe bei deutschen Seidenfabrikanten und Großhändlern auf das Mindestmaß zu beschränken. Und da, wenn zwei sich streiten, der dritte lacht, freuten sich die österreichischen Seidenexporteure auf die Bestellungen.

Ganz kurz sei noch auf die Vorgänge in zwei anderen Zweigen der Textilindustrie hingewiesen: Die zu einem Verbandszusammenschluss gehörenden Seidenzeuger Deutschlands und der Schweiz verbanden ein Monopol herzustellen, um den Wettbewerb zu beschränken. Trotz der drakonischen Maßnahmen gegen die Kunden, die bei „Außenverleuten“ lauzten, mißlang der Versuch. Auch die Preisvereinigung der Eisengroßhändler in Barmen erlangte ein schmerzhaftes Mittel gegen die farsinnigere Kunden, indem er eine Aufschlagsklausel erließ, die solche Kunden um den 20prozentigen Preisnachlass bringen sollte. Wie sich diese gegen den Verluß und die ihnen geraubte Bewegungsfreiheit wehren werden, ist derzeit noch unbekannt.

Nachlässige Kartellhaltung — das ist das Ziel der Unternehmer nicht nur gegenüber „ihren“ Arbeitern, sondern auch gegenüber ihren Kunden und Abnehmern sowie gegen die Konkurrenz.

Elektrizitätsmonopol.

Aus dem Reichsamt des Innern ging kürzlich eine Notiz in die Presse über, die sich mit der Frage eines staatlichen Elektrizitätsmonopols beschäftigte. Das Reich soll nicht die Produktion elektrischer Maschinen und Apparate, wohl aber die Erzeugung und den Betrieb des gesamten in Deutschland gebrauchten Stroms übernehmen. Zu dem Problem nimmt in der „Elektrotechnischen Zeitschrift“ Professor Budde von den Siemens-Schudert-Werken das Wort. Er vertritt die Gemeinde gegen die staatlichen Vertriebsausstellungen. Er schreibt, daß zunächst Zentralen im Betracht kommen, welche Licht und Kraft gegen Entgelt an beliebige dritte liefern. Ein Teil derselben gehört bereits jetzt den Gemeinden; die übrigen haben fast alle KonzeSSIONen, in denen sich eine Klausel befindet, wonach die Gemeinde ein Peimsfalls-beziehungsweise ein Vorkaufsrecht auf die Zentrale besitzt. Daher ist ihre Gesamtheit wesentlich als ein gegenwärtiger oder künftiger Besitz der Kommunen aufzufassen. Der bei weitem größere Teil der Zentralen erfreut sich einer ausreichenden Rentabilität und bildet für die betreffende Gemeinde eine namhafte Einnahmequelle. Eine geringe Zahl von kleinen Zentralen rentiert sich schlecht. Das Reich hätte demnach die Aufgabe, erstens die Gemeinden zu enteignen, zweitens die guten Zentralen mit namhaftem Gewinn weiter zu betreiben, drittens die schlechten mündlich aufzugeben. Wenn das Reich sich an Stelle der Gemeinden setzt, so hat das zunächst die Folge, daß den Gemeinden eine stets steigende Einnahmequelle entgeht. Es wird sie natürlich entschädigen, jedenfalls nach dem ermittelten Marktwert der Zentrale.

In Zukunft würden also die Gemeinden in ihren Einnahmen einen Minus an Gewinn haben, welches sie durch Kommunalsteuern ersetzen müßten.

An den Ausführungen von Professor Budde ist richtig, daß eine Enteignung bestimmter Rechte der städtischen Behörden eintritt. Es fragt sich, ob das einen volkswirtschaftlichen Fortschritt bedeutet. Das könnte der Fall sein. Ein vom Staate geleitetes Elektrizitätsnetz kann zweifellos ebenso günstig arbeiten, wie ein von der Stadt betriebenes Werk. Das Monopol könnte weiter durch ein gewaltiges Reich vielen Konsumenten Kraft liefern, die jetzt darauf verzichten müssen. Es wäre dabei auch die Anwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft zu berücksichtigen, die in Deutschland fast keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat. Man denke nur an elektrische Pflüge, Dreschmaschinen usw. Neue rationelle Arbeitsmethoden werden auch in der Landwirtschaft weitgehende Verbreitung finden, wenn in umfangreicher Weise vom Staate elektrische Kraftstationen eingerichtet werden. Dagegen ist zu befürchten, daß ein staatliches Elektrizitätsmonopol nicht nach den Grundfahnen des Allgemeininteresses geleitet wird, daß vielmehr der berüchtigte Fiskalismus die mögliche Entwicklung hemmt und das Monopol zu weiteren Liebesgaben für die Junker benutz wird.

Neue Interessengemeinschaften in der Schifffahrt. Im Jahre 1907 ging die „Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft“ mit der „Gansa“ und der „Tyser Line“ eine Betriebsgemeinschaft für die Fahrt von New York nach Australien ein, an der die Hamburger Reederei mit einem Viertel beteiligt ist. Im Zusammenhang damit und mit der sonstigen Erweiterung des Schiffsahrtsdienstes wurde das Kapital von 4 auf 16 Millionen Mark erhöht, wobei freilich zu bemerken ist, daß die jungen Aktien nur die halbe Dividende des laufenden Jahres erhalten werden; aber die jungen Aktionäre werden sich zu trösten wissen, denn die Dividende wird auf 8 Proz. gesätzt. — Auch die beiden an der Fahrt nach Deutsch-Südwestafrika beteiligten Kongerne, die Hamburg-Amerika- und Woermann-Linie (Hamburg) und die Norddeutscher Lloyd-Hamburg-Bremer Afrika-Linie (Bremen) haben sich im Januar d. J. vereinigt. Die Konkurrenzlosigkeit der Woermann-Linie ist damit endgültig beseitigt, nachdem die Hamburg-Bremer Afrika-Linie ihr schon 1907 kräftig Schwab geboten hatte. Die Eifersucht zwischen Hamburg und Bremen hat aber angesichts der großen Vorteile, die eine Kapitalsozialisation bietet, sich verflüchtigt und dem Schiffsverkehr mit den Kolonien ist eine neue Grundlage gegeben. Die Vorteile für die Reeder stehen außer Zweifel. Anders ist es mit der Frage bestellt, ob auch die Verbraucher von der Wandlung Vorteile haben werden. — Die auf vier Jahre abgeschlossene Einigung erstreckt sich auf den nordatlantischen und ostafrikanischen Verkehr sowie auf jenen der Vergulungsfahrten. Im ostafrikanischen Verkehr soll die Hamburg-Amerika-Linie aus dem Vorkriegsverleht ganz ausschließen und sich auf den Transitverkehr beschränken. Der Hamburg-Amerika-Linie fällt zum Ersatz eine erhöhte Zahl von Auswanderern im transatlantischen Verkehr zu. In betref der Egrausfahrten werden die beiden Reederzeilen sich über die einzelnen vorzunehmenden Reisen stets verständigen. Daß damit die Qualität der Reeder gegen die Oafen- und Schiffarbeiter noch mehr verflücht wird, braucht nicht erst gesagt zu werden. Ob die letzteren von dem Beispiel, das ihnen die Unternehmer bieten, auch etwas lernen wollen? Zu wünschen wäre es!

Im Leder- und Schuhgewerbe haben sich die Zahlungen, einstellungen und Konkurrenz in letzter Zeit in bemerkenswerter Weise gehäuft. Im Monat Januar ist in „Schuh und Leder“ schon über 80 Zahlungen einstellungen und Konkurrenz berichtet worden, für die giffermäßige Angaben über die Höhe der Passiven gemacht wurden. Insgesamt betrugen in diesen 80 Fällen die Passiven nicht weniger als 7,96 Millionen Mark. Von dieser Summe sind mindestens zwei Drittel oder 5,51 Millionen verloren. Bei 16 Zahlungen einstellungen belaufen sich die Passiven auf rund 1 Million Mark, bei 44 neuen Konkursen auf 8,99 Millionen. Unter den Konkursen ist auch ein Warenhaus aufgeführt, das mit 2,5 Millionen Mark Passiven ins Konkurs gefallen ist. Selbst nach Abzug dieses Falles verbleiben für das Schuh- und Ledergewerbe noch immer 5,46 Millionen Mark Passiven.

Passage-Theater.
Letzte Woche.
Abends 8-11 Uhr:
Rudolf Mälzer
15 erstklassige Nummern 15.

Tranon-Theater. Anfang 8 Uhr.
Fräulein Joseette - meine Frau.
Sonn- nachm. 3 Uhr: Gastons Trauer.

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast- und Schankwirt Berlin und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Donnerstag, den 6. Februar 1908, nachmittags 5 Uhr,
beim Kollegen Franke (Schirmschilde), Badstr. 19:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Ersuchen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
Der Vorstand: Rathes. Kerfu.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Allgemeine Klempner-Versammlung
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Arbeiterssekretär G. Link über: „Die Unfallversicherungsvorschläge im Baugewerbe und ihre Bedeutung für die Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
NB. In dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Firmen: Poppel, Schlegel, Baumgarten, ganz besonders eingeladen.
Zahlreiche Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Vereine!
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.
Sonntag, 29. Februar, Saal (300 Personen und mehr) frei!
Sonntag, 1. März, 8. März, 15. März: Saal bis 500 Pers.
mit Bühne frei. 1. Osterfeier: Saal frei.
Karl Hoffmann. 7. 10628.

W. Noacks Theater
Direktion Ros. Hill. Sonnenstr. 18.
Privat-Festlichkeit
des
Parochialvereins St. Elisabeth.
Deborah.
Schauspiel in 5 Akten von Rosenhal.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Familienball.
Donnerstag: Der Vicomte von Sotoriades.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
nur noch wenige Tage.
Das große Programm.
Phänomenal!
Der Kräftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne
ausfallsich. Ausstattungsart.
Anfolge gr. Erfolges prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12.
Mestrum, Semler.
Sonnabend, den 1. Februar:
Gänzlich neues Programm
ausfallsichend Ball.

Sanssouci Kottbusser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns
Nordd. Sänger
und
Tanzkränzchen
Beg. Count 5, Bodent. 8.11.

Büggenhagen
Montzplatz
im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Am letzten Konzertabend täglich
die allerersten Militär-
Kapellen: Sefer, Prager, St.
Gösch, Reumann, Offen, Zittig.

Arbeiterinnen und Arbeiter Rixdorfs!

Am Donnerstag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr,
finden **2 öffentliche Versammlungen der Arbeitslosen Rixdorfs**
bei Hoppe, Hermannstr. 49, ••••• bei Thiel, Bergstr. 151 statt.
Tages-Ordnung:
1. Welche Mittel haben Staat und Gemeinde die Arbeitslosigkeit einzuschränken?
2. Diskussion. — Die Referenten werden in den Versammlungen bekannt gemacht.
Es ist Pflicht der Arbeitslosen, in diesen Versammlungen zu erscheinen, damit der Stadtverwaltung Rixdorfs Gelegenheit gegeben wird, sich über die Arbeitslosigkeit zu äußern. — Der Magistrat sowie sämtliche Stadtoberordnete sind schriftlich eingeladen. — Zellerammlung findet nicht statt.
Der sozialdemokratische Wahlverein Rixdorfs. Das Gewerkschaftskartell.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Merowski, Andreasstr. 26:
Versammlung
aller in der Näh- und Damenschreibstiftungsbranche beschäftigten Kollegen.
Sämtliche Kollegen dieser Branche haben zu erscheinen. Die Kollegen der Firma Knapp, Rüdersdorferstraße 11, werden hierdurch besonders eingeladen.
J. U.: Die Kommission.
Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Becker, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung der Einsetzer.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Robert Ahrens über: Die sozialpolitische Lage. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Wahl eines zweiten Schriftführers. 4. Verschiedenes.

Branchen-Versammlung der Stellmacher

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Adolf Domait über: „Schule und Erziehung als Mittel im Klassenkampf.“ 2. Bericht der Kommission vom vierten Quartal 1907. 3. Stellungnahme zum Referendats. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Die Kommission.

Achtung! Steinfeger Achtung!

Groß-Berlins Unterbezirk Norden.
Donnerstag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, bei Frisch, Badstraße 12:
Unterbezirks-Versammlung
Tages-Ordnung:
Besprechung des Arbeitsnachweises.
Das Erscheinen jedes Kollegen ist dringend erforderlich.
Der Vorstand. J. U.: W. Schwab.

Telegraphie des Deutschen Reichs.
Berlin, Haupt-Telegraphenamt.

Unsere lieben Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß wir auch in diesem Jahre das einzige

Original Münchener Bockbier-Fest

in Berlin vom 1. Februar ab in dem prachtvoll dekorierten Wintergarten der Berliner Unions-Brauerei Hasenheide 22-31, veranstalten.
Grüß Gott!
Die Georg Lang'sche Truppe, München.

Nur noch 4 Tage!
Vor Uebergang in die Frühjahrssaison werden **fast umsonst** die Restbestände des großen Inventars und totalen Räumungs-Ausverkaufs im **Konfektionshaus Westmann**
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37 a, a. d. Kolon.
Filiale: Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 115, zweites Haus an der Andreasstr.
bestehend in Winter-, Herbst-, Sommer- und Frühjahrsmänteln, Original-Modellen, Reismustern und Kopien, selbst für die allerstärksten Figuren vorrätig, vom einfachsten bis zum hochelegantesten Genre abgegeben. Plüsch- und Pelzkonfektion, Kostüme, Röcke, Blusen, Kinderkonfektion usw.
in 5 Kollektionen:
1. fr. bis M. 18 jetzt nur M. 5
2. fr. bis M. 30 jetzt nur M. 10
3. fr. bis M. 50 jetzt nur M. 16
4. fr. bis M. 90 jetzt nur M. 30
5. fr. bis M. 150 jetzt nur M. 55
Gratis ein Kinderkragen mit Capuchon für das Alter von 1-13 1/2 Jahren oder ein Kinderpyjak bei Einkauf von M. 20 an.
Separat-Abteilung Mod. Trauermagazin für Damen und Mädchen. **Sonntags geöffnet** 8-10, 12-2 Uhr.
Den Einkauf in meinen Geschäften wolle man möglichst vormittags besorgen.



Sozialdemokratischer Wahlverein des **Lankwitz.**
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser **Max Weller** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Berta Görner geb. Kräger plötzlich verstorben ist.
Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen.
Franz Görner und Kinder, Großauerstr. 12.
Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des St. Andreas- und Marius-Kirchhofes, Hohen-Schönhausen-Wilhelmsberg aus statt.

Deutscher **Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Julius Müller** am 28. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.
Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege **Rud. Müller** am 28. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung Gropiusstr. 6 aus nach dem Pauls-Kirchhof in Wilmersberg statt.
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Gesangsverein „Sängerkreis“, den Kollegen der Firma Kofelzig, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband und dem sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vannes
Otto Koalick meinen herzlichsten Dank.
Ww. Emilie Koalick und Kinder.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerhaft, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Süd-Ende).**

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: J. Leschkowski.
Ackerstraße 6-7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftritt v. 15 Künstler-Spezialist.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm Kouskinitza - Truppe. Rumänisch-serbische Gefänge u. Tänze. 4 Ver. **Skandal im Theater.** Volkstümlich mit Gesang.
Außerdem: 16 Spezialitäten.
Jeden Abend: Oskos Kinematograph.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 1/2 Uhr. Jeden Sonnabendnachmittag 3 1/2 Uhr: **Große Kinder-Vorstellung.** 10, 20 und 30 Pf.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 30 Pf.
Stewart Co.
Was was anderes.
Paul Richard, der beliebte Humorist.
Shorp and Conrads. Gymnastische Neuheit.
Manöverliebe, Lustspiel.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, Bruder, Schwager und Onkel
August Gräff am 27. Januar im Alter von 59 Jahren sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen die trauernde Witwe
Minna Gräff geb. Böttcher.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Tegel aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Metallarbeiter
Julius Schmidt im Alter von 42 Jahren nach langem, schwerem Leiden am Sonntag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, sanft entschlafen ist.
Die trauernde Gattin:
Auguste Schmidt geb. Wuschel. Kl. Schöneberg, Grünauerstr. 4.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Wilmersberg aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des **6. Berliner Wahlkreises.**
Nachruf!
Am 24. Januar verstarb unser Mitglied, der Tischler **Willi Fiebig** Belfermannstr. 18.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am Dienstagnachmittag auf dem neuen Pauls-Kirchhof in Wilmersberg stattgefunden.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des **6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**
Todes-Anzeige.
Am 25. d. M. verstarb unser Mitglied, der Handelsmann **Albert Krafft,** Sprengelstr. 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Dantes-Kirchhof, Blankenstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Stützverein Spandau.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, Maurer **Karl Gaspodar** am 25. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Wohnung, Wilmersdorfer Straße Nr. 61, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Lagerarbeiter (H. G. B.) **Anton Marx** am 28. d. M. im Alter von 43 Jahren an Schlaganfall und Herzlähmung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Monumentenstraße 5, Schöneberg, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Die Verwaltung II.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülsenarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin. Bezirk Tegel.
Am Montag, den 27. Januar, ist unser Mitglied **Karl Butenhof** plötzlich verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Tegel aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Metallarbeiter
Julius Schmidt im Alter von 42 Jahren nach langem, schwerem Leiden am Sonntag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, sanft entschlafen ist.
Die trauernde Gattin:
Auguste Schmidt geb. Wuschel. Kl. Schöneberg, Grünauerstr. 4.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Wilmersberg aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Metallarbeiter
Julius Schmidt im Alter von 42 Jahren nach langem, schwerem Leiden am Sonntag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, sanft entschlafen ist.
Die trauernde Gattin:
Auguste Schmidt geb. Wuschel. Kl. Schöneberg, Grünauerstr. 4.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Wilmersberg aus statt.

Die Wählerlisten zu den bevorstehenden Gemeindewahlen liegen nur noch bis zum Donnerstag, den 30. Januar, zu jedermanns Einsicht aus!

Kaufmannsgerichts-Wahlen.

Die Wahlen der Gehilfenbesitzer zum Kaufmannsgericht Berlin

finden am Sonntag, den 9. Februar 1908 von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags statt.

Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehilfe, der bis zum 9. Februar 1908 das 25. Lebensjahr vollendet hat und in Berlin beschäftigt ist.

Eine Wählerliste wird nicht aufgestellt. Dagegen gibt der Magistrat Wahllegitimationen heraus, auf denen vom Chef oder von der Polizeibehörde zu bescheinigen ist, daß der Gehilfe in Berlin tätig ist.

Die amtlichen Formulare zu diesen Legitimationen sind kostenlos zu haben:

- 1. Wahlbureau des Magistrats, Poststr. 16.
2. Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Neue Königstr. 36, vorn I.
3. Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, I.
4. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69.
5. Zigarrengeschäft Jakob Wiebe, Wendenstr. 2.
6. Adolf Adler, Voltastr. 37.
7. Zeitungspedition S. Rasche, Ackerstr. 36.
8. Karl Mars, Nuhener Straße 123.
9. Karl Anders, Salzwedeler Straße 8.
10. Karl Weiske, Nazarethstr. 49.
11. Willi Lippmann, Spandauer Brücke 2.

Handlungsgehilfen! Sorgt dafür, daß am 9. Februar die Liste III (Zentralverband der Handlungsgehilfen) eine gewaltige Stimmenzahl auf sich vereinigt.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr findet im Luisenpark, Wilhelmshöhe, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Außer der sonst reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung, die zu erledigen ist, hält Genosse Wermuth einen Vortrag über das Thema: „Der Sozialismus und seine geschichtliche Mission.“

Landwig. Am Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet bei Reitter, Kalanderstr. 27/29, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Stadtverordneten Genossen Küter über „Kommunalpolitik“, Stellungnahme zur Kreis-Generalsammlung, Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Schönebeck-Nichtenau. Die Wähler der dritten Abteilung werden ersucht, sich heute und morgen noch im Gemeindegemeindebureau davon zu überzeugen, ob sie in der Wählerliste vermerkt sind. Diejenigen, denen es an Zeit mangelt, können sich im Lokal von Sägmühl für Klein-Schönebeck und bei Waz Manzel-Nichtenau, Kaiser-Wilhelmstraße, für Nichtenau melden.

Berliner Nachrichten.

In Treptow is 'n Ding passiert

Am Sonntag rüstete ich mich nach der Woche Laß und Müß' zu meinem gewohnten Sonntagsnachmittags-Spaziergang. Eigentlich haben wir vielgeplagten Leute von der Feder selbst zu solcher mal dringenden notwendigen Lungen-Extrabaganz keine Zeit, aber ich wußte ja, daß in Berlin von seiten der internationalen Sozialdemokratie nicht das geringste Demonstrationen geplant war. Damit renommeiere ich nicht etwa, denn das wußten in Berlin und Umgegend alle Menschen, die nicht gerade intime Beziehungen zum Alexanderplatz hatten. Es hätte ja auch einen zu schollen Eindruck gemacht, dem Landesvater die Geburtsfreude zu verderben und den zahlreichen von auswärts erschienenen Gratulanten einen heillosen Säreden einzujagen. Wenigstens habe ich mir erzählen lassen, daß einige der hohen Geburtstagsgäste nur mit Bittern und Jagen nach Berlin gekommen sind und in jeder Hofentafel einen geladenen Revolver trugen. Der Wunsch, noch jedem eine besondere Schutzmanns-Leidwache zu pumpen, konnte leider nicht erfüllt werden, weil unsere Polizei den preussischen Staat — anderweitig retten mußte. Nur einer der Gäste soll lachend das fürstliche Haupt geschüttelt haben ob all der Angstmeierei. Seine Renegatenansichten wollen zwar da oben zwischen Schloßplatz und Lustgarten nicht recht gefallen, aber da er nun mal „vom Bau“ ist, muß man schon ein Auge zudrücken.

Also ich verschmähte das patriotisch angewärmte Berliner Geburtstagsplaster, wollte mich mal da ergehen, wo man nicht alle zehn Schritt über einen Schutzmannsfädel stolpert. Und als ob ein freundlicher Kobold meine Gedanken erraten hätte, klingelte es plötzlich am Haustelephon: „An Treptow is 'n Ding passiert...!“ Natürlich war das Mumpis. Jrgendbein guter Freund wollte mich verhöhnen-riepeeln. An Treptow — lächerlich! Da passiert überhaupt nichts. Höchstens ziehen sie da mal an der lieben Spree „aus dem tiefen Grund einen ollen Stiebel und 'nen doten Hund“, wie der Berliner sagt. Aber nun ging gerade nach Treptow raus. Donnerweiter... sollte da draußen wirklich... Schon auf Ringbahnstation Dingda hörte ich, wie der Jungführer dem Stationsvorsteher halblaut zurief: „An Treptow is 'n Ding passiert!“ Mein sonst so süßes Schriftstellerblut begann langsam zu prickeln. Das gab ja vielleicht 'ne plebejische Sensation... oder 'ne Demonstration... nein, sicher 'ne Revolution. Ganz gewiß, so war es. Halb Berlin schwimmt in heller Geburtstagsfreude. Die Schutzleute halten jeden Brückenpfeiler und jeden Laternenpfahl fest. In besonders gefährlichen Gegenden steht fast über jedem Pflasterstein, damit er nicht in eine kleine Barricade verwanzelt wird, ein halbmeterlanger, eisenbeschlagener Schutzmannsfädel. Und da die verd... Sozialdemokraten auch so schlau sind, haben sie den Revolutionsherd einfach über die Weichbildgrenze verlegt. Da gibts heute keine Schutzleute, nur eine Handvoll Gendarmen, und mit denen wird man schon fertig werden. Und als wir über die Stralauer Eisenbahnbrücke roffelten und ringsum an allen Ecken und Enden blanke Helm-

spigen durch die fahlen Zweige blühten, da stand es auch bei mir fest: „In Treptow is 'n Ding passiert!“

Glatt kamen wir vom Bahnsteig herunter und fielen gleich zwei Duzend Helmspigen in die Arme. Herrjott, wie jubelte ich innerlich, daß ich nicht als Mann zur Welt gekommen bin. Allmutter Natur hat mich mit äußeren Reizen sogar recht stiefmütterlich bedacht, so daß ich beim besten Willen nicht in den Verdacht geraten konnte, mir gewisse Körperteile mit Dynamitbomben ausgestopft zu haben. Da ich aber sonst recht schick ausjah, auch keinen roten Schlipps unter dem weißen Stehtragen trug, ging ich gottesfürchtig an einen Polizeioffizier heran und fragte unverfroren, ob etwa der Kaiser hier vorbei käme. Erst wollte er grob werden, aber dann war er reizend, einfach himmlisch. „Mein verehrtes Fräulein, wenn ich Ihnen einen guten Rat geben kann, dann fahren Sie schleunigst wieder nach Berlin zurück!“ Und ein Wachtmeister fügte mit fürchterlichem Augenrollen hinzu: „Nawoll, in Treptow passiert heute 'n Ding!“ Und ein paar grobe schwarze Bögel, die sich auf den fahlen Zweigen des Treptower Parkes schaukelten, krächzten dazu unheimlich. Hu... hu... hu! Mir lief jetzt faktisch außer der berühmten Laus über die Leber doch beinahe so etwas wie eine Gänsehaut über den Rücken. Aber so oft ich mit meiner Phantasie einen der fünf unentdeckten Mörder zwischen den Bäumen auftauchen sah, wars bei Lichte besehen immer bloß ein Berliner Schutzmann oder ein Letzter Gendarm. Einmal war es mir sogar so, als ob aus einer — Hundehütte ein behelmtes Haupt herausjah. Gottvoller Spuk, das!

Da hatte ich mich nun nach Treptow geflüchtet, um Winternatur zu kneipen, und war ungebeten zu einer — Demonstrationprobe der Polizei gekommen. Mich fröstelte. Auch die Schutzleute froren nervös, trippelten von einem Bein auf das andere und harrten der Dinge, die nicht kamen. Noch nie in meinem Leben habe ich solches Mittel mit diesen freundlichen Helfern empfunden. Da drüben in einer verlorenen Ecke standen drei Mann hoch und langweilten sich. Der eine spielte mit der Browningpistole, der andere sah prüfend nach, ob der Sabul auch scharf genug geschliffen sei, und der dritte machte mit der Faust einen Lusthieb, als ob er in der Neujahrsnacht einen Berliner Zylinderhut vor sich habe. Harmlos ging ich hinzu und fragte, ob denn der Kaiser noch immer nicht käme. Aber die sahen mich verdutzt an und dann sagten sie alle wie aus einem Munde: „Ja, Fräulein, wenn wir selber wüßten, was heute hier los is, denn sähen wir schon längst bei Muttern an' warmen Ofen!“

Ganz draußen, ziemlich beim Plänterwald, traf ich einen weißhaarigen Alten. Den fragte ich, wo denn in Treptow das Ding passiert sei. Bedächtig strich er sich den langen Bart und erzählte: „Kindchen, nicht in Treptow wars, — nein, in Stralau. Vor langen Jahren, vor länger als einem halben Jahrhundert, da haß drüben auf der anderen Spreeseite eines Tages genau so ausgesehen. Es war am 24. August 1835. Sie wollten gerade das Stralauer Fischzugsfest feiern. In Berlin wars kurz zuvor etwas bunt hergegangen. Man hatte geweissagt, daß es beim Fischzugsfest zu Erzeissen kommen werde. Die Polizei traf umfassende Vorbereitungen. Der Magistrat wendete sich am 21. August an die Altmeister sämtlicher hiesiger Gewerke und Innungen; er forderte sie auf, auf das Ehr- und Rechtsgefühl der Gefellen und Lehrlinge zu wirken. Mit dem frühesten Morgen des 24. August eilten Tausende nach Stralau, um ja keinen interessanten Augenblick des Schanspiels der Revolution zu versäumen. Aber als die Masse das Tor passierte, fiel ihr ein Anschlag in die Augen, ein großer Bogen Papier, der weit über Manneshöhe in den Torpfeiler geklebt war und in mächtigen Buchstaben die Aufschrift trug: „Wegen Unpäßlichkeit des Schutzejungen Herrn Friedrich Schulze kann heute die große Berliner Revolution nicht stattfinden!“... „So, Fräulein, weiter sage ich nichts. Wenn Sie nun ein Janet kleinet bißten Menschenverstand haben, denn können Sie sich allein zusammenreimen, was heute in Treptow für ein Ding passiert is!“

Auch eine Straßendemonstration.

Am Anhalter Bahnhof werde ich im ruhigen Fortgange meiner Gedanken und meiner Beine jah unterbrochen.

Wohin das Auge blickt, sieht es blinkende Helme und blaue Uniformen zu Fuß und zu Pferde.

„Schon wieder eine Wahlrechtsdemonstration?“ so frage ich mich. Da ich von einer Demonstration des arbeitenden Volkes nichts weiß, kann es also wiederum nur eine freiwillige Demonstration der Schutzmannschaft sein, wie am Mittwoch vor dem Reichstage. Gerührt betrachte ich die eifrigen blauen Augen des Gescheh. Die Polizei sorgt doch für alles, selbst dafür, daß die Straßendemonstration zugunsten des allgemeinen Wahlrechts für den Landtag nicht einschläft.

Aber was ist das? Die Schutzleute sind heute so höflich! Auch die Browningpistolen dröuen nicht an ihrer Seite. Ein Schutzmann scheucht ein resolutes Dienstmädchen sogar durch einen Scherz auf den Bürgersteig zurück. Dann kann die Demonstration der Schutzleute doch wohl nicht der Wahlrechtsbewegung gelten! Nun sehe ich auch von der einen und der anderen Seite Offiziere mit Schärpe und Federbusch würdig herannahen, die wohl auch nicht der Wahlrechtsdemonstration wegen zum Anhalter Bahnhof gekommen sind. Und jetzt hörte mein Ohr forsch Laut, die mich an dereinstige schweißtreibende Arbeit aus Egerzierplatz und Sturzgader erinnern.

tsching — bum — tsching — bum — tsching — bum — tsching — bum. Dazwischen ein glitzendes, prasselndes und fauchendes Durcheinander von Tönen.

„Die Russ! kommt!“

Und jetzt nähert sich dem Anhalter Bahnhof ein — leerer Wagen.

Ein Wagen!

Die Feder verlag mir den Liebedienst, dieses bunte, glitzernde, prunkende Wagenungeheuer zu beschreiben. Doch oben auf dem Kruschbod — man fürchtet beinahe, er stoße mit dem Kopfe gegen die Wolken — sitzt ein Mann mit einem Dreispiz auf weißer Perücke. Die Karosse sieht aus, als käme sie geradwegs aus der Kotofozeit, oder aus einer Naslerade.

Auf den Bürgersteigen hat sich Publikum angesammelt. Es guckt sich das Bild an, halb belustigt, aber zur anderen Hälfte geärgert, weil es am Weitergehen gehindert wird.

„Was ist denn hier los?“

„Ja wech nich.“

Der Großherzog von Baden kommt gleich auf dem Bahnhofe an, und gleich kommt auch Rajestät, ihn abholen. Und das ist die Staatskarosse.

„Um! Und ich hatte an Wahlrechtsdemonstrationen gedacht!“

Wie wenig doch so ein ausgepöchter Sozialdemokrat von den wichtigsten politischen Ereignissen des Tages weiß!

Nicht zu wissen, daß heute der Großherzog von Baden ankommt!

„Der macht heute seine Antrittsvisite, und dann ist ja auch Montag Kaisers Geburtstag.“

So höre ich einen Mann mit dem intelligenten Gesicht eines Militärämterers seinen neugierigen Nachbarn aufklären.

Und von solchen wichtigen politischen Vorgängen weiß ein Sozialdemokrat wie ich nichts!

Denke derweilen an Wahlrecht, Bloß, Bülow, Straßendemonstrationen, Säbelhiebe und andere gleichgültige Dinge!

Ein schmetternder Ton einer Autohuppe!

„Es kommt!“

Schau und verzückt ruff's der Militärämterer seinem Begleiter zu.

Ich sehe etwas Gelbes herankuscheln, vorn auf dem Auto weht eine kleine Fahne. Das Publikum gerät ein wenig in Bewegung, die Häufe werden gereckt — im übrigen bleibt alles stumm wie zuvor.

Kein brausender Afford der Volksbegeisterung! Aber vielleicht kam dem Publikum das Auto zu überraschend, oder es will der Einfachheit halber mit der Begeisterung warten, bis der Besuch dabei ist.

Nach einigen Minuten kehrt das gelbe Auto zurück. Es fährt etwas langsamer als vorhin, und der süddeutsche Gast scheint mit darinzufahren.

Und siehe da — aus den sechs Reihen der Kinder eines anderen Militärämterers steigt ein donnerndes Hurra zum dunkelnden Himmel empor. Sechs Kinder sind patriotisch entzückt! Sechs Kinder!

Im übrigen — bleibt alles stumm wie zuvor.

Was hier auf die Bürgersteige zurückgedrängt wird, ist nicht der geübte patriotische Janhagel, der sich unter den Linden und in der Nähe des Schlosses zu etwaiger plötzlicher Inanspruchnahme stets bereit hält; hier am Anhalter Bahnhof ist es das Berlin der Arbeit, das in unerwarteter und unwillkommener Weise durch einen höfischen Aufzug in seinem raschen Gange unterbrochen wird.

Dieses Berlin der Arbeit ist auf die patriotische Manifestation nicht so eingeebnet wie die königsfrommen Habitus unter den Linden, es hat auch wenig Zeit und Lust dazu.

Die Arbeiter Berlins aber gar rufen etwas anderes als „Hurra, Hohenzollern“, wenn sie auf die Straße gehen.

Ihr Ruf heißt: „Wahlrecht!“

Stilgen Schrittes rette ich mich vor dem wieder heranzrückenden tsching-bum der Russ!

Berkehrsfragen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation muhten mehrere wichtige Punkte der Tagesordnung wegen Erkrankung der Referenten abgeseht werden.

Es wurde u. a. beschlossen, bei den städtischen Behörden die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 180 000 000 M. für städtische Verkehrsprojekte zu beantragen. Dieran partizipieren die Untergrundbahn Süd-Nord mit 57 Millionen, die beiden Hafenanlagen im Osten und Westen mit zusammen 42 Millionen, die Untergrundbahn Roabit-Nixdorf mit 63 Millionen Mark usw.

Ueber den Eindruck, welchen die Beschäftigung der Probefreder der Schwebebahn in der Brunnenstraße bei den Mitgliedern der Deputation hervorgerufen hat, entspann sich eine längere Debatte.

Man beschloß, wie bisher den Verkehr dort weiter noch einige Wochen beobachten und genaue Fählungen vornehmen zu lassen. In der Zwischenzeit soll dem Wunsche des Oberingenieurs Herrn Peterßen stattgegeben werden, in einem Vortrag über das Schwebebahnprojekt der Deputation noch einige Punkte genauer erläutern zu dürfen.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am morgigen Donnerstag steht in erster Linie der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßregeln zu ergreifen zur Bänderung der herrschenden Arbeitslosigkeit.

Ueber eine sonderbare Kaisergeburtstagsfeier in der Schule

wird uns geschrieben: Eigentümlich mutete am Montag eine Schulfeier an, deren unfreiwillige Zuschauer wir wurden. Zum größten Gaudium, aber auch zur größten Entrüstung der Arbeiter einer an den Schulhof der 131. Gemeindegemeinschaft Tempelhofer Ufer 2 angrenzenden Fabrik marschierten in der Zeit von 1/2-9 Uhr eine große Anzahl A.-B.-C.-Schüler auf dem Schulhof herum. Statt ihrer gewöhnlichen Ausrüstung waren sie angezogen mit Uniformen und Waffen aller militärischen Gattungen und in den unmöglichsten Zusammenstellungen. Der Helm paktete zum Katofenanzug ebenso, wie die Kapitänsmütze zum Kavalleriefädel; „Trommel, Pfeifen und Gewehr, ja ein ganzes Kriegsheer“, alles war vertreten. Gegen die der Zahl nach überwiegenden Zivilisten traten die Marschierer natürlich sehr selbstbewußt und überlegen auf und natürlich waren sie auch der Mittelpunkt des Interesses.

Nachdem dann in den Klassenzimmern die Formierung vorgenommen, zogen die Kinder nach der Aula. Im strammen Schritt ging's über den Hof. In der Spitze eine Abteilung „Gewaffneter“ mit einer Fahne. Welch imponierender Anblick! Manche von den kleinen Vaterlandsverteidigern waren sich des Ernstes der Situation sehr wenig bewußt und in der Waffentechnik schlecht bewandert, denn sie benutzten das Gewehr als Pustrohr oder als Trompete. Die Zuschauer fanden erst gar keine Erklärung für diesen Aufzug. Die einen vermuteten, die Forderung des Erfurter Programms, Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, gehe in Erfüllung; der weitau größte Teil aber behauptete, diese Sache habe nur den Zweck, Nordspatriotismus in die Herzen der Kinder zu pflanzen, eine Ansicht, der sich schließlich auch die Kinderheit der Zuschauer anschloß.

Es wäre interessant zu erfahren, auf wessen Veranlassung dieser sonderbare Aufzug zustande gekommen ist.

Der gewaltige Sturm, der gestern herrschte, hat stellenweise ganz erhebliche Schäden verursacht. Sowohl im Innern der Stadt als auch in der Umgebung ist durch den Orkan unter den Baumkronen starker Windbruch herbeigeführt worden. In den umliegenden Forsten sind Hunderte von Fichten vollständig geknickt worden und auch in den hiesigen Parkanlagen hat der Baumbestand empfindlich unter dem Unwetter zu leiden gehabt. In den Straßen hatten die Passanten mit Mühe gegen den Sturm ankämpfen

Und sobald ein Wirbelwind eintrat, war an ein Fortkommen kaum zu denken. Unter den Fensterscheiben hat das Unwetter wieder schweren Schaden angerichtet. Nicht allein kleine, sondern auch große Schaufensterscheiben wurden durch die Gewalt des Orkans eingedrückt. Von den Dächern wurden die Ziegel losgelöst und auf die Straßen hinabgeschleudert. In der Spandauer Straße wurde ein junges Mädchen von einem Dachziegel so unglücklich am Kopf getroffen, daß es schwere Verletzungen davontrug und nach der Infirmität gebracht werden mußte. Behnlich erging es dem Lehrling Vetter aus der Weberstraße 10. Auch er mußte die Hilfe einer Rettungswache in Anspruch nehmen. Am Nettelbeplatz wurde eine ältere Frau so heftig durch einen Windstoß gegen ein Lastfuhrwerk geschleudert, daß sie zu Boden stürzte und sich einen Schenkelbruch zuzog. Unter den Fächern und sonstigen Dekorationsgegenständen, die aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers an den Häusern angebracht waren, hat der Sturm gleichfalls arg gehaust. Einem hiesigen Hotel, das erst kürzlich am Potsdamer Platz eröffnet wurde und das sich jetzt neue wertvolle Fächern angeeignet hat, sind für mehr als 1000 M. Banner ruiniert worden. Durch den starken Wind wurden sie zerhaut und zerrissen. An anderen Häusern wurden die Dekorationsgegenstände abgerissen und auf die Straße geschleudert. Auch Beleuchtungsgegenstände wurden losgelöst und fielen auf die Bürgersteige nieder. — Auf den Seen in der Umgebung Berlins ist durch den Sturm Eisbruch herbeigeführt worden. Die Eisflächen zeigen mächtige Risse und stellenweise treiben bereits die Eisschollen auf dem Wasser.

Die Kindesleiche an der einsamen Pappel. Auf einen Kindes-... deutet ein Leichenfund, der gestern auf dem Exerzierplatz an der Eberharder Straße gemacht worden ist. Unter der sogenannten einsamen Pappel, die dort steht, stehen Soldaten beim Lieben auf den Leichnam eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts. Der tote Körper lag nackt auf dem Erdboden. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden und sie wird im Schauhause obduziert werden.

Berlin und der Kreis Teltow.

Der Kreis Teltow beabsichtigt den Weg vom Dorfe Schenkendorf bis zu seiner Einmündung in die Kreischauffee Trebbin-Dreowitz zu einer Kreischauffee auszubauen unter der Voraussetzung, daß die Stadtgemeinde Berlin den zur Chauffee erforderlichen Grund und Boden innerhalb ihrer Landereien — etwa 21060 Quadratmeter — zur Verfügung stellt und außerdem einen Baukostenzuschuß von circa 27000 M. leistet. Die Gesamtkosten sind mit 68570 M. veranschlagt. Die Pflasterungskosten für die Dorfstraße in Schenkendorf sind mit 18500 M. berechnet. Hierzu will die Gemeinde Schenkendorf 7000 M. beisteuern; die Restkosten mit 6500 M. will der Kreis Teltow übernehmen. Der Magistrat von Berlin hat beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung 27000 M. an die Kreisverwaltung Teltow zu zahlen und die erforderlichen 21000 Quadratmeter abzugeben. Dies ist mit Freuden zu begrüßen, denn der Weg vom Dorfe Schenkendorf bis zur Kreischauffee Trebbin-Dreowitz befindet sich in einem geradezu schauerhaften Zustande und ist bei schlechtem Wetter kaum noch zu passieren.

Durch eine Kranlette erschlagen wurde der 20jährige Maschinenarbeiter Ferdinand Köhler, Lehrling der Straße 38 wohnhaft, der in der Kessel-Maschinenfabrik von Grunauer u. Co., in der Müllerstraße beschäftigt war. Er stand neben einem Kran, der zum Hochziehen von Eisenteilen dient, als sich aus unbekanntem Ursachen die etwa sechs Zentner schwere eiserne Kette aus der Rolle löste und in die Tiefe stürzte. Die schwere Last fiel dem M. auf den Kopf, so daß er sofort bewußtlos zusammenbrach. Ihm war der Schädel gebrochen, außerdem an der linken Schenkelgelenke der Schädelknochen eingedrückt und in das Gehirn getrieben und auch das Gehirn beschädigt worden. Köhler wurde nach der Infirmität in der Lindower Straße gebracht, wo ihm die erste Hilfe zu Teil wurde und von dort in hoffnungslosem Zustande nach dem Siechen-Krankenhaus überführt.

Arbeiter zum Besuch einer Kaisergeburtstagsfeier zu veranlassen, machte eine Buchhalterin einer im 41. Polizeirevier belegenen Luxus-Theaterfabrik den Versuch. Die Beamten des 41. Polizeireviere hatten zum 30. Januar im Ludauer Hof eine solche Feier arrangiert und um den Saal zu füllen, geben die Arrangements Einladungskarten unentgeltlich ab. Jedemfalls im Auftrage des Chefs versuchte eine Buchhalterin den Arbeiter des Betriebes solche Freikarten aufzuhängen. Die Arbeiter empfanden dieses Angebot als Hohn; sie dankten, bis auf einen, an einer solchen Feiertagsfeier teilzunehmen, noch dazu in Gesellschaft von Leuten, die erst vor kurzem in so unehrlicher Weise sich an Arbeitern vergreifen.

Die Nordstelle in der Gerichtstraße, die Wohnung der Frau Wiedner, zeigte bei genauerer Durchsicht, daß fast nichts in Unordnung gebracht worden ist. Die Wände liegen unbeschädigt in ihrem Bestande. Auch sonst ist von einer Durchsicherung nichts zu merken. Der Zettel, den der Mörder zur Verfertigung des Schlagschusses zurückließ, ist anscheinend auf einem Buch als Unterlage geschrieben worden. Die Anzahl der Unterlage spiegelt sich in der Schrift wieder. Der Zettel lautet buchstäblich: mußte wegen plötzlichen Todesfall meiner Schwester bereiten komme in 8 oder 4 Tagen wieder. Die Leiche der Frau Wiedner wurde heute mittig nach dem Schauhause gebracht, wo sie noch heute vom Gerichtsarzt geöffnet werden soll. Das Nordwerkzeug ist ein handliches zweischneidiges Messer. Unter den Blutspuren, die sich jetzt angehängt haben, war die Politur noch ziemlich gut erhalten. Es kann also nicht allzu alt sein. Eine Schnur, die durch ein Stielloch geht, ist oft zum Aufhängen gebraucht, schon etwas angefasst. Der Stiel enthält einige rote Flecke, die anscheinend von Lackfarbe herrühren. Vielleicht hat das Messer irgendwo in der Nähe von Farben gelegen.

Ueber einen Mord- und Selbstmordversuch wird von polizeilicher Seite gemeldet: Vorgestern abend um 8 1/2 Uhr (hoh) der 22 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Jakobowski in Rigdorf, Donaustraße 99 bei Widert wohnhaft, auf die 18jährige Arbeiterin Rosa Schälge in der Küche des ihm Stiefvater, dem Restaurateur Paulschilch gehörigen Lokals im Hause Gellertstraße 82 eine Revolverkugel ab, wodurch das junge Mädchen schwer an der Brust verletzt wurde. Hierauf schob er sich selbst eine Kugel in die Brust. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Ledermann stellte bei beiden lebensgefährliche Verletzungen fest. Die Schälge wurde mittels Drofahle nach dem Krankenhaus verbracht, Jakobowski als Polizeigefangener nach der Charité transportiert. Beweggrund zur Tat: Verlöbte Liebe.

Im Morast versunken. Die Feuerwehr in Berlin ist schon lange das Mädchen für alles. Bald müssen von ihr Bienen, bald Papageien usw. eingefangen werden, oft sind von ihr Schwärme und Tauben befreit worden, Verbrecher von Dächern heruntergeholt, und Tiere aus dem Wasser heraus aufs Trockene gebracht worden. Kürzlich wurde sie sogar zu einer Wächlerin gerufen. Es ist also schon alles dagewesen, pflegt man zu sagen. Aber ein noch nicht dagewesener Fall ereignete sich gestern abend. An der Ecke der Döngel- und Windstraße, wo jetzt eine neue Straße angelegt wird, war ein Mann in den vom Regen aufgewühlten Morast (Rehm usw.) geraten. Die Vermählungen ihn herauszuholen, waren vergeblich. Je mehr der Mann sich bemühte, je mehr und tiefer versank er, und bald war der Mann bis an die Ellbogen im Morast versunken. Nun alarmierte man die Wehr. Diese holte den armen Teufel heraus und brachte ihn nach dem nächsten Polizeirevier.

Vom Eisenbahnzuge überfahren und entsetzlich verstümmelt wurde auf der Strecke der Stettiner Bahn in der Nähe der Belling-chauffee ein unbekannter Mann, dessen Leiche gestern früh auf dem Bahnhöfe gefunden wurde. Dem Unglücklichen war der Kopf buchstäblich vom Körper abgetrennt und eine Strecke mit-

geschleift worden. Der Rumpf des Mannes war zermalmt und außerdem war ihm die linke Hand und mehrere Zehen des linken Fußes abgefahren worden. Der Verstorbenen war etwa 35 Jahre alt; in seinen Taschen wurde ein Sportportemonnaie mit 45 Pf. Inhalt, zwei Taschentücher, gezeichnete Z. G., und eine Rideluhrkette vorgefunden. Am Tage vor seinem Tode hat er sich in Eberswalde aufgehalten und dort als verarmter Kaufmann um Unterstützung angeprochen. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte nicht festgestellt werden.

Bernhard Hofe-Theater. Heute (Mittwoch) findet mit Genehmigung der Intendantur der Kgl. Schauspiele eine Aufführung der Kesseler Oper „Der Trompeter von Säckingen“ mit Herrn Curt Grebin (früher Theater des Westens) in der Titelpartie statt.

Treptower Sternwarte. Ueber „Nichtenberg als Naturforscher“ wird am 18. Vortrags- und Beobachtungsabend, Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im Hofsaal der Treptower Sternwarte Dr. Kurt Roewenfeld unter Vorführung einiger Lichtbilder sprechen. Außer Mitteilungen aus dem Leben Nichtenbergs und aus seinen naturwissenschaftlichen Schriften gelangen einige noch unveröffentlichte Dokumente zur Vorlage. Was Franklin für Amerika bedeutete, das war Nichtenberg um jene Zeit für Deutschland. Mit dem großen Fernrohr wird vor dem Vortrag der „Orionnebel“, nach dem Vortrag „Jupiter“ beobachtet.

Die Baufirma von der Vollastraße bis zur Straßburger Straße unter Einfluß der Kreuzdämme wird behufs Ausführung von Straßenarbeiten vom 27. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Keller gesperrt.

Feuerwehrenschriften. Gestern früh um 5 Uhr stand auf dem Gesundbrunnen, in der Grünhaldenstraße 85, ein Stallgebäude in Flammen. Die Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden, auch gelang es der Wehr durch kräftiges Wassergeben den Brand schließlich auf das Gebäude zu beschränken. Der 20. Zug hatte in der Wallstr. 60 einen Dachstuhlbrand zu löschen. Der Brand war in den Bodenverklagen ausgebrochen und hatte an dem Hausat schnell reiche Nahrung gefunden, so daß bei Anbruch der Feuerwehr die Gefahr einer großen Ausdehnung bestand. Der 17. Zug hatte im 4. Stock des rechten Seitenflügels Charlottenstr. 9 längere Zeit zu tun. Dort waren u. a. Terpentin, Tische, Türen und Schränke in Brand geraten. Auch in der Schlingstr. 37 brannten Bodenverklagen mit Inhalt. Ferner hatte die Wehr um Mitternacht in der Steinstr. 8 und Fürbringerstraße 8 zu tun, wo Möbel, Tapeten, Kohlenfasen u. a. brannten. Wegen eines Kellerbrandes rückte der 5. Zug nach der Waldemarstraße 52 aus und der 17. Zug wegen eines Schaufensterbrandes nach der Kommandantenstr. 38. Außerdem hatte die Wehr noch am Elisabethufer 18, Panstr. 4a, Müllerstr. 171a, Flemmingstr. 5 u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Arbeitslosenversammlungen finden am Donnerstag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, in den Lokalen von Hoppe, Hermannstr. 49, und Thiel, Bergstr. 151/152, statt.

Arbeitslose, Männer und Frauen, betreibt durch zahlreichem Besuch, daß Ihr ernstlich das Verlangen an Staat und Kommune stellt, Maßnahmen zur Verringerung Curer Rot zu treffen. Ein Massenbesuch dieser Versammlungen ist um so mehr notwendig, als an diesem Tage die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion eine Interpellation zu der Frage der Arbeitslosigkeit einbringen wird.

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht haben der Liste IV (Zentralverband der Handlungsgehilfen) nur 42 Stimmen, aber keinen Beisitzer gebracht. Voraussetzungen lebhafter die Beteiligung bei der jetzt ausgeschriebenen Wahl zum Gewerbegericht sein. Am Dienstag, den 11. Februar, von 10 bis 12 Uhr wählen die Arbeiter, am Mittwoch, den 12. Februar, von 8 bis 8 1/2 Uhr die Arbeitnehmer je 8 Beisitzer in 4 Wahlbezirken.

Ihren Arbeitsverdienst, ein schwarzes Damenportemonnaie mit 7 M. Inhalt, hat am Sonntagabend eine Blumenarbeiterin verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Wintze, Ansebesstraße 48 vorn U. abzugeben.

Charlottenburg.

Einsturz eines Turmgerüsts an der Charlottenburger Brücke.

Ein Baumfall, der leicht die verhängnisvollsten Folgen hätte nach sich ziehen können, hat sich gestern nachmittags gegen 1/4 Uhr auf der Charlottenburger Chauffee an der im Bau befindlichen Charlottenburger Brücke ereignet. An den Eingängen der schon zum größten Teile fertiggestellten Brücke wurden große Obelisken aufgestellt, zu welchem Zwecke auf der Seite nach dem Brandenburger Tor zwei hohe Turmgerüste von je 8 Meter Höhe und 12 Meter Länge errichtet worden sind. Das rechtsseitige Holzgerüst überbrückte auch torartig den Bürgersteig. Zum Schutze für die Passanten war unterhalb des Gerüsts eine Bretterlage angebracht. Infolge der ungünstigen Witterung dieses Winters hatte sich die Lieferung der für den Bau erforderlichen Sandsteine verzögert und aus diesem Grunde waren seit einigen Tagen die Bauarbeiten eingestellt. Diefem Umstande ist es zu verdanken, daß der Einsturz nicht zu einer Katastrophe geführt hat. Infolge des seit gestern anhaltenden steifen Windes hatte sich das Gerüst nicht genügend verankert und Gerüst gelodert und gestern nachmittags gegen 1/4 Uhr brach das ganze gewaltige Bauwerk plötzlich mit donnerähnlichem Krache zusammen. Im Moment des Einsturzes befanden sich drei Personen unter dem Durchgang; sie konnten aber noch rechtzeitig die gefährliche Stelle verlassen. Der die Baustelle umgebende Baum, sowie die in der Richtung nach Berlin liegenden Laternen wurden durch die niederstürzenden Balken zertrümmert und ein Mast der Straßenbahn halb umgelegt. Die sofort alarmierte Feuerwehr stellte zunächst fest, daß sich unter dem wüsten Trümmerhaufen Personen nicht befanden und entfernte die auf dem Bürgersteig liegenden, zum Teil wie Streichhölzer gebrochenen Balken, so daß der Fußgängerverkehr aufrecht erhalten werden konnte. Da aber auch das auf der anderen Seite stehende Gerüst dem Ansehen nach gelodert ist und sich stark nach dem Hofdamm hinüberneigt, so ist der gesamte Fußgängerverkehr über die Charlottenburger Brücke inhibiert. Der Straßenbahnverkehr wird durch die Hordenbergstraße abgelenkt. Als ein besonderes Glück ist es zu betrachten, daß das Bauwerk der Brücke bei dem Einsturz nicht beschädigt worden ist. Das eingestürzte Gerüst hat einen Wert von 6000 M.

Steglitz.

Festgesetzt ist die Persönlichkeit des Mannes, der am Sonntag in der Schloßstraße unter einem Straßenbahnwagen geraten war und dabei seinen Tod fand. Der Verunglückte ist der taubstumme und geistlichschwache Schlichter August Zöpfer, der bereits früher in der Heilanstalt in der Anstaltsstraße interniert gewesen und von der Stadt Berlin als Pfleger einer Steglitzer Anstalt überwiesen worden war. Am Sonntag hatte der Kranke Urlaub und befand sich auf dem Rückwege nach der Anstalt, als er in so jäher Weise dem Tode ereilt wurde.

Sichtenberg.

Die Wahlen der Beisitzer zum hiesigen Kaufmannsgericht finden am 28. Februar in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags statt. Die Wählerlisten liegen bis zum 31. Januar im Gewerbebureau des Magistrats, Erstr. 29 I, Zimmer 7, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und

von 5 bis 7 Uhr nachmittags zu jedermanns Einsicht aus. Die Handlungsgehilfen, besonders auch die eventuell im Wahlverein politisch organisierten, werden hierdurch ersucht, sich von der Wichtigkeit der Liste zu überzeugen, denn wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen! An die Parteigenossen richten wir die Bitte, soweit es in ihren Kräften steht, die ihnen bekannten Handlungsgehilfen zu veranlassen, ihre Pflicht zu erfüllen.

J. A.: Das Gewerkschaftskartell.

Pankow.

Für die bevorstehenden Gemeindevahlen ist in diesem Jahre nicht nur das gesetzlich ausweisende Drittel der Gemeindevorteilung neu zu wählen, sondern es scheiden infolge der vor zwei Jahren vorgenommenen Vermehrung der Gemeindevorteilung zwei weitere Vertreter aus. Um die Ausschreibenden zu bestimmen, müssen zunächst die Wählerabteilungen lösen, wer die Ausschreibenden stellt. Ist dies geschehen, so lösen die vor zwei Jahren neu gewählten Vertreter, um dann endgültig die Ausschreibenden festzustellen. Die Gemeindevorteilung weist gegen die vorige große Veränderungen auf; die erste Wahlabteilung stellt 93 Wähler gegen 60 Wähler vor zwei Jahren und schließt ab mit einem Steuerfuß von 1224 M., die zweite Abteilung hat 1067 Wähler gegen 928 bei der vorigen Wahl, dieselbe schließt ab mit einem Steuerfuß von 121,20 M., und die dritte Abteilung stellt 5837 Wähler gegen 4840 vor zwei Jahren. Des weiteren wird durch die Anstellung der beiden besoldeten Schöffen und des neuen Bürgermeisters die Leidge Verfassung des „Angefechtenen“ zugunsten der dritten Wählerklasse verhöben, indem unter acht Vertretern dieser Klasse nur einer nicht angefechten sein darf. Die nächste Sitzung wird Klarheit in die Situation bringen und können unsere Genossen ihre Maßnahmen danach treffen, um in die Wahl einzutreten.

Bernau.

In der Generalversammlung des Wohlvereins erstattete der Vorstand Bericht über seine Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Danach haben stattgefunden 5 Volksversammlungen, darunter je 1 in Jepernitz und Röntgenal, 2 Kommunalabwählerversammlungen aus Anlaß der Stadtverordnetenwahl, 8 Wählervereinsversammlungen und 23 Vorstandssitzungen. Der Vorsitzende rügte, daß sich die Mitglieder nicht immer in erwünschter Weise zu den Parteiarbeiten eingelassen hätten. Das müsse in Anbetracht der bewegten Zeit besser werden. Nach dem Bericht des Kassierers betragen die Einnahmen 549,72 M., die Ausgaben 538,34 M. Die Mittelberzählung des Wohlvereins beträgt 217. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Heßig gewählt, zum 2. Vorsitzenden Kunze, zum Kassierer Schröder und zum Schriftführer Genosse Walzahn. Delegierte zur Generalversammlung sind die Genossen Heinrich Prose und Walzahn und Lokalkommissionsmitglied Genosse Walzahn.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm zunächst den Bericht der Rechnungsprüfungscommission über die Kämmereikasse vom Jahre 1906 entgegen.

Die von Bernau nach Buch zu erbauende Kreischauffee verursacht einen Kostenaufwand von 148000 M. Zur Aufbringung dieser Summe haben außer den Kreis- und Provinzialzuschüssen auch die einzelnen dabei beteiligten Gemeinden wie Buch, Jepernitz und Bernau Beiträge zu entrichten.

Bernau ist außer der unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens in einer Länge von 2906 Meter auch zu einem Kostenbeitrag von 28603 M. verpflichtet. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. — In die einzelnen Deputationen wurden folgende Genossen gewählt: Dräger in die Verschönerungs-, Werner und Krüger in die Armendeputation und Heßig in die Gesundheitsdeputation. Als Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter wurden folgende Personen gewählt: 1. Bezirk Tischlermeister Hillmann und Handschuhmacher Karl; 2. Bezirk Schuhmachermeister Nürnberg und Schuhmachermeister Schulz; 3. Bezirk Uhrmacher Mag Schneider und Wäckermeister Hübner; 4. Bezirk Rentier Sures und Tischlermeister Strömmer; 5. Bezirk Seidenwickler Albrecht und Rentier Mai; 6. Bezirk Tischlermeister Pautsch und Eigentümer Paul Wünsche.

Notawetz.

Eine schreckliche Ueberraschung bot sich am Sonnabendnachmittag den in der Wallstraße wohnhaften Poljischen Edeluten dar, als dieselben von einem Gange zum Friedhof zurückkehrten. Sie hatten ihre beiden Kinder im Alter von 1/2 und 1 1/2 Jahren zu Hause im Bett liegen gelassen und fanden dieselben nunmehr ersüßt vor. Durch einen hinter dem beheizten Ofen gelegten Strohsack hatte sich in der Wohnung ein derartiger Quaim entwickelt, daß beide Kinder darin ihren Tod fanden.

Diebstähle werden in letzter Zeit in unserem Ort in bemerkenswerter Zahl ausgeführt. In der vorigen Woche wurden aus einem Hühnerhals in der Marienstraße ein Duzend Hühner gestohlen. — In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde das Schaufenster des Uhrmachers Anhoff in der Wilhelmstraße erbrochen und daraus ein Uhrständer mit verschiedenen Uhren entwendet. — In derselben Nacht wurde auch im „Lindenwirthshaus“ in der Stadtdorfer Straße ein Diebstahl ausgeführt, wobei den Dieben aber nur Lebensmittel in die Hände fielen, wofür sie einen Dolch und ein Messer zurückließen. In allen Fällen gelang es den Uebelkättern, unbehelligt zu entkommen, was auf die Zuverlässigkeit des bei uns etablierten Systems des Nachwachdienstes — derselbe ist der Wach- und Schließgesellschaft übertragen — gerade kein gutes Licht wirft.

Potsdam.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in einer außerordentlichen Sitzung mit einer Petition gegen das neue Polizeikostengesetz. Durch dieses Gesetz, nach welchem die Aufbringung der Kosten für die Städte mit Unzulässiger Polizeiverwaltung anderweit geregelt werden soll, wird Potsdam außerordentlich stark belastet. Durch den Respektcharakter der Stadt hat Potsdam schon jetzt eine Polizeiverwaltung (allein circa 150 Schutzeute und weitere 25 sollen in diesem Jahre noch angestellt werden), die der Größe von 61000 Einwohnern, darunter noch 9000 Militärpersonen, entsprechend schon jetzt um das Zweifache überdimensioniert ist. Bisher wurde 1,086 M. pro Jahr für jede Zivilperson gezahlt, in Zukunft sollen aber zwei Fünftel der Familienlosen erlegt werden; außerdem finden die Beschwerden dann nicht mehr beim Oberverwaltungsgericht statt, sondern nur beim Minister. Die Versammlung beschloß einstimmig, bereit zu sein, verschiedene Oberbürgermeister beschlossenen Petition beizutreten. — Die angeregte Umwandlung des Realgymnasiums zu einer Doppelanstalt wurde abgelehnt, da vorläufig ein Bedürfnis nicht vorliegt und die Kosten von 40000 M. städtischerseits nicht übernommen werden können.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß

hatte sich gestern der Expedient der anarchistischen Zeitschrift „Freier Arbeiter“, Seb Dertter, vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Dertter ist schon einmal wegen Aufreizung zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und im Jahre 1898 vom Schwurgericht in Duisburg wegen Verbrochens gegen das Dynamitgesetz, Aufreizung, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe usw. zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Auch bei der zweiten so harten Strafe handelte es sich um Freischelste. — Am 29. September vorigen Jahres fand im „Kirstenhof“ in der Aden- nickerstraße eine Anarchistenversammlung statt, in welcher auch der Angeklagte, der als Delegierter dem Amsterdamer Anarchistenkongress beigewohnt hatte, sprach. Er polemisierte unter anderem gegen die Sozialdemokratie, weil sie noch auf staatlichem Boden stehe, während die Anarchisten den Staat beseitigen und vernichten wollten. Den Antimilitarismus müsse man nicht nur mit dem

Kunde, sondern auch mit der Zeit betreiben. Zur Gewerkschaftsfrage übergehend meinte er: erst müsse man Anarchist sein und dann erst Gewerkschaftler, nicht der Generalführer führe zur Revolution, sondern die starke Faust. Wenn der geeignete Moment kommen sei, würde hoffentlich niemand fehlen. „Alles, was Gewalt über und hat, muß gestürzt werden.“ Bei diesen Worten wurde die Versammlung aufgelöst. — Staatsanwalt Dr. Tieser beantragte 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht kam aber zu einer Freisprechung. Der § 180 verlange, daß verschiedene Verdikturklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgereizt sein müssen; der Angeklagte habe aber nur gegen die „Gewalttäter“ im allgemeinen angezettelt. Auch § 111 des Strafgesetzbuchs treffe nicht zu, da dieser doch voraussetze, daß zu einer konkreten strafbaren Handlung aufgefordert sein müsse, was im vorliegenden Falle auch nicht Platz greife.

Während der großen Bauarbeiterausperrung

Im vorigen Jahre berichtete der Zimmerer Parly aus Röhrend als Kolonnenführer und mit ihm eine Anzahl Gesellen Streichholzhersteller auf einem Neubau in Schöneberg. Genosse Knüpfer, der als Geleiter der Zimmerer die Pflicht hatte, die Vorgänge im Lohnkampf zu beobachten und die Interessen der Ausgesperrten wahrzunehmen, traf den Parly mit seinen Gesellen in einem Schanklokal in der Nähe des Neubaus. Den Parly kannte Knüpfer, denn derselbe war früher Mitglied des Zimmererverbandes und Vorsitzender der Sektion Röhrend. Das Verhalten des Parly erschien dem Genossen Knüpfer deshalb doppelt verwerflich. Er machte den Zimmerern Vorhaltungen über ihre unsozialistische Handlungsweise. Bei dieser Gelegenheit soll Knüpfer zwei der Gesellen wie deren „Meister“ Parly beleidigt haben. Vor dem Schöffengericht stellte Knüpfer entschieden in Anrede, Beleidigungen ausgesprochen zu haben. Er sagte, daß er die beiden Zimmerer, wie die Anklage behauptet, als Röhrender Lumpengesindel bezeichnet habe, sei schon deshalb ausgeschlossen, weil er die Beleidigungen gar nicht kannte und auch nicht wußte, daß sie aus Röhrend sind. Nur Parly sei ihm bekannt gewesen. Da aber Knüpfer keine Zeugnisse für seine Schuldlosigkeit hatte, so wurde er auf Grund des Zeugnisses der angeblich Beleidigten verurteilt. Das Gericht begnügte sich jedoch nicht mit einer Verurteilung wegen Beleidigung. Es waren ja Arbeitswillige, deren Beleidigung das Gericht für erwiesen hielt. Wenn aber Arbeitswillige mit Bezug auf ihre Streikbereitschaft beleidigt werden, dann kann die Beleidigung nur den Zweck haben, die Leute zu Arbeitsniederlegung und zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Das ist bei einigen Richtern herrschende Anschauung geworden. Auch im vorliegenden Falle hat sich das Schöffengericht auf diesen Standpunkt gestellt und den Genossen Knüpfer aus § 183 der Gewerbeordnung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nun soll aber Knüpfer auch den „Meister“ Parly beleidigt haben. Für diesen Fall konnte ja der § 183 nicht angewandt werden. Das Gericht konstituierte also eine zweite Strafkammer, nämlich die Beleidigung des Parly und erkannte wegen derselben auf eine Geldstrafe von 20 M. — Dem Staatsanwalt erschien die letztere Strafe zu milde. Er legte Berufung ein. Die Sache wurde deshalb am Dienstag vor der ersten Strafkammer am Landgericht Berlin II verhandelt. Der Staatsanwalt begründete die Berufung damit, daß Knüpfer wegen öffentlicher Beleidigung verurteilt werden und eine höhere Strafe erhalten müsse, weil er schon zweimal wegen Beleidigung vorbestraft sei. Der Staatsanwalt beantragte 100 M. Geldstrafe. — Da Knüpfer leider keine Berufung eingelegt hatte, so schied der Tatbestand selbst aus der Verhandlung völlig aus und es handelte sich nur um die Frage, ob Parly öffentlich beleidigt worden ist und ob 20 M. dafür eine genügende Strafe bilden. — Knüpfer verwarfte sich dagegen, daß seine Vorstrafen vom Staatsanwalt als Strafmaßnahme ins Feld geführt wurden. Er verwies darauf, daß diese Strafen schon lange zurückliegen, daß sie auch aus Anlaß von Streiks und wegen ganz geringfügiger Ursachen verhängt worden seien, daß er während seiner langjährigen Tätigkeit in der Leitung des Zimmererverbandes sonst nicht mit dem Gesetz in Konflikt gekommen und also keineswegs ein zu Beleidigungen geneigter Mensch sei, wie es der Staatsanwalt hinzusetzen beliebte.

Das Gericht gab der Berufung der Staatsanwaltschaft insoweit statt, als es die Beleidigung für eine öffentliche erklärte und dem Herrn Parly die Befugnis zusprach, das Urteil im „Röhrender Dampfboot“ zu veröffentlichen. Soweit sich die Berufung auf das Strafmaß bezog, wurde sie verworfen. Es bleibt also bei der Strafe von 20 M.

Nachbarsbeleidigung.

Um sich ein Unterkommen zu verschaffen, hat der frühere Unteroffizier Karl Warmuth, der gestern der vierten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, eine Nachbarsbeleidigung begangen. Der Angeklagte ist der Sohn eines Polizeibeamten und wurde auf einer Unteroffizierschule ausgebildet. Als er Sergeant in Nordach war, ließ er sich verleiten, aus der Dienststufe des Feldwebels die Summe von 40 M. zu hehlen, lediglich um späteren Schaden zu können. Er wurde deshalb verurteilt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Im Jahre 1898 ging er nach Frankreich, dann nach Süd- und Nordamerika und kehrte 1899 nach Deutschland zurück. Hier gelang es ihm nicht, sich wieder emporzuarbeiten. Zuletzt war er Kontorist und als er diese Stelle verlor, hatte er kein Unterkommen mehr. Um sich ein solches zu verschaffen, sprach er eines Tages, als er vor dem königlichen Schloß vorüber kam, einige beleidigende Worte über den Kaiser aus. Sie wurden von einem Schutzmann gehört, der den Angeklagten arreztete. Er war im gestrigen Termin geschuldig. Er wurde zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft verurteilt.

Aus der vornehmen Gesellschaft.

Wegen Freiheitsberaubung ist am 20. Oktober d. J. vom Landgericht Stargard in Pommern der Rittergutsbesitzer Emil Zeigke zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, während sein Sohn Paul von derselben Anklage freigesprochen, aber wegen Körperverletzung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Die Ehefrau des Hauptangeklagten lebte von diesem getrennt. Als sie eines Tages wieder auf dem Gute erschien, gerieten die beiden Angeklagten mit ihr in Konflikt. Der Sohn mißhandelte die Mutter und der Vater sperre sie in die Wohnung ein. — Die von den beiden Angeklagten gegen die auffallend niedrige Strafe eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht am Montag verworfen.

Das Einlageln einer Teilsforderung vor Ablauf der Verjährung verhindert nicht die Verjährung des übrigen Betrages.

So hat das Reichsgericht kürzlich erkannt. Es handelt sich hierbei um einen Mängelanspruch aus einem Bauvertrage, welcher der fünfjährigen Verjährung unterliegt. Die Klägerin, die Witwe des Sparfassenrentners H. zu Wafel bei A. zu Dortmund, verlangt von dem früheren Bauunternehmer, jetzigen Rentner W. zu Dortmund, Schadenersatz in Höhe von 7500 M. wegen mangelhafter Erfüllung eines Bauvertrages, und zwar wegen schlechter Beschaffenheit der Materialien des Bauwerks. Die Klägerin hatte nun anfangs nur 400 M. eingeklagt, die ihr auch vom Landgericht Dortmund zugesprochen wurden. Erst am 22. Februar 1906 erwiderte sie ihren Klageantrag auf 7500 M. Die neuerdings geltend gemachten 7100 M. wurden ihr aber auf Grund des Einwandens der Verjährung vom Oberlandesgericht Hamm abgeprochen, weil die fünf Jahre nach § 638 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs seit der Abnahme des Bauwerks mit dem 31. Dezember 1904 abgelaufen waren.

Gegen diese vom Oberlandesgericht Hamm getroffene Entscheidung hatte die Klägerin Revision beim Reichsgericht eingelegt und sich einmal darauf berufen, daß schon vor Ablauf der Verjährungsfrist durch die vorgenommene Klagebegründung der Anspruch in seinem ganzen Umfang dargelegt und die Geltendmachung des Restes vorbehalten worden sei, also nur eine Klageerweiterung nach § 288 Ziffer 2 der Zivilprozedurordnung vorliege. Das Reichsgericht erkannte die Einreden der Klägerin aber nicht an und wies die Revision derselben unter Abweisung des übrigen Klageantrages zurück.

Der erkennende VI. Zivilsenat des Reichsgerichts führt hierzu aus, daß ein Vorbehalt der übrigen Klageforderung entgegen der Ansicht von Rehm in seinem Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch in dieser Beziehung keine Rechtswirkung erlange. Es müsse entweder der Betrag als Leistungssklage im ganzen beziffert sein oder als Feststellungssklage auf Leistung für den übrigen Betrag beantragt werden. Die gleiche Ansicht hat das Reichsgericht in einem Band 66, S. 303 seiner Entscheidungen abgedruckten Erkenntnis ausgesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Achtung, Frauen!

Wegen des überaus großen Andranges der Versammlungsteilnehmer zu den Vorträgen der Genossin Maria Zetkin, hat sich die Genossin Zetkin erboten, am Freitag, den 31. d. M., im Zentrum der Stadt ihren Vortrag zu wiederholen. Das Lokal wird noch bekannt gegeben.

Revolution.

Im Schoße unseres Wirtschaftslebens vollzieht sich eine Revolution, wie sie größer, gewaltiger noch nie die Welt durchzitterte. Es ist als wolle der Kapitalismus die ungeheuren Massen des Proletariats, die heute noch dem gewaltigen Riesen ihrer emanzipierten Klassengenossen indifferent gegenüberstehen, mit Gewalt hineinschleudern in den gigantischen Kampf, der zum Siege des Proletariats führen muß, als wolle er den Enterbten zeigen, wie sie die Fesseln sprengen müssen, die sie so lange ihrer Menschwürde bebanden, sie zu Arbeitstieren erniedrigt haben.

Überall wachsen mächtige Fabrikgebäude empor, deren riesige Schloße wie höhnend zum Himmel emporragen. Die Frauen laufen die Maschinen, rasen die Triebwerke. Und so schaffen die Arbeiter vom Morgen bis zur Nacht in Staub und Dampf, während draußen goldene Sonnenstrahlen die trüben Scheiben umspielen, als wolle sie denen da drinnen von der Schönheit der Welt erzählen, sie hinauslocken in Glanz und Licht. Aber die haben nicht Zeit auf die freudlichen Taten zu achten. Unermüdet regen sie die fleißigen Hände, um dem Moloch ein Stückchen Brot abzurufen. In Tausenden sind sie da zusammengewürfelt, ausgemergelte Männer und bleiche Frauen.

Der Kapitalismus hat die Frau dem Manne gleichgestellt, nicht in Rechten, aber in Pflichten. Er hat die schönen Mädchen von der sorgsam waltenden Hausfrau, der Mutter der Kinder ihres poetischen Glanzes entkleidet. Sie, die früher bloß Hausknechtin war, sie darf nun auch Kapitalknechtin sein, darf Schalter an Schalter mit dem Manne Rechner schaffen.

Es ist noch nicht allzu lange her, da war eine Betätigung der Frau im öffentlichen Erwerbleben fast noch gänzlich unbekannt. Zwar gab es auch früher schon Frauen genug, die durch Not und Elend gezwungen, ihre Arbeitskraft im Dienste anderer hingaben, doch war ihre Tätigkeit im allgemeinen auf häusliche Arbeiten beschränkt.

Da bleibt der Proletarierfrau nichts anderes übrig, als ihren „häuslichen Wirkungskreis“ zu verlassen, gleich dem Manne werztätig zu schaffen. Und die Vertreter des Kapitals, denen sonst so leicht der Mund überläuft von schönen Phrasen über „eigene, rechte Weiblichkeit“, denen vor den „emanzipierten Weibern“ so fürchtbar graut, die sich eine „deutsche Hausfrau“ nur mit Kochlöffel und Stricktrumpf vorstellen können, sie öffnen den weiblichen Händen bereitwillig die Tore ihrer Fabriken. Sie fragen nicht danach, ob die häuslichkeit der Armen zugrunde geht, ob ihre Kinder in Schmutz und Elend verkommen. Aber das wissen sie, daß sie die Frauen, auf denen der taufendjährige Fluch doppelter und dreifacher Knechtschaft lastet, als Trummpfen gegen die Unbotmäßigkeit deren männlicher Klassengenossen auszuspielen können. Aus den Kreisen des weiblichen Proletariats rekrutiert sich ein sehr großer Teil der „fürsorglichen“ Erziehung, die in dem Mädchen das Persönlichkeitsbewußtsein nicht erweckt, jeden Keim von Vertrauen in die eigene Kraft erstickt. Während der größte Teil der männlichen Arbeiter zum Klassenbewußtsein sich durchgerungen hat, liegt die Arbeiterin meist noch gefesselt an den Ketten des Fatalismus.

Unserer Genossinnen und Genossen harret da ein noch weites Arbeitsfeld. Hier heißt es arbeiten, den Fluch durch hartes Vorkämpfen zu treiben, den Samen des Sozialismus austreuen.

Das Frauenstimmrecht in der Schweiz.

Langsam kommt auch in der Schweiz die Bewegung für die Einführung des Frauenstimmrechts in Gang. Das Organ des Schweizer Arbeiterinnenverbandes, „Die Vorkämpferin“, widmet ihm erhöhte Aufmerksamkeit, es wehren sich die Vorträge, die in Versammlungen darüber gehalten werden und nun ist in Zürich auch ein packendes, populäres Flugblatt, das das Frauenstimmrecht in Form des Frage- und Antwortspiels behandelt, verbreitet worden. Wir entnehmen ihm folgende Stellen:

Wer sollte in einem demokratischen Staate wie der unsere die Gesetze machen? — Das Volk. Macht das Volk die Gesetze? — Nein, eine Hälfte des Volkes darf sich nicht dabei beteiligen. Wer macht denn die Gesetze? — Die Männer. Wer gab den Männern das Recht, die Gesetze zu machen? — Männer. Berühren die Gesetze die Frauen nicht? — Doch. Dürfen Frauen nicht helfen, die Gesetze zu machen, denen sie geborchen müssen? — Nein; die Männer allein machen die Gesetze für Männer und Frauen. Wenn eine Frau das Gesetz übertritt, wer stellt sie vor Gericht, verurteilt, bestrafte sie, bestimmt die Strafe? — Männer. Dürfen nicht Mütter die Gesetze machen helfen, die ihre gesetzlichen Beziehungen zu ihren Kindern feststellen? — Nein; Männer machen diese Gesetze allein. Vor dem Gesetz gehört das Kind dem Vater. Warum ist das Gesetz so einseitig? — Weil es nur von einem Geschlecht gemacht wird. Wer macht die Gesetze, die das eheliche Güterrecht regeln? — Männer. Wer bezahlt die Steuern? — Männer und Frauen. Wird das Vermögen einer Frau gleich besteuert wie dasjenige eines Mannes? — Ja. Wer zahlt die Steuern fest, erhebt sie und verausgibt das Geld? — Männer. Dürfen nicht Arbeiterinnen, Angestellte mitstimmen über Gesetze, die sie speziell und direkt berühren, wie Fabrikgesetze, Wöchnerinnenversicherung, Arbeiterinnenbeschutzgesetze u. a.? — Nein; aber jeder männliche Arbeiter darf es. Darf nicht eine Geschäftsfrau in Wahlen, die ihre Interessen direkt berühren, mitstimmen? — Nein; aber ihre unfähigsten Angestellten dürfen es. Darf nicht eine gebildete Frau stimmen? — Nein; aber ein Ignorant, Trunkenbold, Müllling darf es. Dürfen nicht Mütter, die dem Staate Söhne zuführen, stimmen? — Nein; aber die Jungen, die sie erzogen haben, dürfen es, wenn sie erwachsenjährig sind. Würden die Frauen stimmen, wenn sie das Recht hätten? — In allen Staaten, wo sie das Recht

besitzen, stimmen die Frauen in relativ nicht geringerer Zahl als die Männer.

Das Flugblatt ist unverkennbar von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen ausgegangen. Es dürfte an der Zeit sein, daß auch unsere Genossen das volle Wahlrecht auch für die Frauen ernsthaft und energisch propagieren.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Telkow, Freitag, 31. Januar. Vortrag: Frau Zetke.
Röhrend, Mittwoch, 20. Januar, 8 Uhr, bei Joch, Grünauer Straße. Berichterstaltung; Neuwahl des Vorstandes.

Vermischtes.

Drei Kinder verbrannt.

Aus Königshütte wird gemeldet: Die drei Kinder der hier wohnhaften Witwe B. im Alter von 1 bis 8 Jahren befanden sich gestern allein in der Wohnung, als plötzlich dort jämmerliches Geschrei ertönte. Den Einwohnern, die mit Gewalt in das Zimmer drangen, bot sich ein erschreckender Anblick: Am ganzen Körper völlig verbrannt lag laut stöhnend neben der Tür das älteste Mädchen. Umweit von diesem lag an der Erde die schon völlig verkokte Leiche des jüngsten Kindes und neben diesem, bis zur Unkenntlichkeit verbrannt, das zweite Kind, das zwar noch einige Lebenszeichen von sich gab, aber bereits nach wenigen Minuten starb. Polizei und Feuerwehre waren schnell zur Stelle. Sowohl die beiden Leichen wie das schwerverbrannte dritte Kind wurden ins Knappschaftslazarett gebracht, wo das letztere schon nach zwei Stunden seinen schweren Verletzungen erlag. Als die klagenswerten Mutter die Leichen ihrer Kinder erblickte, brach sie ohnmächtig zusammen und wurde schwer krank ins Krankenhaus gebracht. Der unheilvolle Brand war dadurch entstanden, daß das älteste Mädchen ein Stück brennendes Papier aus dem Kohlenkasten in den Ofen zu werfen versuchte, wobei die Kleider Feuer fingen.

Auf der Brücke entgleist. Die „Wälzische Presse“ meldet aus Speyer: Beim Passieren der Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Speyer entgleiste gestern nachmittags die Maschine des Heideberger Personenzuges und sprang auf dem Randloch vollständig aus dem Gleis. Der Zug fuhr noch 20 Meter aufwärts, sollte dann wieder zurück und blieb auf dem Randloch der Brücke stehen. Eine Maschine von badißer Seite holte den Zug zurück, die Strecke ist gesperrt.

Eingebrochen. Der in weiteren Kreisen bekannte Wilsbacher Arzt Dr. Hans Hof ist, wie aus Riegenfurt berichtet wird, beim Schiffsauslaufen im Wöhrer See ertrunken.

Verbrannt. Einer Meldung aus Graz zufolge ist die achtjährige Schwester des Bischofs Dr. Schuster in ihrer Wohnung in Sankt Anna einem glühenden Ofen zu nahe gekommen und verbrannt, ehe ihr Hilfe geleistet werden konnte.

Pulverexplosion. Wie aus Leizt gemeldet wird, erfolgte beim Bau einer elektrischen Zentrale in Pleizura eine furchtbare Pulverexplosion, wobei mehrere Arbeiter schwer verwundet wurden.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Heine“. Gent

abend 8 1/2, Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstr. 8.

- Berliner Marttwerte. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Karthausen-Direktion (Großhandel) Schenkelsch 1a 68-70 pr. 100 Fld., 11a 62-67, 11b 64-67, Außenfleisch 1a 65-70, 11a 54-64, Rinde, bel. 48-56, do. mager 36-44, Pfeffer 60-68, Bulien, dänische 61-63, Rindfleisch, Doppelender 105-125, Mastlamm 1a 85-95, 11a 75-85, Kälber per gen. 55-71, do. bel. 45-60, Gammelkeisch Mastlamm 74-78, Gammel 1a 68-70, 11a 60-65, ungar. 0,00, Schafe 48-58, Schweinefleisch 82-90, Rehweid 1a per Hund 0,00, 11a 0,00, Rehweid 1a per Hund 0,45-0,50, do. 11a 0,35-0,40, do. Kälber 0,30-0,45, Damwild 0,40-0,55, do. Kälber 0,50-0,75, Wildschwein per Fld. 0,30-0,40, Frischlinge per Fld. 0,40-0,55, Rindfleisch, groß, Stück 0,80 bis 1,00, do. klein 0,40-0,60, Hafen, groß per Stück 3,25-3,70, do. mittel u. klein Stück 2,00-3,00, Wildenten per Stück 1,25-1,75, Fasanenbrühe 1a, junge 2,75-3,25, do. 11a und alte 1,50-2,50, Fasanenbrühe 1,00-2,25, Schmalzbrühe 1a 0,90-1,10, Wildbrühe 1a 2,00, Wildenten 1a 1,50, Donner 1a per Stück 1,40-2,25, 11a 1,30-1,55, Hamburger Rind, Stück 1,00, Goulaschen, deutsche, p. Fld. 1,10-1,20, Tauben 1a 0,75-0,80, do. 11a 0,00, do. alte 0,40-0,55, do. Hal. 1,00, Enten, per Stück 1,75-2,00, do. russische per Stück 0,00, do. Hamburger, per Stück 2,80 bis 3,70, Gänse per Fld. 0,45, do. Oberbrauer, per Hund 0,50 bis 0,55, do. russische per Hund 0,50, Gänse per Stück 0,90-1,25, Puten 1a p. Fld. 0,65-0,80, do. 11a 0,55-0,65, Gänse per 100 Fld. 72-90, do. mast 0,00, do. groß 0,00, do. groß-mittel 0,00, Sander, unfortiert 1,00, do. groß 0,00, do. mast u. tot 0,00, Schale, groß 0,00, do. mittel 11a 60-74, do. 0,00, Rote, klein 0,00, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00, Karpfen, 85-50er 0,00, do. 50-60er 56-80, do. Franz. 70-100er 0,00, Biber 41, do. klein 0,00, do. groß 0,00, Aland 35-48, Quappen 37, Schleißche 0,00, Weiss 0,00, Bunte Schleißche 25-36, Barze 57, do. mast 45, Hele 0,00, do. klein 0,00, Karascheln, mast 0,00, Winter-Heinlachs, per 100 Fld. 0,00, Amerikanischer Lachs 1a, per 100 Fld. 110-130, do. 11a 50-100, Serridsch, per 100 Fld. 15-20, Hummer, Riefer, Steige 1a 2-6, do. mittel, Rite 6,00, do. Hamb. Steige 3-6, halbe Rite 2-3, pomm. 1a Schod 0,00, 11a 0,00, Süßlinge, Riefer per Ball 2-3,00, Schwedische 2,00, englische 0,00, Spotten, Dangler, Rite 0,50, do. Mügenwälder, Rite 0,40 bis 0,60, Waie, groß per Hund 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Herings per Schod 5,00-6,00, Schmalz, Rite 4,00-5,00, 11a 1/2, Rite 2,50-3,00, Erdellen, 1902 er per Aster 98, 1904er 98, 1906er 98, 1906er 85-90, Schottische Bohrerne 1903 0,00, large 46-44, fall. 38-40, med. 35-42, deutsche 30-40, Geringe, neue Matjes, per 1/2, To. 0,00, Serrinen, russ. 1a, 1,50-1,70, Bräterings 1a 1,20-1,40, do. Schiffe (4 Liter) 1,40-1,70, Penangaugen Schod 11, do. kleine 5-6, do. Riesen 14, Krolle per Schod 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, 11a kleine 0,00 am 0,00, do. unfortiert 0,00, Galfier, groß 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Eier, Land, unfortiert per Schod 4,00-5,50, do. groß 3,50-4,00, Butter per 100 Fld. 1a 122-129, 11a 120-129, 11a 115-120, abfahende 100-106, Saure Gurken Schod 4,50, Pfefferquinten Schod 4,50, Ruckoschen per 100 Fld. Daberger 3,25-3,50, weiche runde 3,00-3,25, mag. bon. 3,25-3,50, Korre, per Schod 1,00-1,50, Weerrellsch, Schod 5-18, Spinat per 100 Fld. 30-30, Sellerie, per Schod 3-6, do. pomm. 8-12, Zwiebeln per 100 Fld. 4,00-4,50, Peterstille, grün, Schodrund 0,80-1,50, Reithä, bayrischer, per Stück 0,66-0,10, tiefger, per Schod 0,00, Röhrrüben, 100 Fld. 2,50 bis 4,00, Karotten, per 100 Fld. 10-15, Birkstohl a. Schod 3-7, Kottsch, Schod 2,50-4, Weinstohl p. 100 Fld. 1,50-3,00, Blumenfobl, tiefger 100 Stück 0,00, do. Orturer 0,00, do. Galienischer 100 Stück 30-38, do. in Röhren 18 Stück 2,00-2,50, Rosenfobl, per 100 Fld. 10-30, Grünfobl 4,00-8,00, Kohlrüben, Schod 2,50-4,00, Peterstimmurzel, per 100 Fld. 5-6, Schodrund 5-6,00, Schmittaus, Töpfe Dugh. 3-1,00, Tomaten, italienische, per Rite 2,00-4,00, Rote Rüben, per 100 Fld. 2,50-3,00, Röhren, tiefger, per 100 Fld. 0,00, do. Röhren 5-18, Estarol, 100 Stück 15-20, Endpion, 100 Stück 15-20, Stenen, per 100 Fld. 1,00, Röhrrüben 3-10,00, Tafelbirnen 1a 18-25, do. 11a 6-17, Italiener 25-30, Neapel, per 100 Fld. 1,00-1,20, do. 11a 12-20, do. 10, do. per 100 Fld. 0,00, do. in Röhren 120 Fld. 30-50, Rosp, bel., 100 Fld. 8-12, Rog. 5-14, Tafeläpfel 1a 15-24, do. 11a 8-18, Amerikaner, per 14 15-20, Apfelen, rote, 100 Fld. 11-12, do. in Röhren per 100 Fld. 14-15, do. in Röhren 15-25, Walnüsse 0,00, Paranüsse 0,00, Galienische, lange, 100 Fld. 0,00, do. runde franz. 0,00, Weintrauben, Algerien, per 100 Fld. 8-18, Annas I, per 100 Fld. 0,70-0,90, do. II 0,50-0,55, Bananen, gelb, per 100 Fld. 0,00, Kokosnüsse per 100 Stück 0,00, Nussmandeln per 100 Fld. 70-115, Maronen, ital., per 100 Fld. 8-20, Feigen, Franz. per 100 Fld. 20-22, do. Krommel, per 100 Fld. 4,00, do. in Röhren 28-38, Traubenrosinen per 100 Fld. 55-120, Zitronen, Reifina, 300 Stück 7,25-10,00, do. 300 Stück 7,50-8,50, do. 300 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00, Upleiffina, Reifina, 200 Stück 7,00-11,00, do. 200 Stück 7,00-11,00, do. Valencia 420 Stück 12-20, do. 714 Stück 17-22,00, do. Reifina-Blut 100 Stück 8-9, do. 150 Stück 9-10, Mandarinen, Schafel 0,45-2,00, do. 420 Stück 0,00, do. 100 Fld. 17-22, Datteln, per 100 Kart. 35-38, Johannisbrot, per 100 Fld. 10-15.

Bolero
ist nach dem
Urteil aller Sachverständigen
die
feinste 2 Pf.-Zigarette.
Garantiert Handarbeit!

Rauchen Sie
Phänomen
Zigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Bahnärztliche Klinik
SW., Belle-Alliancestraße 106 I, und N., Brunnenstraße 185 I,
gegenüber Warenhaus Jandorf, am Kolonnenplatz.
Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben w. d. Unkosten berechnet. — Geschäftl. von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 14212*

JOSETTI JUNO
Cigaretten.
Cigaretten „gerade so gut“
kosten das doppelte und
mehr.
10 St. für 20 Pfg.



Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nachtasyl.
Zum 91. Mal:
Tannhäuser.
Monna Vanna.

Rafino-Theater.
Rothringstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hanni lacht
Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach.
Hierauf das neue bunte Programm.
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Lustspiel in 3 Akten v. R. Hennequin.
Sonntag 4 Uhr: **Siederleute.**

Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Inhaber Willi Ernst)
Königsplatz 12, 1. Tr.
St. IV, 5062.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeiger dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

Stabliß. Pharus-Säle
Berlin N. 65.
Inhaber: **Wernau.**
Sehr wertvolles
Wih. Busch-Restaur.
Täglich:
erst-
klassiges **Künstler-**
Frei-Konzert
Säle, 1900—1500 Pers.,
an Vereinen Sonnabds,
u. Sonntags zu vergeb.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Nocequets.
Püsch-Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Feiner leichter Rauchtobak
Heller Shag.
Franz Foveaux
Fabrikation Köln a. Rh.
General-Vertreter: **R. Krüger,**
NW. 6, Kruppstraße 6.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Mozartplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenleibern Bett-
miederlage Große Frankfurterstraße 9,
partiere kein Laden. Manerhoff. +1

Wardenshausen Große Frankfurter-
straße 9, partiere. Kein Laden.
Manerhoff. 1+

Steyppdecken billig Hebril Große
Frankfurterstraße 9, partiere. +1

Rahmmaschinen. Vergüte bis 30,00
wer Teilzahlung kauft oder nachweist.
Esmalthe System. Postkarte genügt.
Dreuzer, Frankfurter Allee 101,
Laden. 29708*

Teppiche! (Jederbolle) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Schönn. Dadeicher
Wartl 4, Bahnhofsstraße. 204/11*

Federbetten. Stand 11,00, große
K. 20, Mäße, Decken, Winter-
paletots, Kissen, Goldsäden, Silber-
säden (postbillig) Handweidhaus,
Ruhlfelderplatz 7. 1728*

Dringend. Wegen Aufgabe einer
ganzen Kasse verkaufe Kuchenschleib-
rind, Kuchenschleib 28 Mark, Aus-
sichtsbild 3, Kuchenspiegel 12,
Säulenrumneu 36, Bettstelle mit
Matratze, Kommode, Waschtisch 20,
Herrenschreibtisch 50, Kasse, Kasse,
Kuchenschleib, Schlafsofa 26, Küchen-
möbel, gefüllte Kuhbaumkuchen,
Anfiederstrahl 20, Federbetten Stand
20. Auch Teilzahlung. Bahnhofsstraße 51 I.

Rahmmaschinen. Habe hohe Ver-
gütung. Hauptlager aller Krüger-
Hofmann-Systeme. Gruda, Kollen-
thalerstraße 19. 20666*

Geisshofdreirad. außerst billig,
50,00, Holz, Blumenstraße 35b. +15

Rahmmaschinen kaufen Sie immer
20 Mark billiger, Woche 1 Mark, im
großen Rahmmaschinen-Verkaufs-
geschäft E. Kunze, Mechaniker, Lange-
straße 35. 2834b*

10,00, Deddelt, Unterbett, Kissen,
cattrofa Anlett. Handweidhaus, Andras-
straße 38. 748*

Lanbbett, zwei Deddelt, Unterbett, zwei
Kissen, zweifach 18,00, große
Laken 1,00, Handweidhaus, Andras-
straße 38. 768*

Bauerndreht, Unterbett, zwei
Kissen 27,00, große Freischwinger,
Regulator 9,00 Handweidhaus, Andras-
straße 38. Jahrgeld wird vergütet. *

Uhren, Gold- und Silberuhren
kauft man gut und billig bei Adalbert
Schub, Beußelstraße 26. 28418*

Kinderwagen, Kinderbettstelle.
Kimmer, Wienerstraße 51. 22756*

Similiseidene Steppdecken 4,16
(Seidener), Wolllas-Steppdecken
5,85, Inventur- u. Kassenpreise.
Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranien-
straße 158. 1088*

Herren-Garderobe nach Maß,
saubere Arbeit, großes Stofflager,
Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauf
beim Handwerker, lässt den Hand-
werker verdienen. Teilzahlung gestattet.
E. Dörge, Dresdenerstraße 109.

Teppichhaus Lefèvre, Oranien-
straße 158, jetzt Inventur-Räumungs-
preise. Größtenteils gratis. 1088*

Gastrosen, Petroleumlampen ohne
Anzahlung, Woche 1,00, Louis Döbner
(selbst): Döbnerstraße 22 (Bahn-
verbindung Bartholomäusstraße), Rei-
nischendorferstraße 116, Schönhauser
Allee 20, Potsdamerstraße 81, Kö-
penicker Allee, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Wäber, Spiegel ohne Anzahlung,
Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Ver-
tieren, Gardinen, Teppiche, Polster-
waren, Gastrosen, Herren-Konfektion,
Teilzahlung von 0,50 pro Woche an,
Lieferer Weber, Brenzlauerstraße 49. *

Karisseln Feiner 3,00 bis 3,50
im Detail zu Groß-Preisen. Kö-
penicker Allee 113, Berlin.
Stalhoferstraße 119. +59*

Bettfedern, Wäscheabwäger, sehr
vollständig, ist die beste Bettfüllung,
Schönhauser Allee 57, Geflügelhand-
lung, Pohlmann. 448*

Metallbetten, hochmoderne, post-
billig, Ritterstraße 112 II. 101/5*

Steyppdecken postbillig, Fabrik
Große Frankfurterstraße 60. 29928*

Anzüge nach Maß mit Anprobe
nach Inventur Serie I 35,—, Serie II
38,—, Serie III 42,—. Blum u. Co.,
Englische Herrenmoden, Friedrich-
straße 212, I. 104/7

Anzüge, Paletots, zurückgegebene
Kleidstücke nach Inventur für die
Hälfte des sonstigen Wertes. Blum u.
Co., Friedrichstraße 212 I. Kein
Laden! 104/6

Aus herrschaftlichem Besitz: Speise-
zimmer, Salon, Herrenzimmer, Schlaf-
zimmer, Kuchenschleib, Gastrosen,
F-decoration, wasserkundliche Wäber,
ärztliche Instrumente billigst veräußert,
Aufbewahrungs-Speicher, Lohrenger-
straße 28. Möbel sind noch käuflich,
neu! Passend für Verlobte! Kein
Kaufzwang! 2783b*

Krautstraße 60, Möbel, Spiegel,
Polsterwaren postbillig, Möbel-
speicher Saalfeld. 2770b*

Wegen Auseinandersetzung werden
bis zum 15. Februar sämtliche Möbel
30 Prozent billiger verkauft! Kom-
plette Wohnungseinrichtung 250 Mark,
bessere 350, 400 bis 1500. Jugendstil-
Spinde, Trumeaus in großer Aus-
wahl! Beschäftigung in 5 Tagen!
Einzeln Möbel aus herrschaftlichem
Besitz: Speisezimmer, Salon, Herren-
zimmer, Schlafzimmer, Anfieder-
strahl, Schreibtisch, Garnituren,
Umboer, Aufbewahrung, moderne
Küchen! Aufbewahrung und Trans-
port frei! Rothringstraße 20, Col,
Speicherladen. Schönhauser Tor. *

Beiten, Stand 11,00, zweifach
16,00 Mark, verfallene Uhren post-
billig, Gubenerstraße 3—4, Hand-
weidhaus. 1808*

Küchenschleib, Kapogelasse,
neu, Hüttel, Grünertweg 50/51. +16

Küchenschleib, Sautage, billig
Heilbl, Blumenstraße 68. +48

Gobelwand, Werkzeug, Zintgen,
Knecht, billigst Weber, Fruchtstr. 42.

Zwei Deddelt billig zu verkaufen
Kudolph, Duffenstraße 58. +91

Schlafsofa, Bettstelle, Matrize
verkauft Reinsberg, Markstraße 5,
Seitenflügel. 2780b

Sofort veräußert: Tischsofa,
Säulenrumneu, Kleiderstrahl, Ver-
tiko, Ausziehtisch, Teppich, Vertieren,
Stühle, zwei englische Bettstellen, An-
fiederstrahl, Waschtisch mit Spiegel,
Banduhr, Bilder, moderne Küche,
Schreibtisch, Büfett, Rahmmaschine,
Chaiselongue, billigt. Fr. Bölling,
Kantanten-Allee 21, vorn I links.
Möbel fast neu. 2782b

Winterpaletots, Monatsanzüge,
wenig getragen, vom 1. an, große
Auswahl für jede Figur, auch neue
elegante Garderobe aus erster Be-
zugsquelle, 20 Prozent billiger wie
im Laden, direkt vom Schneider-
meister Paul Jähnel, nur Kollen-
thalerstraße 10. 285/6*

Wortwört! Zur allerbilligsten
Einkaufsquelle! Hermannplatz 6,
Wandliche, Neustadt, Hand-
verkauf! Extrabillige Winterpaletots,
Herrenanzüge, Sportbilliger Bett-
verkauf, Brautbetten, Vermietungs-
bett, Bettstühle, Wäberverkauf, Gar-
dinenverkauf, Teppichverkauf, Tisch-
decken, Steppdecken, Uhrenverkauf,
Kettensverkauf, Rahmmaschinen. +59*

Winter-Rahmmaschinen ohne An-
zahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte
12,00, Wäberstraße 1—6, Barthaer-
straße 67, Aderstraße 111. 2779b

Geschäftsverkäufe.

Wortwört, Schieb- und Wäber-
hude mit und ohne Stand zu ver-
kaufen Wäberstraße 21, Werber-
straße 21. 2873b*

Gastrorestaurant, großes Saugloch,
mit Jähnel vom Wäberverein, ist
wegen Krankheit der Frau preiswert
zu verkaufen. Zu erfragen Seiten-
geschäft Wäberstraße 25. +59*

Gemüse, Material, Fourage fran-
kheitshalber billig veräußert Köder-
straße 81. 2788b

Wolkrath u. Co., Wasserstraße 21,
verkauft Gaspariengas, O. Miete
800,—, Verdienst 2500 Mark, Preis
3000 Mark. 1878*

Wolkrath u. Co., Wasserstraße 21,
verkauft Stickerfabrik, bestehend seit
1893, Miete 775,—, Jahresumsatz
28 000,—, Preis 20 000 Mark. 1888*

Wolkrath u. Co., Wasserstraße 21,
verkauft Knopfabrik, 20 Jahre
bestehend, 18 Wäberinnen, wegen Kran-
kheit für jeden Preis. 1898*

Wolkrath u. Co., Wasserstraße 21,
verkauft Kuchermaschinen, N.
Tagesklasse 30,—, Preis 1200 Mark.

Restauration, 10 Jahre in letzter
Hand, mit Kasse und Ware 2000,
Miete 1400, Ueberzucht 500, Aus-
satz 2000, Gubenerstraße 12a.

Gastrorestaurant, gutgehend, preis-
wert zu verkaufen. Agenten ver-
bieten Köder, Charlottenburg, Kant-
straße 93, Ecke Windmühlstraße. +100*

Zigarrengeschäft, 5 Jahre be-
stehend, verkauft preiswert Hofmann,
Wäberstraße 1. +106

Milchgeschäft wegen Herren-
krankheit veräußert Gubenerstraße 91.

Restaurant, große Wohnung,
Zahlstube, Vereine, umständlicher
veräußert Köder, Riemerstraße 7.

Edelholz (Küchen), passend für
Parteienoffen, Zahlstube des Wäber-
vereins, großes Vereinszimmer, sofort
zu verkaufen. Auskunft bei Lutz,
Berlinerstraße 41. +59

Zeifengeschäft, besseres, verbunden
mit Porzellan- und Emaillewaren,
ist wegen Fabrikübernahme sofort
billig veräußert, Jahresumsatz circa
11 000 Mark, Miete 400,—, Robert
Schmidt, Köder, Wäberstraße 9. +59

Verschiedenes.

„Schmelzer“ bester Original-
Vollkornbrot, auch Gefältsch,
Steinstraße 57. +77*

Edelholz, Komler, Gras-
straße 6. 2095b*

Verantwortl. Bestl. Götter-
straße 14a. 2555b*

Kerns die Muttertrache beiderseits!
Erlauben, leicht lesbaren Unterricht
in Wort und Schrift der deutschen
Sprache erteilt Damen und Herren
(separat) auch abends ein tüchtiger
und gewissenhafter Privatlehrer. Die
Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-
richtsstunde wöchentlich genügt Ge-
sellige Angebote mit unter G. 4 an
Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunsthandwerk von Frau Kolosky
Charlottenburg, Weidestraße 84, I. *

Wer ein Geschäft kaufen oder
verkaufen will, wende sich an Voll-
kath u. Co., Wasserstraße 21, Amt 3a,
4375. 1458*

Bücher kauft, bezieht Antiquariat
Kochstraße 56. 28408*

Bücher, alle, Verita und ganze
Bibliotheken kauft Bezer, Oranien-
straße 138. 2773b*

Monogramme, Buchstaben-Schilder-
Unterabzeichen fertig an Farbe,
Charlottenburg, Wäberstraße 47, Garten-
haus. +100

Vereinszimmer, passend für jeden
Verein, Reinsbergstraße 22. +90

Vermietungen.

Vaden, Straße, Nähe 700 Mark,
vermietet Gubener, Schöneberg,
Dampferstraße 10.

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer, Balkon-
wohnungen billigst Soldinerstraße 22.

Wohnungen, billige, Balkon,
Doppelzimmer, Gas usw., zwei Zimmer,
Nähe (Bad), von 35 Mark an ein
Zimmer, Nähe, Balken, von 19 Mark
an Kolonnenstraße 30—31, Soldiner-
straße 67—68. 2891b*

Große zweizimmerige Vorder-
wohnung, einzimmerige Hinter-
wohnung, reichlich Zubehör, kleine
Wohnung, 17 Mark, sofort. Pappel-
allee 76. +106*

Zimmer.

Kleines Zimmer, möbliert, Herr,
Dame, vermietet Preiser, Oranien-
straße 69. 2774b

Zimmer, möbliert, Köder, Sand-
straße 4, vorn IV, nahe Kottbusser
Damm bei Schneider. +89

Möbliertes Zimmer, 2 Herren,
13 Mark inklusive, Fürstenstraße 24 II
links. 2778b

Möbliertes Zimmer, separat,
zwei Herren, Fräulein Köder, Ritter-
straße 2. 2787b

Ein möbliertes Zimmer bei Hei-
mann, Prinzenstraße 45. 101/5*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, separat
Köder, Köderstraße 22. 2777b

Möblierte Schlafstelle, Bür-
zimmer, Köpenickerstraße 6, vorn IV,
(Schleifstr. Bahnhofs) Schön. 2776b

Schlafstelle zu vermieten, Döring,
Andreasstraße 63, I. Hof I links.

Schlafstelle, 2 Damen oder Herren,
bei Lutz, Köder, Köderstraße 34,
vorn III. +105

Bessere Schlafstelle, 10,—, Brangel-
straße 115, vorn 2 Treppen links.

Schlafstelle für zwei Herren,
Schäfer, Köderstraße 25 I. +97

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer zum 1. Fe-
bruar Nähe Köderstraße gesucht.
Offerten „A.“, Köderstraße 14,
Parteiexpedition. +88

Einzeln Schlafstelle oder kleines
Zimmer Schwelien gesucht. Offerten
„A. Z.“ Postamt 68. 2775b

Alleinstehende sucht keine
möblierte Schlafstelle bei älterem
Ehepaar. Nähe Köder, Köderstraße
Allee. Offerten mit Preisangabe er-
beten O. 112, Bogen 574. +92

Pug. Gedülte Feinmarbeiterinnen
für garnierte Hüte bei hohem Lohn
sofort verlangt. Meldungen vor-
mittags 11—12 Uhr. Kaufhaus des
Westens, G. m. b. H., Lauenzen-
straße 21—24. 1888*

Im Arbeitsmarkt durch
besseren Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Seite.

Tüchtige Drahtzieher

für Grob- und Mittelfeig bei
dauerndem guten Verdienste per
sofort gesucht. Es werden solche
bevorzugt, welche im Kupfer- und
Bronzedrahtziehen bewandert sind.
Offerten unter F. T. 2015 an
Daupe u. Co., Köln a. Rh. *

Annahme-Stellen

für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:
Frisz Jaffe, Bauerstr. 82.
H. Jahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
H. Wenzel, Köder, Köderstraße 3.
Gustav Vogel, Köpenickerstr. 83.

Nordosten:
E. Zucht, Jannaschstr. 12.
J. Keul, Barnimstr. 42.

Norden:
G. Raichte, Aderstr. 35.
H. Trapp, Steintorstr. 10.
Karl Mars, Köderstr. 123.
Karl Weiche, Köderstr. 49.
E. Dehond, Köderstr. 24.
H. Vogel, Köderstr. 87.
H. Ties, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Köder, Köderstr. 8.
W. Scholle, Köder, Köderstr. 29.

Südwesten:
G. Werner, Köder, Köderstr. 72.
G. Schröder, Köder, Köderstr. 2.

Süden:
Et. Fris, Köderstr. 81.
F. Gutschmidt, Köder, Köderstr. 8.

Südosten:
Paul Böhm, Köder, Köderstr. 14/15.
H. Gorch, Köder, Köderstr. 15.

Charlottenburg:
G. Scharrer, Köder, Köderstr. 1.
Friedrichsberg:
O. Seitel, Köder, Köderstr. 50.

Rixdorf:
W. Schmidt, Köder, Köderstr. 1.
Conrad, Köder, Köderstr. 50.

Kummelsburg:
H. Rosenstr., Köder, Köderstr. 58.

Schöneberg:
Wih. Bäumer, Köder, Köderstr. 51.

Weißensee:
A. Fuhrmann, Köder, Köderstr. 105.
Jul. Schiller, Köder, Köderstr. 50.

Reinickendorf:
P. Gurich, Köder, Köderstr. 60.
Gartenweg.

Troptow: 215/2*

H. Gramen, Köder, Köderstr. 412.